Nr. 276. 23. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1 Mark, für das übrige Ausland 1 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 27. November 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

August Dreesbach †

Inmitten der sterbenden Natur, im herbstlichen Forste, unweit des Langen Sees bei Eichwalde trat der Tod ihn an. Am Totensonntag in der dritten Nachmittagsstunde war's, da er mit leichter Hand ihn hinwegnahm, der im Walde Erholung und Stärkung gesucht hatte. Entseelt sank August Dreesbach in die Arme seines Berliner Freundes, in dessen Haus der Reichstags-Abgeordnete für Mannheim seit langen Jahren eine zweite Heimat, ein gastlich Obdach gefunden hatte. Wir beklagen den Verlust eines Braven der alten Garde, der mit seinen 62 Jahren allzufrüh für die Partei und für die Familie den Kampfplatz verlassen mußte, auf dem er so mutig, so unverzagt und erfolgreich für das Volk, für das Proletariat, für die Sozialdemokratie seine Klinge führte. Zuletzt ehrte ihn in außerordentlicher Weise die Partei durch Ernennung zum Präsidenten des ruhmvollen deutschen Parteitages, den sie in den Wirkungskreis August Dreesbachs, in sein geliebtes Mannheim verlegt hatte. Von einem schweren Herzleiden genesen, übernahm Dreesbach die mit ungeahnten Schwierigkeiten verbundene Vorbereitung dieser roten Kongreßwoche und waltete auf der Sella des Nibelungensaales so kundig seines Amtes, daß alle Delegierten sich des Wiedererstandenen freuten. Denn im Frühling, als das Herzleiden des „Dicken", wie ihn seine Mannheimer freundschaftlich nannten, ihn am schlimmsten peinigte, ging durch Mannheim die Kunde von Dreesbachs Hinscheiden. Ihr folgte rasch die frohe Botschaft, daß die Meldung falsch war, und man hoffte nach altem Volksglauben, daß dem fälschlich Totgesagten drum ein langes Leben beschert sei. Die Hoffnung hat leider getrogen. Wiewohl eine Nachkur in der internationalen Bäderstadt die Folgen der Parteitagsstrapazen beseitigte und das Befinden so günstig förderte, daß Dreesbach seinen parlamentarischen Beruf zu erfüllen und in den Reichstag einzuziehen vermochte, die Pulsschläge seines Kämpferherzens gingen allzurasch zur Neige. Seine Mannheimer Freunde und Genossen, die ihn vor zwei Wochen frohen Herzens zur Reise geleiteten, empfangen den beliebten Führer wieder, — — er ruht stumm im metallenen Sarge.

In Düsseldorf wurde August Dreesbach am 18. August 1844 geboren, ein Kind proletarischer Abkunft, den das Los zum Tischler bestimmte. Von der Hobelbank hat ihn das Leben bald auf die Tribüne geführt. Der Meister vom Hobel erwarb sich das ehrende Vertrauen der großen Mehrheit der Bevölkerung des bedeutendsten Binnenhafens im Reiche. Seine Intelligenz, seine gewinnende Rhetorik, seine unerschrockene Tatkraft brachten ihn an die Spitze der Mannheimer Arbeiter und damit in die Führerschaft der badischen Parteibewegung, für die schon der Name August's ein Programm war. Zum „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" kam er 1867, damit begann seine eifrige Tätigkeit für die Partei. Nach zweijähriger Agitation in Rheinland-Westfalen kam er ins Land Baden und eroberte am 18. März 1874 in Mannheim mit seiner begeisternden Rede für das Andenken der Märzrevolutionäre sogleich einen Platz an der Spitze, den er seitdem treu ausgefüllt hat. In den schweren Jahren und bitteren Wirren des Sozialistengesetzes, die ihm persönlich empfindliche Opfer auferlegten, führte der Mannheimer Stabschef seine Parteigenossenschaft von Erfolg zu Erfolg. Die Sozialdemokratie drang in das Stadthaus ein, wo sie heute im Bürgerausschuß und im Magistrat ein entscheidendes Wort mitredet. Dreesbach wurde Stadtrat, nahm einen der Mannheimer Landtagssitze ein und eroberte 1890 den Reichstagswahlkreis, der, nachdem er noch einmal verloren, heute der sicherste Bestand unter den sozialdemokratischen Sitzen Badens ist. Leider ging durch eigenartige Komplikationen im vorigen Jahre bei der neuen Wahlkreiseinteilung der Stadt Mannheim der Dreesbachsche Sitz im Landtag verloren.

Aus seinem bewegten Leben, seinem Wirken in der Partei seien die folgenden Momente hervorgehoben:

Im November 1874 setzte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft den eifrigen Agitator, der auch Württemberg und die Pfalz „unsicher machte", unter dem Vorwande einer Anklage wegen Majestätsbeleidigung fest und entließ ihn nach sechs Wochen als schuldlos. In seinem geliebten Rheinland erhielt Dreesbach im darauffolgenden Jahre durch den Gerichtshof zu Kleve seine sechs Wochen Gefängnis, weil er Staatseinrichtungen verächtlich gemacht haben sollte. Um auch ihrerseits zur Verfolgung des 1876 in Mannheim seßhaft gewordenen Sozialdemokraten den bundesstaatlichen Anteil beizutragen, verhängte die fröhliche Pfalz durch die Frankenthaler Staatsanwaltschaft eine vierwöchentliche Untersuchungshaft über Dreesbach, um ihn dann unbestraft wieder freizugeben.

Im Jahre 1877 redigierte Dreesbach das von ihm mitbegründete „Badisch-Pfälz. Volksblatt", das im folgenden Jahre von den sozialistengesetzlichen Schergen erdrosselt wurde.

Nun mußte der Kämpfer, dessen politische Tätigkeit polizeilich unterbunden war, den beschaulichen Beruf eines Kleinkaufmanns ergreifen und seinen Anhängern Spezereien und Zigarren verkaufen. Aber im stillen arbeitete der Unermüdliche weiter bis zum Sturze des verfluchten Sozialistengesetzes und seines geächteten Urhebers.

In Mannheim entstand im Mai 1890 die „Volksstimme", in deren Administration August Dreesbach bis zum Tode die leitende Stelle einnahm.

Der unglückselige Streber und sozialistentolle Staatsanwalt Karl Geiler versuchte 1894 unseren August unter die Hochverräter zu versetzen und brachte ihn wiederum auf einige Tage in die Untersuchungshaft. Das Schwurgericht zu Mannheim sprach am 20. Oktober das Nichtschuldig aus; dem Staatsanwalt blieb nur der lindernde Trost, daß eine Buße von 50 Mark wegen sogenannter „Aufreizung" aus dem pompös eingeleiteten tragikomischen Prozeß heraussprang.

Vor zwei Jahren begingen die badischen Parteigenossen landauf, landab in herzlicher, inniger Weise den Tag, da ihr bedeutsamster Vorkämpfer für die sozialdemokratische Kulturarbeit sein sechzigstes Lebensjahr vollendet hatte. Wenn die vom jähen Verluste betroffene Familie des nunmehr erlösten Kämpfers jener Stunden ehrendster Anerkennung gedenkt, begreift sie auch, warum so teilnahmsvoll und innig die badische, die deutsche, die internationale Sozialdemokratie an der Bahre steht, auf der ein trefflicher, ein im Sturm und Drang bewährter Sohn des Volkes und Vater der Arbeiter gebettet wurde.

Er zieht in Frieden in die Heimat am Neckar und am Rheine, unsere Herzen schlagen warm in parteigenössischer Teilnahme und eines unauslöschlichen Andenkens sicher in der Sozialdemokratie ist der Name August Dreesbach.

Die russische Revolution.

„Väterchens" liebe Freunde.

Helsingfors, 25. November. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die finnische sozialdemokratische Partei veranstaltete heute unter Teilnahme von 7000 Arbeitern auf dem Senatsplatze eine Massendemonstration gegen die Senatsverfügung betreffend die Auslieferung russischer Flüchtlinge.

* * *

Wir brachten in unserer Sonntagsnummer einen Bericht aus Helsingfors, der die Einzelheiten des geplanten Attentats eingehend erörterte.

Es scheint an der Zeit zu sein, daß sich das Proletariat aller Länder — Deutschlands Arbeiterschaft nicht zuletzt — mit der Frage vertraut macht: was zu tun ist, wenn die diversen Regierungen ihrer althergebrachten liebedienerischen Zarenvergötterung neue Opfer darbringen. Geht uns doch von sehr eingeweihter Stelle die Nachricht zu, daß **zwischen Rußland und Deutschland Verhandlungen** schweben über einen **neuen Vertrag bezüglich der Auslieferung politischer Flüchtlinge.** Die Tendenz dieses Vertrages soll sein: **Rußland das Recht zu geben, die in Deutschland weilenden Russen durch die Polizei nach Rußland befördern zu lassen!!**

Wir sind durch unsere Regierung so wenig verwöhnt, daß wir schließlich dem Fürsten Bülow, Stolypins Kollegen, auch die Sanktionierung solcher „Kulturtat" zutrauen. —

Naher Abschluß der Anleihe?

Seit Monaten ist die russische Presse voll von Nachrichten über die Verhandlungen, die von der Zarenregierung zwecks Abschlusses einer neuen Anleihe geführt werden. Die Regierung hat mehrmals ihren Dementierapparat gegen diese Nachrichten in Bewegung gesetzt; in Rußland weiß man aber, daß die resolutesten Dementierungen des Abschlusses neuer Anleihen direkt vor ihrer tatsächlichen Aufnahme von der Regierung veröffentlicht werden.

Jetzt ist der kritische Moment gekommen! Das historische Verbrechen, die Versorgung der Zarenregierung mit neuen Geldmitteln naht sich der Verwirklichung.

Nachstehend teilen wir die letzten Pressemeldungen über die bevorstehende Anleihe mit. Aus Paris wird dem „Ruß koje Slowo" gemeldet, daß dort ein gewisser Feldzer, Bevollmächtigter des Bankiers Mendelssohn, eingetroffen ist, der den Auftrag hat, mit den Pariser Bankhäusern die Angelegenheit der sich auf Rußland beziehenden großartigen finanziellen Kombination zu erörtern. Der Erfolg soll dadurch gesichert sein, daß es den russischen Regierungskreisen gelungen ist, diejenigen, welche die Anleihe durchführen wollen, davon zu überzeugen, daß die Revolution in Rußland gänzlich unterdrückt werden wird, falls die Regierung wenigstens für zwei Jahre sichergestellt wird!

Eine Bestätigung dieser Meldungen findet sich in der französischen Zeitung „Action", welche schreibt, daß die Kombination für die Realisierung der russischen Anleihe in Frankreich vorbereitet sei. Sie zweifelt allerdings daran, daß die Anleihe ganz glatt von statten gehe, da eine Gruppe von Deputierten die Absicht hat, in der Kammer eine Interpellation über die Teilnahme Frankreichs an den Kombinationen betreffend die Realisierung der neuen russischen Anleihe einzubringen.

Danach wurde dem „Ruß koje Slowo" aus Paris gemeldet: „Mendelssohns Agent, Feldzer, fährt fort, mit den Vertretern französischer Bankhäuser energisch zu verhandeln. In einer Unterredung äußerte er, daß nach zwei Monaten die Anleihe offiziell bekannt gemacht werden wird!"

Der gekrönte Henker.

Im Anschluß an einen neuen Geheimerlaß, in dem daran erinnert wird, daß „Väterchen" allerschärfstes Vorgehen der Feldgerichte wünsche und es sich verbitte, durch Gnadengesuch oder dergleichen behelligt zu werden, konstatiert der „Sozialdemokrat", das Zentralorgan der russischen Sozialdemokratie, daß in den letzten anderthalb Monaten in Rußland durch Urteilsspruch ebenso viel Menschen getötet worden sind wie in den vergangenen anderthalb Jahrhunderten und daß während der ganzen 94jährigen Regierungszeit der vier letzten russischen Zaren, die ihre Untertanen gewiß nicht geschont haben, etwa ein Viertel der Todesurteile gefällt wurde, die Nikolaus II. allein in den letzten zwei Monaten seines Blutregiments auf sein weites Gewissen geladen hat. —

* * *

Tiflis, 25. November. Heute begann hier die Verhandlung gegen eine Anzahl Soldaten des im Dorfe Deschlagar stehenden Ssamur-Infanterie-Regiments, von welchem sich 5 Kompagnien am 30. Juli d. J. empört hatten. Die Zahl der Angeklagten beträgt 220.

Sebastopol, 26. November. Heute ist hier das Urteil über die wegen der Militärrevolte angeklagten Personen verkündet worden. Von diesen wurden der Hülfsapotheker Kontorowitsch zum Tode durch den Strang und 2 Soldaten zum Tode durch Erschießen verurteilt. 3 Soldaten wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, der Berichterstatter Frentzeck zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zur Deportation und mehrere andere zu Zwangsarbeit, Versetzung in die Strafbataillone oder zu Gefängnis verurteilt. Von 270 Angeklagten wurden 38 freigesprochen.

„Nur Bombenwerfer und Räuber!"

Petersburg, 25. November. (W. T. B.) Eine halbamtliche Erklärung besagt, der Versuch einiger Gesellschaftsgruppen, die Regierung, welche sich jetzt der Judenfrage zugewandt habe, zu ungunsten der Juden zu beeinflussen, werde die Regierung nicht abhalten, die durch die Verhältnisse geforderten Erleichterungen für die Juden zu schaffen. Die endgültige Lösung der Judenfrage müsse der Reichsduma vorbehalten bleiben, doch erachte es die Regierung für notwendig, ohne Rücksicht auf die Stellungnahme dieser oder jener Gruppe zur Judenfrage die die Juden beengenden Polizeimaßnahmen und Beschränkungen in Handel und Gewerbe zu beseitigen. Sie erwarte, daß der zur Armut verurteilte Teil der Juden, sobald er größeren Spielraum zur Betätigung größerer Energie und zur Arbeit erhalte, **nicht mehr nur Bombenwerfer und Räuber** aus seiner Mitte liefern werde; zweifellos werde das dem ganzen russischen Volke Vorteil bringen.

Die russischen Juden hätten ja allerdings genügend Veranlassung, auf den doppelten Druck, mit dem sie durch die Regierung stets bedacht worden sind, durch besonders lebhafte Teilnahme am Kampfe gegen den Zarismus zu reagieren. Daß dem in Wirklichkeit nicht so ist, daß Hemmungen eigener Art es bewirken, daß die russischen Juden kaum den Durchschnitts-Prozentsatz zum Kontingent der kämpfenden Revolutionäre stellen, das ist schon so häufig bewiesen worden, daß es selbst die russische Regierung wissen müßte.

Die Behauptung, daß Rußlands verarmte Judenschaft „nur Bombenwerfer und Räuber" liefere, soll natürlich diese beklagenswerte Bevölkerungsschicht diskreditieren und das brutale Vorgehen der Regierung entschuldigen. Die jüdische Finanzwelt schickt sich indessen — wie wir oben dargestellt haben — an, der russischen Regierung neue Gelder zur Niederknüppelung der Revolution und der — Juden zu liefern.

Daß in Wirklichkeit ein Teil der russischen Judenschaft sich bei den jetzigen Zeitläuften durchaus nicht räuberisch und bombenwerferisch, sondern geradezu jämmerlich benimmt, das geht aus folgender Meldung hervor:

Odessa, 25. November. (W. T. B.) Die Vorstände der hiesigen Synagogen und jüdischen Bethäuser beschlossen, sich der Partei der friedlichen Erneuerung anzuschließen und das Programm dieser Partei unter den Juden zu verbreiten; sie erklären, die Juden wollten eine friedliche Arbeit der Duma und seien größtenteils nicht revolutionär gesinnt; sie hielten der Konstitution feindliche Kundgebungen wie das Widorger Manifest für schädlich, da sie den Bestand der Duma gefährdeten; die Juden hätten das Wiborger Manifest nicht beachtet und schenkten der Kadettenpartei kein Vertrauen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. November.

Ein Monstrum eigner Art.

So nannte Genosse Heine in der heutigen Reichstagssitzung das neue Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften, da sich bürgerliche Redner über die bisherigen Bezeichnungen des Gesetzentwurfes über die Berufsvereine durch den „Vorwärts" und das „Correspondenzblatt" beklagt haben. Und er wies an einer Reihe von Bestimmungen, oft sehr drastisch, nach, welch ein Monstrum dieser Gesetzentwurf ist!

Gespannt war ein Teil der Abgeordneten darauf, wie der Arbeiterabgeordnete des Zentrums, Giesberts, den Gesetzentwurf beurteilen werde. Nachdem der freisinnige Abgeordnete Pachnicke eine abfällige Kritik an dem Entwurf geübt hatte, trat Giesberts auf den Plan.

Seine Rede und die unseres Genossen Heine erweckten heute das Interesse des Hauses. In wenig geschickter Art ging zuerst Giesberts auf die Frage ein, warum der Advokat Trimborn und nicht er, Giesberts, zuerst über diese Arbeitervorlage gesprochen habe. Er konnte mit seiner Bemerkung, daß eine halbe Stunde vor Beginn der Sitzung noch nicht feststand, ob er oder Trimborn zuerst sprechen solle, den Eindruck nicht abschwächen, daß man erst den Eiertänzer Trimborn vorschickte, um die Parlamentelei der Kommissionsberatung des Monstrums zu empfehlen und diplomatisch zu verteidigen. Die heutige Giesberts'sche Kritik des Entwurfes müßte dagegen das Zentrum veranlassen, den Entwurf sofort an die Regierung zurück zu verweisen, d. h. ihn in keine Kommissionsberatung zu nehmen. Aber es kam dem Zentrum darauf an, Giesberts erst in zweiter Linie zu einer herberen Kritik freie Hand zu lassen, um die „christlich-organisierten" Arbeiter über die Haltung des Zentrums besser hinweg-

täuschen zu können. Denn das Zentrum ist und bleibt in sozialpolitischen resp. Arbeiterfragen unzuverlässig, wie Genosse Heine unter lebhafter Zustimmung unserer Fraktion konstatierte.

Giesberts wandte sich mit besonderer Schärfe gegen die Ausschließung der Landarbeiter von dem Koalitionsrecht und las den Herren Agrariern ein Privatissimum über die Behandlung der Landarbeiter, sowie über die reaktionären arbeiterfeindlichen Bestrebungen des Agrariertums.

Man müsse sich schämen, ein Preuße zu sein,

rief er der Rechten ob dieser agrarischen Gepflogenheiten zu. Natürlich johlte ihm dafür der Widerspruch der Rechten, aber auch einzelner Zentrumsagrarier entgegen. Giesberts konstatierte übrigens selbst, daß auch ein **Teil des Zentrums gegen die Gewährung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter sei.** Er widersprach auch der Behauptung, daß das Koalitionsrecht die Sozialdemokratie auf das platte Land hinüberziehe, sie sei ohnedem schon dort. Dann übte der Redner eine absprechende Kritik im Sinne unseres Genossen Legien an einer Reihe von Einzelheiten des Entwurfs. Völlig verfehlt war freilich seine Mahnung an die Regierung, bei Ausarbeitung derartiger Gesetzentwürfe die Verfassung der Gewerkschaften zu berücksichtigen und mit Gewerkschaften deshalb Fühlung zu nehmen. Der preußische Bureaukratismus weist eine solch vernünftige Vorarbeit aus Ueberhebung ab und wird es ja auch mit den Scharfmachern nicht verderben wollen! So ist denn das Monstrum nur aus der bureaukratischen Weisheit im Regierungslaboratorium geboren, die praktische Erfahrung aus dem Gewerkschaftsleben hat keinen Teil daran.

Das bewies in einer ätzenden Kritik Genosse Heine, der die „Mißgeburt" als ein Werk einseitigster Ideen eines engherzigen Interessenkreises in all ihrer Häßlichkeit zeigte. Der Zentralverband der Scharfmacher möge seine Freude an dem Entwurf haben; aber als Gesetz für die Arbeiterinteressen dürfe es nicht bezeichnet werden. Heine verspottete die Idee des Staatssekretärs Grafen Posadowsky, diesen Entwurf als eine Grundlage für ein neues Reichsvereinsgesetz anzusehen; denn wenn auch Trimborn dieses Gesetz als den „ersten Schritt" für diese Gesetzesmaterie bezeichnet habe, so sei doch dieser erste Schritt auf falschem Weg getan, auf dem man nie zum Ziele komme. Mit beißendem Sarkasmus schilderte Heine, daß man den Landarbeitern das Koalitionsrecht, das auf der preußischen Verfassung beruhe, durch Gesetz vom Jahre 1854 genommen habe, damit sie in den Banden der Agrarier gehalten werden können, die, wie der Staatssekretär Posadowsky, für die Einbringung der Ernten durch die Arbeiter besorgt sind, aber bei gelegentlicher Aussperrung und Ausweisung von Landarbeitern völlig unbekümmert darum waren, ob dadurch Menschenleben zugrunde gingen. Das zeige den kapitalistischen Charakter der bürgerlichen Gesellschaft, die darum solche Gesetze zur Niederhaltung der Arbeiter schaffe.

Bei der Besprechung von Einzelheiten des Gesetzes legte Heine dann klar, wie sie die bekannten Gehässigkeiten der Polizei gegen organisierte Arbeiter geradezu herausforderten, und daß es unmöglich sei, auf solcher Grundlage ein den Arbeitern günstiges Gesetz zu schaffen. Das werde sich bei der Kommissionsberatung zeigen.

Nach der Rede Heines wurde die Weiterberatung des „Monstrums" auf morgen vertagt.

Der Fall Gaisert-Wittemann.

Immer aufs neue wird der Fall Gaisert-Wittemann in die Erörterung gezogen. Das Zentrum macht krampfhafte Anstrengungen, die beiden Opfer seines Systems zu retten und benutzt jede Gelegenheit, um über das unverdiente Schicksal der beiden Ehrenmänner zu zetern. So auch in der Reichstagssitzung vom 16. November wurde der Fall bei der Debatte über die geistlichen Wahlhubereien bei der Wahl des reichsländischen Abgeordneten Wildberger von unserem Genossen Richard Fischer gestreift. In sehr zurückhaltender, ja geradezu unverdient nobler Form behandelte unser Redner das skandalöse Vorkommnis bei der badischen Landtagswahl. Man sollte aber dem Zentrum gegenüber nie nobel sein, denn diese kurze sachliche Bemerkung benutzte der badische Zentrumsabgeordnete Fehrenbach sofort dazu, an den beiden verunglückten Zentrumskämpen Gaisert und Wittemann eine rührselige Mohrenwäsche vorzunehmen, die, weil sie mit Gefühlsmomenten operierte, auf den Uneingeweihten nicht ohne Wirkung blieb. Demgegenüber ist doch notwendig hier noch einiges Ergänzende über den Fall Gaisert-Wittemann zu sagen.

Der Pfarrer Gaisert in Gündelwangen (Wahlkreis Bonndorf-Waldshut) trieb die Wahlagitation für den Zentrumskandidaten Oberamtsrichter Wittemann in Donaueschingen ganz so schamlos wie seine Berufskollegen im Wahlkreise des Abg. Wildberger. Auch er drohte den Wählern mit Höllenstrafen, wenn sie Wittemann nicht wählten, ging zu jedem einzelnen und bearbeitete ihn und der Schlußrefrain lief immer darauf hinaus: Wer mit seinem Pfarrer in den Himmel kommen will, muß Wittemann wählen!

Diese Agitation würde natürlich auch gesehen und als ein Wahlprotest eingereicht wurde und die Sorge in die Herzen des auch wirklich gewählten Wittemann und seines geistlichen Wahlagitators schlich, daß die Wahl kassiert werden könne, da korrespondierten die beiden darüber, auf welche Weise die gravierenden Tatsachen am besten verwischt werden könnten. In dieser Korrespondenz gab der rechtskundige Oberamtsrichter seinem geistlichen Parteifreund Ratschläge und Auskunft, wie Gerichte die Tätigkeit des Pfarrers beurteilen würden. Die Korrespondenz wurde mit kühler Ueberlegung geführt und die Briefe vernichtet. Wittemann versäumte nicht, an den schlimmsten Brief das Postskriptum anzuhängen: „Vernichten Sie diesen Brief!" Der Brief wurde nicht vernichtet, die Staatsanwaltschaft fand ihn und er wurde zu einem wichtigen Beweisstück in dem gegen Gaisert anhängig gemachten Verfahren wegen Verleitung zum Meineid.

In dem Briefe stand nämlich: „Hoffentlich wissen die Zeugen nicht mehr was Sie sagten." Und es war erklärlich, daß der Staatsanwalt diesem Brief besonderen Wert beilegte, denn Gaisert hatte ja eben einem wichtigen Zeugen geschrieben, er solle — der Wahrheit zuwider — aussagen, er habe nicht darauf gehört, was Gaisert zu den beeinflußten Personen sagte, habe sich überhaupt um nichts gekümmert.

Was soll da das Lamento über den unglücklichen Mann, der wegen Verleitung zum Meineid ein Jahr Zuchthaus erhielt? Die juristische Seite des Falles kann ganz aus dem Spiele blieben, das steht aber unzweifelhaft fest, daß der Pfarrer andere zu bereden suchte im Parteiinteresse, vor den verhörenden Beamten die Unwahrheit zu sagen. Einfache Arbeiter sagten dazu, es sei eine Liederlichkeit sondergleichen, wenn ein Pfarrer so etwas schreibe. Auch die Spekulation auf das Mitleid kann Gaisert gegenüber nicht verfangen, denn er hat so gehässig in den Wahlkampf eingegriffen wie sonst kaum ein Gegner. Noch in dem Briefe, der ihm zum Verderben ward, beschimpft er die Arbeiter, die seine Wahlhubereien mit angesehen, als „die roten Brüder von Bonndorf".

Und welche Rolle spielt der Zentrumsjurist Wittemann? Durch seine Briefe ist Gaisert offenbar auf die Idee gekommen, den Beeinflussungsversuch an einen der Hauptzeugen zu machen. Freilich selbst als Zeuge über den oben erwähnten kompromittierenden Brief vernommen, hat Wittemann erklärt, es liege ein — allerdings auffällig ungewöhnliches und für viele auch sehr unwahrscheinliches — Versehen vor, er habe schreiben wollen: „Hoffentlich wissen die Zeugen nicht mehr als was sie sagten." Aus einem instruierenden Wunsch, daß die Zeugen vergeßlich sein möchten, wird so auf einmal eine Verdächtigung der Zeugen, sie könnten mehr „wissen" als was der Pfarrer gesagt habe. Fatal, wenn in einem solchen Brief ein Komma und das Wörtchen „als" vergessen wird; umso fataler, wenn der Brief nicht der Aufforderung gemäß alsbald vernichtet wird.

Der Abg. Fehrenbach stellte den Oberamtsrichter Wittemann als untadeligen Ehrenmann hin. Inzwischen aber hat, wie aus Karlsruhe gemeldet wurde, das badische Justizministerium das Disziplinarverfahren gegen den Herrn eingeleitet. Man wird ja bald hören, was dabei herauskommt. Mag das aber auch enden, wie es will, der Brief enthält neben dem sonderbaren „Lapsus" schon so viele gehässige Anreimpelungen der sozialdemokratischen und nationalliberalen Gegner, daß er kein besonderes Vertrauen in die richterliche Objektivität Wittemanns erweckt.

Natürlich ist das Zentrum in Baden nicht untätig. Die liberalen Wähler seines Wahlkreises haben Wittemann öffentlich zur Niederlegung seines Mandates aufgefordert. Das tut er natürlich nicht, denn seine Wähler und unzählige Zentrumsversammlungen versichern ihn des ungeteilten Vertrauens. Der geheime Einpeitscher dieser demonstrativen Kundgebungen ist kein anderer, als der Wahlfeldmarschall des badischen Zentrums, der bekannte Geistl. Rat Wacker.

Dieser rücksichtslose und innerhalb der Partei außerordentlich einflußreiche Mann ist gewissermaßen der indirekte Urheber der maßlosen Wahlagitation der katholischen Geistlichen Badens. Er hat schon 1904, ein volles Jahr vor den badischen Landtagswahlen, ein energisches Rundschreiben an sämtliche Geistliche gerichtet, bei den Landtagswahlen für „die gut Sach" zu wirken. Diesem Einfluß W.'s konnten sich natürlich die Geistlichen nicht entziehen. Daher die bekannten Verurteilungen dreier Geistlicher wegen Mißbrauches der Kanzel und schließlich die Verurteilung Gaiserts wegen Verleitung zum Meineid.

Herr Wacker ist auch jetzt noch nicht gewillt, die Segel zu streichen. In einer Versammlung des katholischen Männervereins Karlsruhe erklärte der streitbare Diener der christlichen Nächstenliebe jüngst:

> ... Der Minister hat es unternommen, die Teilnahme des katholischen Klerus an der Politik überhaupt, und namentlich an der Wahlpolitik, aus der Welt zu schaffen. Ein gewaltiges Unternehmen! Wenn ich einen Saal von Amtsbrüdern vor mir hätte, würde ich die Frage stellen: Glaubt einer von meinen Amtsbrüdern, daß dem Minister das gelingen werde? Und ich hoffte mit aller Zuversicht, daß ein lautes, ein kräftiges, ein einmütiges niemals! den Saal durchdringen würde.

Herr Wacker hat mit dieser Agitation noch einen Spezialerfolg erzielt: Der liberale Amtsverkündiger „Ort. Bote" teilt mit, daß der Freiburger Untersuchungsrichter Fischer den Zentrumsführer Geistlichen Rat Wacker in Zähringen einvernommen habe wegen beleidigender Aeußerungen gegen den Vorsitzenden der Freiburger Strafkammer im Falle Gaisert und gegen den Direktor der Oberschulbehörde.

Im Innern wird sich der Stratege des badischen Zentrums über die Gelegenheit freuen, sich einen billigen Triumph zu verschaffen; wahrscheinlich bestand die Absicht, die Regierung oder Staatsanwaltschaft mobil zu machen. Dabei tritt die Meineids- und Briefaffäre in den Hintergrund, die Anklagen gegen die schwarze Volksquälerei werden überschrien. Denn jetzt schon brüllen die großen und kleinen schwarzen Löwen ins Land: „Polizeimittel des Kulturkampfes, Hineinzerren in den politischen Bürgerkrieg, Buben, so diesen Streit heraufbeschworen!" — — Das ist eine reizende Ouvertüre.

• • •

Deutsches Reich.

Zur Geschäftslage des Reichstages.

Der Seniorenkonvent war gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten versammelt, um die gegenwärtige Geschäftslage des Reichstages zu beraten.

Wegen der durch den Tod des Erzbischofs Dr. v. Stablewski in Posen bedingten Abwesenheit der polnischen Reichstagsabgeordneten können die Interpellationen wegen des Religionsunterrichts polnischer Kinder nicht, wie beabsichtigt war, am Dienstag verhandelt werden.

Nach Erledigung der ersten Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Berufsvereine sollen am Mittwoch, den 28. d. Mts., die beiden Nachtragsetats für Süd-West-Afrika mit den dazu gehörigen Denkschriften auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Da auf eine sehr ausgedehnte Kolonialdebatte gerechnet wird, glaubt man, daß die Beratung 4—5 Tage in Anspruch nehmen wird. Die Frage der Immunität der Reichstagsabgeordneten und des Reichstagsgebäudes, die im letzten Sommer gelegentlich der Zeugenvernehmung des Abg. Erzberger eine Rolle gespielt und einige Initiativanträge gezeitigt hat, soll aus der Kolonialdebatte ausgeschieden und besonders verhandelt werden.

Nach Mitteilung des Präsidenten geht dem Hause noch eine Regierungsvorlage betr. die Algecirasakte zu, die in allen drei Lesungen noch vor Weihnachten erledigt werden muß, da die Ratifikationen der Algecirasakte bis zum 1. Januar 1907 ausgetauscht werden sollen.

Außer den erwähnten Gegenständen sollen noch die rückständigen Interpellationen (Fleischnot, Gerste, Eisenerze und Religionsunterricht für polnische Schulkinder) vor den Weihnachtsferien parlamentarisch erledigt werden.

Nach Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten wandte sich die Besprechung der Frage zu, ob und inwieweit man durch Unterbrechungen der Sitzungen den Abgeordneten die Möglichkeit schaffen soll, ihren beruflichen Privatgeschäften nachzugehen.

Unter Ablehnung aller anderen Vorschläge einigte sich der Seniorenkonvent dahin, nach Wiederbeginn der Sitzungen im Januar alle zwei Wochen zwei Werktage (Sonnabend und Montag) sitzungsfrei zu lassen.

Von verschiedenen Seiten (den Vertretern des zentrums-konservativ-nationalliberalen Blocks) wurde als Aequivalent für den Verzicht auf diese Sitzungstage die Kontingentierung (vorherige Festsetzung der Beratungszeit) der Etatsberatung verlangt. Die sozialdemokratischen Mitglieder widersprachen auch dieses Mal dem Vorhaben, die Etatsberatung gewaltsam abzukürzen. Nach den Intentionen der Regierung kommt der Etat pro 1907 so spät an den Reichstag, daß die erste Beratung desselben erst nach Neujahr im Plenum erfolgen kann.

Die versuchsweise Einführung, wonach die Sitzung am Sonnabend um 3 Uhr nachmittags beendet und am Montag um 3 Uhr begonnen werden soll, wird wieder aufgegeben, da der dadurch verlorenen Sitzungszeit keine Vorteile entgegenstehen.

Die Weihnachtsferien des Reichstages beginnen am 14. Dezember und endigen am 10. Januar.

Der am 8. Januar beabsichtigte Wiederzusammentritt des Reichstages verschiebt sich um zwei Tage, da der Präsident das Bedürfnis hat, sich an dem am 8. Januar stattfindenden 25jährigen Bischofsjubiläum des Fürstbischofs Dr. Kopp in Breslau zu beteiligen.

Erzbischof v. Stablewski.

Der Erzbischof v. Stablewski ist gestern am Herzschlag verstorben. Damit ist der Tätigkeit gerade des katholischen Kirchenfürsten, der sich — wenn auch wohl mehr aus klerikalen und chauvinistisch-reaktionären Motiven — der hakatistisch vergewaltigten polnischen Bevölkerung angenommen hat, unerwartet rasch ein Ende gesetzt worden. War es doch gerade Stablewski, der noch vor wenigen Wochen jenes Hirtenschreiben an die ihm unterstellte Geistlichkeit gerichtet hatte, in dem der katholische Klerus aufgefordert wurde, den Wirkungen der zwangsweisen Einführung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache durch privaten Religionsunterricht in polnischer Sprache entgegen zu treten.

Der Tod Stablewskis wird nicht nur unseren Hakatisten, sondern auch unserem regierungsfrommen Zentrum, und nicht zuletzt auch dem Papste, nicht unwillkommen sein. Räumt er doch, fürs erste wenigstens, einen Konflikt aus dem Wege, der für die trauliche Harmonie zwischen der Regierung und dem Klerikalismus auf die Dauer hätte höchst unerquicklich werden können.

Freilich bleibt durch Stablewskis Tod der Polenkonflikt selbst völlig unberührt. Er ist keineswegs, wie liberale Hakatisten behaupten, durch den polnischen Klerus künstlich erzeugt worden; vielmehr hat der Klerus sich des Agitationsstoffs nur bemächtigt, um nicht der Sympathien der Bevölkerung verlustig zu gehen. Die Polenfrage wird so lange brennend bleiben, als mit dem System der Germanisationspolitik nicht gebrochen wird! —

Das Zentrum macht für das Antigewerkschaftsgesetz Stimmung.

In einem offiziösen Waschzettel, welcher durch die Zentrumspresse der Provinz geht, heißt es über die Stellung des Zentrums zum neuen Entwurf einer gesetzlichen Arbeiterknebelung:

> ... es scheint uns dieses Wüten (der sozialdemokratischen Parteiblätter gegen den Gesetzentwurf) ohne tiefere Bedeutung zu sein. Man dürfte doch wohl im roten Lager die großen Vorteile, die trotz alledem die Vorlage der Arbeiterbewegung bietet, nicht verkennen, dabei aber das Bestreben haben, die eingeflochtenen Kautelen aus dem Entwurf herauszubringen.... Unsere Meinung, daß dem Zustandebringen der Rechtsfähigkeitsvorlage erhebliche Schwierigkeiten nicht im Wege stehen, wird nur bestätigt. Wenn so von links und rechts („Deutsche Arbeitgeber-Zeitung") auf den Entwurf eingeschlagen wird, muß das Zentrum all sein Geschick und seine Kraft aufwenden, um das Gesetz unter Dach zu bringen.

So zu lesen z. B. im „Badischen Beobachter" Nr. 269 vom 24. November. —

Die „Germania" für das Antigewerkschaftsgesetz.

Die „Germania" fährt fort, für das Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse Stimmung zu machen. Viel offener als die Abgeordneten Trimborn oder gar Giesberts tritt sie für den Entwurf ein. Zwar meint sie jetzt:

> Gewiß, das haben die Reichstagsverhandlungen der beiden letzten Tage tatsächlich festgestellt, leidet der Gesetzentwurf an großen Mängeln, so daß seine Annahme in der vorliegenden Fassung ausgeschlossen erscheint.

Aber „die Arbeiterschaft ... wird doch schließlich ... anerkennen müssen, daß die Stellung der Arbeiterkorporationen neben den anderen Faktoren unseres öffentlichen Lebens durch das Gesetz wirtschaftlich und politisch gehoben werden soll." Und das wagt das führende Blatt des Zentrums der Arbeiterklasse gegenüber einem Gesetzentwurf zu bieten, von dem selbst der nationalliberale Bassermann als Rechtsanwalt und der Zentrumsabgeordnete Giesberts als Gewerkschaftsführer bekennen muß: er würde eine Gewerkschaft dringend davor warnen müssen, sich dem Gesetzentwurf zu unterstellen. Das Antigewerkschaftsgesetz und die allgemeine Mißhandlung des Koalitionsrechts preßt dem Zentrumsabgeordneten das Bekenntnis ab: man müsse sich schämen, Preuße zu sein. Aber die „Germania" lobt die Tendenz des Gesetzes und kann diese der Arbeiterklasse feindseligste Tendenz des Gesetzes als Zentrumsblatt loben, weil die Mehrheit des Zentrums hinter der Tendenz des Gesetzes steht, die auf Knebelung, Entmündigung und Verleibeigenschaftung der Arbeiterklasse abzielt. Die „Germania" weiß, daß das Gesetz, gerade weil es nach der von der „Germania" zitierten Aeußerung Posadowskys „die Schaffung eines Arbeiterrechts" einleiten soll, den ersten reichsgesetzlichen Schritt auf der Bahn bedeutet, die das preußische Ausnahmegesetz gegen die Bergarbeiter durch Schaffung jener famosen „Arbeiterausschüsse" gewandelt ist, die in Wahrheit Unternehmerorgane zur Mundtotmachung der Arbeiter sind und die seinerzeit selbst das preußische Zentrum deshalb scheinbar bekämpfte. Die „Germania" verteidigt just in dem Augenblick, wo England von den zivilrechtlichen Fesseln die Arbeiterkorporationen völlig befreit, eine Haftung der Gewerkschaften. Sie verteidigt diese Erdrosselungsversuche von Arbeiterorganisationen mit dem scheinheiligen, dem Arsenal der Scharfmacher entlehnten Argument:

> „Die Arbeiter können schließlich auch nicht verlangen, daß sie bezüglich der Rechtsfähigkeit ihrer Vereine eine privilegierte Stellung gegenüber den anderen eingetragenen Vereinen erhalten, wie diese durch die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs für andere eingetragene Vereine generell festgelegt worden sind. Die gewerblichen Arbeiter, für welche der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine bestimmt ist, werden gewiß in dieser Beziehung kein Privilegium verlangen, wohl aber verlangen können und müssen, daß ihren Berufsorganisationen gegenüber Rechte und Pflichten mit gerechtem Maße abgemessen werden. In dieser Beziehung kann es unter denkenden Arbeitern keinen Unterschied der Auffassung geben."

Unter denkenden Arbeitern besteht darüber kein Zweifel, daß es ein Hohn auf die Gerechtigkeit ist, formal gleiche, inhaltlich völlig verschiedene Dinge mit demselben Maßstab zu messen. Rechtlich „frei" ist der Arbeiter — gibt es wirklich einen denkenden Arbeiter, der diese „rechtliche Freiheit" ohne wirtschaftliche Freiheit für gleichbedeutend mit der rechtlichen Freiheit des wirtschaftlich freien Großkapitalisten hält? Tagtäglich lehren ja den Arbeiter Gerichtsurteile und Verwaltungsmaßnahmen so stark, was es mit der rechtlichen Freiheit und Gleichheit in Wahrheit auf sich hat. Glaubt die „Germania" etwa, es sei allein der zahme Zentrumsabgeordnete Giesberts, dem diese Mißhandlung der Rechte, die mit dem Arbeiter geboren, von denen aber nie die Rede ist, den Stoßseufzer auspreßt: man muß sich schämen, Preuße zu sein?

Ihre Empfehlung des gegen die Arbeiterklasse gerichteten Knebelgesetzes verbrämt die „Germania" mit perfiden Anpöbelungen der Gewerkschaftsführer im allgemeinen und der sozialdemokratischen im besonderen. „Die Gewerkschaftsführer", erklärt die „Germania", „sind an dem Nichtzustandekommen des Gesetzes auch persönlich stark interessiert." Die christlich-sozialen Gewerkschaften mögen sich für diese Verdächtigung ihrer Führer bei dem leitenden Organ des Zentrums bedanken. Gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern stimmt das Zentrumsorgan den umgekehrten Singsang an, als den, der nach dem Parteitage von Mannheim von der Zentrumspresse für gut befunden wurde. Wurde damals die falsche Melodie gekrächzt: die Partei hat sich den Gewerkschaften unterworfen, so dekretiert nunmehr die „Germania": nach den Beschlüssen des Parteitages in Jena ... sind die „sozialdemokratischen Gewerkschaften, die selbst schon auf das Prädikat „frei" verzichtet haben, nur noch Filialen der politischen Sozialdemokratie". Und an diesen der Scharfmacherpresse entlehnten Blödsinn der „Germania" soll ein „denkender" Arbeiter glauben! Bei eifrigem Studium weiterer ähnlicher Artikel der „Germania" wird man zu der Ueberzeugung gelangen: man muß sich als Arbeiter schämen, dem Zentrum anzugehören, das in seinen Hauptorganen für das Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter eintritt, und endlich zu der Ueberzeugung gelangen: Dein Platz als Arbeiter darf nur in den Reihen der politischen Organisation der Arbeiter, der Sozialdemokratie, sein.

Die Fleischteuerung.

Die M.-Gladbacher Handelskammer verzichtet in ihrer letzten Sitzung folgende Resolution dem Reichskanzler zu übermitteln: „Die schon seit Monaten fortdauernd gestiegenen Fleischpreise haben je länger je mehr eine Höhe erreicht, die die notwendige gesunde Ernährung des deutschen Volkes in höchstem Maße gefährdet. Zur Beseitigung dieser sich auch im hiesigen Industriebezirke fühlbar machenden unhaltbaren Verhältnisse fordert die Handelskammer von der Regierung dringend Abhülfsmaßregeln, und zwar sowohl durch vorübergehende Aufhebung der Eingangszölle auf Vieh und Fleisch, wie durch schleunige Oeffnung der Grenzen für lebendes Schlachtvieh, unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinären Kontrollen, wie durch Erleichterung der Fleischeinfuhr, unter vorübergehender Aufhebung aller sanitär nicht unbedingt gebotenen Erschwerungsmaßregeln, wobei vor allem der erleichterte Bezug des billigen gefrorenen Rind- und Hammelfleisches aus Australien und Neuseeland, das in England einen wichtigen Teil der Fleischnahrung bildet, ins Auge zu fassen ist."

Die städtische Verwaltung in Düsseldorf hat die Schlachtgebühren für Schweine von 2 M. auf 1,70 M. ermäßigt.

Einen städtischen Fischmarkt richtete die Stadtverwaltung in Krefeld ein. —

Die Protestbewegung gegen den Lebensmittelwucher.

In Nordfriesland und Eiderstedt, jenen Bezirken der Provinz Schleswig-Holstein, die die stärkste Fettviehproduktion aufweisen, fanden dieser Tage eine Reihe Versammlungen statt, die der Meinung der Konsumenten Ausdruck gaben. In allen sehr gut besuchten Versammlungen wurde die vom Parteivorstande empfohlene Protestresolution einstimmig angenommen. Versammlungen fanden statt in Husum, Tönning, Friedrichstadt, Olversum, Westerland a. Sylt und Bredsted. In Olversum, einem Dorfe bei Tönning, hat die Versammlung noch das Resultat gehabt, daß sich genügend Genossen zum Beitritt in einen sozialdemokratischen Ortsverein meldeten, dessen Gründung nächstens erfolgen wird. —

Bürgerlicher Wahlkuddelmuddel.

In Essen finden demnächst die Stadtverordnetenwahlen statt. Die Vielgestaltigkeit der Wahlbündnisse in den verschiedenen Teilen der Stadt ist bezeichnend für die Grundsatz- und Charakterlosigkeit der bürgerlichen Parteien. So ist in der Altstadt Essen ein Bündnis zwischen den Liberalen, der Bürgerpartei und dem Zentrum zustande gekommen; in Altendorf stehen sich Zentrum und Liberale im Wahlkampf gegenüber, ebenso in Rückenscheid, wo sich außerdem noch eine Bürgerpartei gebildet hat. In Essen-West gehen die Nationalliberalen mit dem christlichsozialen Verein als „evangelische Volksvereinigung" zusammen. Das gibt einen Vorgeschmack der Erscheinungen, die der nächste Reichstagswahlkampf bringen wird. —

Wohlerzogene Arbeiterausschüsse.

Die Kölner Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung hat dieser Tage eine Studienfahrt nach der rheinischen Spinner- und Weberstadt M.-Gladbach gemacht und dabei auch der Fabrik des Herrn Brandts, des Vorsitzenden des katholischen Volksvereins, einen Besuch abgestattet. Die „Kölnische Zeitung" bringt einen ausführlichen Bericht darüber, worin die veränderten Produktionsbedingungen geschildert werden, unter denen heute der Arbeiter der Textilindustrie zu schaffen hat. Mit der alten Gemächlichkeit sei es vorbei, wie mit der Poesie des Spinnrades und der Webelade; nur das eine sei möglich und nötig, den Menschen auch unter den geänderten Verhältnissen das Leben noch lebenswert zu machen; ihn fühlend zu erhalten inmitten der fühllosen gigantischen Umwelt; er solle sich mehr dünken, als ein Rad in diesem Mechanismus, das man beliebig einsetze und herausnehme. Dann heißt es:

„Es ist verständlich, daß der Herr des Hauses auch Herr im Hause zu bleiben wünscht. Aber seit wir M.-Gladbach gesehen und die Konstitution im Betriebe des Herrn Brandts, seitdem möchten wir wohl die Frage aufwerfen, ob nicht dieser Gedanke doch den Kern zu größerem Frieden und ersprießlicherem Wirken in sich birgt. Für beide Teile! Die Protokolle des Brandtschen Arbeiterausschusses sind Dokumente. Namentlich der letzte Eintrag in dieses merkwürdige Buch spricht Bände, denn wo wäre es je zu erleben, daß der Fabrikherr eine Fleischteuerungszulage anbietet, der Arbeiterausschuß aber von dem Angebot nur einen Teil annimmt! Oder daß der Unternehmer die Arbeitszeit nur unter dem Widerstreben seiner Leute von 10 auf 9½ Stunden herabzusetzen vermag, bei steigenden Löhnen, also ohne Furcht der Arbeiter vor einem Ausfall an Verdienst."

Bis zu welchem Grade von Eunuchenhaftigkeit muß die christliche Sozialpolitik des Herrn Brandts die Arbeiter herabgewürdigt haben, daß sie dem „Herrn im Hause" zuliebe sich gegen eine Verbesserung ihrer Lage sträuben! Man begreift es, daß das rheinische Kapitalistenblatt Neid und Sehnsucht empfindet gegenüber einer „Sozialpolitik", die sich so vortrefflich versteht auf die Dressur von Knechtseelen! —

Der Jahresbericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen für die Zeit vom 1. April 1905 bis zum 31. März 1906 ist erschienen. Er enthält mancherlei interessante Angaben. So berichtet die Landwirtschaftskammer von dem Steigen der Bodenpreise, wobei hervorgehoben wird, daß auch die neuen Handelsverträge nicht ohne Einfluß auf die höheren Bodenpreise gewesen sind. Man muß berücksichtigen, daß in dem Berichtsjahre die neuen Handelsverträge noch gar nicht in Kraft getreten waren. Um wieviel mehr steigen also jetzt die Bodenpreise, wo die Agrarier im Gelde scheffeln! Im vorigen Jahre schon sind in manchen Gegenden Preise bis zu 400 Mk. pro Morgen erzielt worden. Gleichzeitig sind die Pachtpreise gestiegen. Ein Besitzer verpachtete seine Wirtschaft mit 12 Mk. pro Morgen exklusive Inventar. All diese Pächter und Käufer werden bald von einer „Not der Landwirtschaft" reden und höhere Zölle verlangen. Wie vorzüglich die Ostmarkenpolitik in Ostelbien floriert, wird durch die Mitteilung illustriert, daß in den südlichen Kreisen viele kleinere Besitzungen in die Hände von Polen übergegangen sind!

Der Bericht sagt dann, daß die Preise für Zucht-, Milch- und Mastvieh recht gut waren und stellt natverweise fest, daß in Ostpreußen von einem Viehmangel keine Rede sein konnte. Als ob schon jemand Ostpreußen für eine vieharme Provinz erklärt hat. Gewiß, in Ostpreußen gibt es viel Vieh, aber es bleibt nicht in der Provinz, sondern geht nach dem Westen, so daß in Ostpreußen genau dieselben teueren Preise vorhanden sind, wie anderwärts. Ja, selbst in den kleinen Städten sind die Preise für Fleisch sehr hoch. Der Bericht muß zugeben, daß ein Mangel an Schweinen besteht, er schiebt aber als Ursache die schlechte Futterernte im Jahre 1904 vor. Und nun kommt das Eingeständnis, daß trotz der Absperrungsmaßregeln in den ostpreußischen Ställen die Schweineseuche furchtbar gehaust hat. Es heißt wörtlich in dem Bericht: Wesentlich aber wirkte auch der Umstand mit ein, daß viele größere Güter die Schweinezucht bezw. Schweinehaltung zeitweise ganz aufgeben mußten, weil sie anders die Schweineseuchen in ihren Beständen nicht tilgen konnten. Wir meinen, das ist deutlich. Während man immer schreit, die Ställe im Auslande sind verseucht, muß man im Inlande die Zucht gänzlich einstellen, um mit der inländischen Seuche aufräumen zu können.

Ueber die „Arbeiterverhältnisse" äußert sich der Bericht selbstverständlich ungünstig. So stellt er fest, daß sich der Mangel an einheimische n, insbesondere an unverheirateten ländlichen Arbeitskräften für die ostpreußischen Landwirte noch immer in der unangenehmsten Weise fühlbar macht. Es sind natürlich wieder viele ausländische Arbeiter geholt worden. So hat die Landwirtschaftskammer, deren „nationale" Betätigung zum größten Teil in der Vermittelung ausländischer Landarbeiter besteht, im Jahre 1905 insgesamt 3630 Ausländer an die ostpreußischen Agrarier vermittelt. Diese Leute setzen sich zusammen aus 1377 Polen von der schlesischen Grenze, 994 Polen von der ostpreußischen Grenze, 881 Galizier, 232 Südungarn und 155 Ruthenen. Außerdem sind auch eine Menge Privatagenten in der Besorgung von ausländischen Arbeitern tätig gewesen. Man kann sich also vorstellen, welche riesige Zahl von Ausländern alljährlich nach Ostelbien geht. Geklagt wird auch über eine Vermehrung der Kontraktbruchfälle. Man wirft den Schachtmeistern, Aufsehern von Wege- und Kanalbauten vor, daß sie den Agrariern durch höhere Löhne die Arbeiter fortlocken. Dabei ist der Tagelohn, der den Arbeitern in Ostpreußen bei den öffentlichen Bauten gezahlt wird, sehr niedrig. Ein Lohn von 2,80 bis 3,50 Mk. pro Tag wird als sehr hoch angesehen. Weiter wird aber den Arbeitern vorgeworfen, daß sie aus dem Mangel an Arbeiterangebot für sich nach Möglichkeit Vorteil zu ziehen suchen, indem sie entweder Lohnerhöhung verlangen (welche Frechheit!) und einfach fortgehen, falls ihre Forderung nicht erfüllt wird, oder auch bereits auf das bloße Gerücht von einer besseren Arbeitsstelle ihrer bisherigen bei Nacht und Nebel den Rücken kehren.

Es heißt natürlich, daß „ordentliche und solide Leute" so etwas nicht tun." Demnach ist also das Fordern von mehr Lohn und das Verlassen der Arbeitsstelle, falls die Forderung nicht erfüllt wird, unordentlich und unsolide. Dabei sind es gerade die Agrarier, die jetzt aus dem Mangel an Vieh vorzüglich Kapital zu schlagen verstehen. Ja, sie haben diesen Mangel erst künstlich herbeigeführt, um das Volk desto mehr ausbeuten zu können! Das ist aber nicht „unordentlich und unsolide", sondern das ist bloß „Schutz der nationalen Arbeit". Aber wenn Arbeiter ihre einzige Ware Arbeitskraft zu besseren Marktpreisen zu verkaufen suchen, dann ist das verwerflich, weil es die Interessen der nimmersatten Agrarier schädigt. Uebrigens hieß es früher immer und vor den Reichstagswahlen wurde es von den Konservativen in allen Krugstuben verkündet, daß, wenn der Landwirt höhere Zölle bekommen wird, er seinem Arbeiter auch höhere Löhne geben kann. Heute heimsen die Agrarier Riesengewinne ein, aber an die Arbeiter denken sie nicht; die müssen sich bei Nacht und Nebel auf und davon machen, wenn sie nicht auf den ostpreußischen Gutshöfen darben wollen. —

Aus dem oberschlesischen Industriebezirk wird uns geschrieben: Weder von der nationalen noch von der gewerkschaftlichen Bewegung kann aus unserem dicht am russischen Revolutionsherd gelegenen Bezirk gegenwärtig nennenswertes berichtet werden. Hier und da wird der Versuch gemacht, dem Beispiele der polnischen Bevölkerung Posens zu folgen und die Kinder beim Religionsunterricht in deutscher Sprache „streiken" zu lassen. So haben in den letzten Tagen in zwei dicht an der russisch-polnischen Grenze gelegenen Industriedörfern, Kostow und Borzeginka, etwa 40 Schüler gestreikt. Die Polizei hat ganz nach dem Muster ihrer jenseits der Grenze hausenden russischen Kollegin einen in Kostow wohnenden, als „Polenagitator" bekannten Kaufmann verhaftet und in das Myslowitzer Gerichtsgefängnis bringen lassen, unter der Beschuldigung, er habe die Kinder zum Streiken aufgehetzt. Wie man, selbst wenn das wahr sein sollte, den Mann gleich einem schweren Verbrecher behandeln kann, begreift der beschränkte Untertanenverstand natürlich nicht. Aber in Oberschlesien macht man das so.

Ueber einzelne Versuche kommt jedoch in Oberschlesien der Schulkinderstreik, die neueste Phase im Kampfe der Polen um ihr Recht, nicht hinaus. Daraus darf aber noch nicht geschlossen werden, daß hier die Stimmung der polnisch sprechenden Bevölkerung eine andere, bessere sei, wie in der Provinz Posen. Auch hier würde dieser Schulstreik ganz gewaltige Ausdehnung gewinnen, wenn nicht die große Mehrheit des oberschlesischen Volkes, die großindustrielle Arbeiterschaft, unter einem ganz anderen wirtschaftlichen Druck stände, wie die kleinbäuerliche und bürgerliche Bevölkerung der Provinz Posen. Das Solidaritätsgefühl des oberschlesischen Proletariers ist noch ganz unentwickelt und er hat keinen Begriff von der Macht, die er, vereinigt mit seinen Klassengenossen, gegenüber seinen Unterdrückern ausüben könnte. Er läßt sich knechten, oft wie einen Hund behandeln, heimlich grollend zwar und in Einzelfällen in unüberlegte rohe Gegenwehr verfallend, aber im ganzen doch geduldig, ja oft kriechend unterwürfig. Das gibt verblendeten Hakatisten in Oberschlesien oft Veranlassung, triumphierend auf die im Grunde doch loyale Gesinnung der oberschlesischen Arbeiter hinzuweisen. Es gibt keine ärgere Selbsttäuschung! Noch ist der oberschlesische Arbeiter ruhig und hält sich, außer bei den Reichstagswahlen, wo er einen radikalpolnischen oder sozialdemokratischen Stimmzettel abgibt, von aller Opposition gegen die Herren fern, trotz seiner starken Unzufriedenheit. Dahin wirkt auch der Einfluß der Frauen, der bei der Bergarbeiterschaft ganz allgemein, nicht nur in Oberschlesien, sehr groß ist, denn diese leiden unter etwa erzwungener Arbeitslosigkeit der Männer in erster Reihe und wollen deshalb von irgend einer Opposition gegen die Herren nichts wissen. Auch die Geistlichkeit, die in Oberschlesien übrigens nur zum kleinen Teile polnisch gesinnt ist, wirkt in diesem Sinne auf die Frauen ein, und das ist für diese von besonderer Bedeutung.

So kommt es denn, daß bisher auch alle Bemühungen, die oberschlesischen Gruben- und Hüttenarbeiter gewerkschaftlich zu organisieren, von sehr geringem Erfolg waren, mochten die Anstrengungen kommen von welcher Seite sie wollten. Seit Jahren bemühen sich der Bergarbeiterverband ebenso wie die Hirsch-Dunckerschen und die christlichen Gewerkvereine vergeblich, die träge Masse in Bewegung zu bringen. Und auch Korfanty, der als „nationaler Vorkämpfer" der polnischen Arbeiterbevölkerung außerordentlich großen Einfluß auf diese hat, ist mit seinen seit zwei Jahren fortgesetzten Bemühungen, eine rein polnische Gewerkschaft zu schaffen, bisher fast erfolglos geblieben. Aber so kann und wird es nicht bleiben. Ist bisher nur die Oberfläche der gewaltigen Schicht oberschlesischer Proletarier in Bewegung geraten, so sprechen manche Zeichen doch dafür, daß diese Bewegung sich allmählich mehr der Tiefe mitteilt. Dazu dürfte auch eine Konferenz beitragen, die am letzten Sonntag im Kattowitzer Gewerkschaftslokal tagte und sich mit der gegenwärtigen Lohnbewegung der Bergarbeiter beschäftigte. Diese Konferenz wird nun deshalb für die oberschlesische Arbeiterbewegung von großer Bedeutung werden können, weil an ihr neben Vertrauensleuten des alten Bergarbeiterverbandes und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins zum ersten Male auch Vertrauensleute der Korfanty-Napieralskischen Organisation, des Beuthener Arbeitervereins zur christlichen Hülfe teilnahmen. Die Verhandlungen, denen solche zwischen den drei Vorständen vorausgingen, nahmen einen durchaus friedlichen Verlauf und führten zu einer Einigung betreffend die gegenüber dem Grubenkapital einzuleitenden Schritte. Schon die Tatsache, daß die sich bisher bitter bekämpfenden drei Organisationen sich hier zu einer gemeinsamen Aktion zusammentaten, läßt, abgesehen von dem fraglichen Erfolg, die Hoffnung zu, daß nunmehr der Organisationsgedanke auch in Oberschlesien weitere Fortschritte machen wird.

Die Grubenherren sind denn auch durchaus nicht so vertrauensselig, wie manche überspannte Ostmarken-„Politiker". Sie trauen ihren „Händen" längst nicht mehr über den Weg und verfolgen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit rücksichtsloser Härte. Auch die gegenwärtig herrschende große Arbeiternot hindert sie nicht, organisierte „räudige Schafe" auszumerzen; sie nehmen lieber diesen Schaden auf sich, als daß sie gegenüber den gefährlichen Arbeiterorganisationen die Zügel locker ließen. Hat der Organisationsgedanke einmal größere Scharen Arbeiter erfaßt, dann wird die Brutalität der Herren natürlich doch ohnmächtig werden. Dieser Zeitpunkt ist gewiß nicht mehr fern, dafür sorgt neben der sozialdemokratischen auch die radikal-polnische Agitation, die den Arbeiter auch gegen den Willen der Führer zum Klassenbewußtsein bringt. Und ist diese Wendung einmal eingetreten, dann wird der oberschlesische Industriebezirk der Welt noch manche Ueberraschung bereiten, nicht nur in nationalen, sondern auch in gewerkschaftlichen und politischen Fragen. Die größte und peinlichste Ueberraschung werden dann eines Tages gar die polnischen Führer erleben, die heute noch Hahn im Korbe der oberschlesischen Arbeiter sind. —

Ausland.

Oesterreich.

Triest, 24. November. Die vollständige Trennung von Kommun und Kirche beschloß der Stadtrat mit 22 gegen 21 Stimmen bei zwei Stimmenenthaltungen. Sämtliche Posten des Kultusbudgets sind gestrichen oder herabgesetzt worden.

Schweiz.

Die Trennung der Kirche vom Staate wird nunmehr auch im Kanton Schaffhausen erörtert. Eine Versammlung von Liberalen in der Stadt Schaffhausen stimmte einmütig folgender Resolution zu: „Die zuständigen Behörden des Kantons Schaffhausen werden ersucht, beförderlichst dahin zu wirken, daß eine reinlichere Ausscheidung der staatlichen und kirchlichen Verhältnisse unseres Kantons bald zur Tat wird."

Frankreich.

Die Eidesformel.

Paris, 25. November. (W. H.) Der Justizminister hat einen Gesetzentwurf vorbereitet, dahingehend, die bisherige Eidesformel abzuändern. In Zukunft soll diese Formel keinerlei religiöse Wendungen mehr enthalten.

Wir berichteten kürzlich, daß Spanien die unkonfessionelle Eidesformel einführt. Frankreich wird folgen, andere Staaten werden nicht zurückbleiben — außer Deutschland, dessen Regierung ihren Stolz darin setzt, dem Krähwinkler Landsturm Konkurrenz zu machen.

Amerika.

Der Wahlerfolg in Milwaukee, durch den fünf Mitglieder der Legislatur auf unsere Partei entfallen, hat eine überraschende Tatsache gezeitigt, die für die Genossen drüben eine bittere Lehre enthält. Für das wichtige Amt des öffentlichen Anklägers war Genosse Thiel aufgestellt, und schon erklärte man ihn für gewählt, als sich zeigte, daß von den 17 000 sozialdemokratischen Stimmen, die andere Kandidaten erhielten, gerade bei dem Genossen Thiel 1500 Stimmen fehlten, die dem „Reform"kandidaten der gegnerischen Partei zum Siege verhalfen! Nur 160 Stimmen mehr und Thiel wäre gewählt gewesen!

Das Motiv der 1500 „Abtrünnigen" lag darin, daß sie den Republikaner, der als dritter Kandidat aufgestellt war, grimmig haßten und auf alle Fälle seine Niederlage herbeiführen wollten. In der Annahme, daß Thiel der schwächste Kandidat war, gaben sie dem „Reformer" ihre Stimmen und mußten nachher zu ihrem Bedauern sehen, daß sie dadurch ihrem eigenen Genossen den Sieg geraubt hatten. Dieses Abwägen der Gewinnchancen und das Bestreben, dem „besseren" Manne zum Siege zu verhelfen, raubt unserer Partei in Amerika viele Stimmen. Mit der wachsenden Aussicht auf Erfolg wird die Stimmenzahl allmählich immer gewaltiger anschwellen. Das zeigt sich im übrigen gerade in Milwaukee wie im ganzen Staat Wisconsin. Der „Appeal to Reason" berechnet die sozialistische Stimmenzahl im Staat auf nahezu 40 000. Im Jahre 1904 waren es erst 28 220 gewesen. —

Gewerkschaftliches.

„Ein Bürgerrecht des Streikpostenstehens existiert nur in den Köpfen einiger Parteiführer."

Senatspräsident Lindenberg vom Kammergericht.

Ein interessanter Streikpostenprozeß beschäftigte das Kammergericht. Das Landgericht zu Frankfurt a. O. hatte die Angeklagten Lindke, Czecior und Vogt, die als Streikposten polizeilichen Aufforderungen, aus den von ihnen beobachteten Straßenteilen Frankfurts sich zu entfernen, nicht ohne weiteres folgten, zu Geldstrafen verurteilt. Und zwar wegen Uebertretung der bekannten Vorschrift aller Straßenpolizeiverordnungen, wonach bestraft wird, wer den zur Erhaltung der Sicherheit, Ordnung und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen ergehenden polizeilichen Anordnungen nicht Folge leistet. Das Landgericht führte u. a. aus: Die als Zeugen vernommenen Beamten hätten, weil die Angeklagten Streikposten standen, die Angeklagten im Interesse der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs auf der Straße weggewiesen. Die Erfahrung lehre, daß Streikposten häufig Arbeitswillige belästigten, und es sei anzunehmen, daß die Beamten dem und den damit verbundenen Störungen des Verkehrs vorbeugen wollten. Das sei entscheidend; gleichgültig wäre dagegen, ob hier eine Störung zu erwarten war.

Die Angeklagten legten Revision ein, bestritten die Gültigkeit der Polizeiverordnung und betonten besonders, daß die Polizeibeamten gemäß einer Instruktion gehandelt hätten, die dahin ging, unter allen Umständen die Streikposten zu entfernen. Die Anordnungen seien lediglich getroffen worden, um das gesetzlich gewährleistete Recht des Streikpostenstehens zu vernichten.

Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft verlangte ebenfalls die Zurückweisung der Sache an die Vorinstanz.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten Lindenberg hob auch das Urteil auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht zurück: Die Verordnung sei zweifellos gültig. Auch sei es irrig, wenn von einem **Bürgerrecht des Streikpostenstehens** immer gesprochen werde. Davon stehe **in keinem Gesetz etwas.** Ein solches Bürgerrecht des Streikpostenstehens **werde nur von einigen Parteiführern herausgelesen** aus einem Urteil des Reichsgerichts, daß Polizeiverordnungen gegen Streikposten nicht erlassen werden könnten. Dasselbe Urteil sage indessen auch, daß es nicht entscheiden wolle, inwieweit Polizeiverordnungen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen werden könnten, welche sich indirekt gegen das Streikpostenstehen richten. — Im vorliegenden Falle müsse die Aufhebung des Urteils erfolgen, weil sein Wortlaut die Möglichkeit eines Rechtsirrtums erkennen lasse. Bei Anwendung einer solchen Verordnung sei nach Ansicht des Gerichts maßgebend das individuelle Ermessen der Sicherheitsbeamten. Unbedenklich und richtig wäre es, wenn er sage: „Hier in diesem Falle ist die Anwesenheit dieses Mannes auf dieser Straße ein Ereignis, das der öffentlichen Ordnung gefährlich ist: deswegen weise ich ihn von dieser Straßenstelle fort." Wenn der Beamte dagegen sage: „Weil dieser Mann Streikposten ist und alle Streikposten Anlaß geben zu einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung, so entferne ich ihn," so sei das ein Sprung, der dem Polizeibeamten nicht erlaubt sei. Es wäre nicht rechtmäßig, wenn der Beamte auf Grund einer generellen Auffassung Streikposten wegweise, ohne im individuellen Falle einen besonderen Grund dafür anzunehmen. Da es nach dem Urteil im vorliegenden Falle möglicherweise so gewesen sei, müsse das Landgericht die Sache nochmal nachprüfen. —

Die Streikposten werden natürlich trotz des Herrn Senatspräsidenten Lindenberg ihr Recht zum Streikpostenstehen nicht aufgeben und an dem Dichterwort festhalten:

„Was nicht verboten ist,
Das ist erlaubt.
Da frag ich niemand,
Was einer glaubt!"

Sie werden sich dabei hüten, die Vorschriften der Straßenpolizeiverordnung zu verletzen und werden gerade darum jede Verurteilung gegen sie, die trotzdem erfolgt, als eine Ungerechtigkeit empfinden. Wenn das Kammergericht selbst auf das Recht Verzicht leistet, nachzuprüfen, ob der einzelne Posten, ehe er von der Polizei fortgewiesen wird, sich eines Vergehens gegen die Ordnung und Sicherheit schuldig machte, so ist das eine Sache, die es mit seiner Selbstachtung in Vereinbarung bringen mag, so gut es kann. Aber das auch das kämpfende Proletariat deswegen eine Selbstkastrierung vornimmt und auf ein selbstverständliches Recht Verzicht leistet, wird das Kammergericht trotz aller Verbeugungen vor dem wackeren Schutzmann nie erreichen.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung in der Doblerschen Hartgummi- und Zelluloidwarenfabrik, Hochstraße, umfaßt nach den Feststellungen des Fabrikarbeiterverbandes tatsächlich fast die gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes. Allerdings wollte die Firma gestern wieder eine Anzahl von etwa 30 Leuten weiterbeschäftigen und hatte auch bereits Anweisung gegeben, die kleine Betriebsmaschine in Gang zu setzen. Doch konnte dies Vorhaben nicht ausgeführt werden, weil einmal keine Heizer mehr zur Stelle waren und dann auch die zum Weiterarbeiten aufgeforderten Leute die Ansicht vertraten, daß, wenn die Firma aus purem Uebermut doch einmal am Aussperren sei, auch alle 180 Arbeiter gemeinsam, und nicht nur 150, feiern können. Sie machten bis auf wenige Einzelexemplare also gemeinsame Sache mit den übrigen Kollegen und störten den Fabrikanten in der von ihm gewünschten „Ruhe" ebenfalls nicht weiter. Der Betrieb steht mithin völlig still. Das Organisationsverhältnis der Ausgesperrten ist ein gutes. Die wenigen Unorganisierten aber haben jetzt gar plötzlich einsehen gelernt, daß auch das beste Wohlverhalten und die größte Bescheidenheit dem Unternehmer gegenüber diesen doch keineswegs abhält, sobald es ihm in den Kram paßt, auch seine allerzufriedensten Arbeiter aufs Pflaster zu werfen. Eine gute Lehre für alle.

Achtung, Holzarbeiter! Die Arbeiter der Goldleistenfabrik Schmidt u. Co. in Amberg sind wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Ueber das Ueberstundenunwesen in den Brauereien

wurde in der letzten Zeit eine recht bemerkenswerte Statistik für die in den Brauereien beschäftigten Handwerker aufgenommen.

Fast alle Betriebe lassen Ueberstunden arbeiten. Ganz ohne dieselben kommt nach der Ansicht der Leitung der Brauereien kein Betrieb aus, während nach Ansicht der Handwerker sich dieselben auf ein ganz geringes Maß beschränken ließen. In Nachstehendem greifen wir die krassesten Fälle heraus und zwar nicht nur für Ueberstunden, sondern auch für Sonntagsarbeit.

In der Schultheiß-Brauerei (Abteilung I) hatten 4 Schmiede 827, 4 Zimmerer 163, 3 Sattler 150 Ueberstunden. In Schultheiß (Abteilung II): 8 Schlosser 191, 8 Schmiede 624, 8 Kupferschmiede 121 Ueberstunden. In Schultheiß (IV. Abteilung): 3 Kupferschmiede 105½ Ueberstunden.

Bei Patzenhofer (Abteilung I) hatten 2 Schlosser 175, 3 Schmiede 180, 4 Maler 155 Ueberstunden, 2 Schlosser 81 Sonntagsstunden.

Patzenhofer II: 4 Schlosser 104, 2 Elektromonteure 170 Sonntagsstunden.

Böhmisches Brauhaus: 4 Schlosser 243, 7 Schmiede 114 Sonntagsstunden und 670 Ueberstunden; 3 Maler über 800 Ueberstunden.

Friedrichshain: 4 Schlosser 315 Sonntagsstunden.

Berliner Bock I: 3 Schlosser 149 Sonntagsstunden und 70 Ueberstunden, 3 Schmiede 119 Ueberstunden.

In den übrigen Brauereien wird die Zahl 100 immer nicht ganz erreicht.

Die Statistik erstreckte sich auf die Zeit vom 20. Mai bis 30. September d. J., also auf 19 Wochen.

Insgesamt wurden in 19 Brauereien in dieser Zeit 6411 Ueberstunden (!), 3054 Sonntagsstunden, also insgesamt an Ueberzeitarbeit nahezu 9500 Stunden gemacht.

Die Mehrzahl der Arbeiter ist der Ueberzeugung, daß bei einigermaßen gutem Willen sich der größte Teil der Ueberstunden sehr wohl vermeiden läßt. Die Arbeiter sind der Auffassung, daß dies Unwesen im großen ganzen seine Ursache nur in der Einteilung hat.

Ein Konflikt im Bäckergewerbe.

Bekanntlich bildet die Frage des Arbeitsnachweises schon seit längerer Zeit den Gegenstand von Debatten in der Schlichtungskommission der Bäcker. Die Arbeitnehmer haben begründete Ursache, mit der Arbeitsvermittelung, wie sie gegenwärtig durch die Innungen betrieben wird, im höchsten Grade unzufrieden zu sein. Keine der von den Innungen unterhaltenen Arbeitsvermittelungsstellen entspricht den Anforderungen, die an eine unparteiische Arbeitsvermittelung gestellt werden müssen. Besonders richten sich die Klagen der Arbeitnehmer gegen den Arbeitsvermittler Vogel von der Germania-Innung, dem zum Vorwurf gemacht wird, daß er entgegen dem Statut des Arbeitsnachweises seine Günstlinge von der gelben Gewerkschaft bevorzugt, ja sogar einen Gesellen aus der Arbeit gebracht hat, um einen der Innungsschützlinge in Stellung zu bringen. Die Vertreter des Bäckerverbandes in der Schlichtungskommission haben aus Anlaß dieser Vorgänge eine Reihe von Forderungen gestellt, durch deren Befolgung eine gerechte und unparteiische Arbeitsvermittelung gewährleistet werden sollte, die aber nicht die Zustimmung der Meister fanden. Ferner haben die Verbandsvertreter sich darauf berufen, daß nach dem im Mai dieses Jahres abgeschlossenen Vertrage ein Zentralarbeitsnachweis eingerichtet werden muß, wozu die Schlichtungskommission die Vorarbeiten zu verrichten hat. Nach alledem, was bei den Vertragsverhandlungen über die Einrichtung dieses Arbeitsnachweises vereinbart und im Vertrage festgelegt worden ist, kann es gar nicht zweifelhaft sein, daß der zu errichtende Zentralarbeitsnachweis ein paritätischer sein soll. Im Vertrage wird ausdrücklich gesagt, daß der Zentralarbeitsnachweis einer aus 6 Arbeitnehmern und 6 Arbeitgebern zusammengesetzten Kommission unterstehen soll. Diesen Standpunkt vertraten auch die Verbandsvertreter in der Schlichtungskommission. Die Meister dagegen wollen von einem Arbeitsnachweis unter gemeinsamer Kontrolle nichts wissen. Sie behaupten, die Vertragsbestimmung, welche von der Einrichtung eines Zentralarbeitsnachweises spricht, verpflichte sie zu nichts weiter, als daß sie die verschiedenen jetzt bestehenden Arbeitsnachweise der Innungen zu einem einzigen Arbeitsnachweis vereinigen, der aber in den Händen der Innungen bleibt, und diese nur allein über denselben zu bestimmen hätten. Diesem Ansinnen widersprachen die Verbandsvertreter auf das entschiedenste, weil es mit dem Vertrage nicht in Einklang steht. Die gegenwärtig beklagten schweren Mißstände in der Arbeitsvermittelung würden auch nicht beseitigt, ja nicht einmal gemildert werden, wenn der Arbeitsnachweis ausschließlich in den Händen der Innungen bleiben sollte. Für die Arbeitnehmer handelt es sich insbesondere auch darum, daß die Vertragsbestimmung, daß Kost und Logis nur auf Wunsch der Arbeitnehmer gewährt, im übrigen aber abgeschafft werden soll, nur dann durchgeführt werden kann, wenn der Arbeitsnachweis sich nach dieser Bestimmung gewissenhaft richtet, was jetzt nicht der Fall ist. Im Gegenteil ist man gegenwärtig bei der Arbeitsvermittelung bemüht, das Kost- und Logiswesen nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten. Zurzeit hält noch die Hälfte aller Berliner Bäckereien das Kost- und Logiswesen aufrecht. Die Zahl könnte bei weitem nicht mehr so groß sein, wenn nicht bei der Arbeitsvermittelung fortgesetzt gegen die betreffende Vertragsbestimmung verstoßen würde.

Da wegen der Einrichtung des Arbeitsnachweises in der Schlichtungskommission keine Einigkeit zustande kam, so beantragten die Verbandsvertreter, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, damit es entscheide, wie die darauf bezügliche Vertragsbestimmung auszulegen sei. Die Meister wollten jedoch von der Anrufung des Einigungsamtes nichts wissen. Sie wollten die Angelegenheit ihren Versammlungen vortragen und deren Beschluß dem Verbande bis zum 11. Dezember mitteilen. Gleichzeitig meinten aber die Meistervertreter, diese Sitzung der Schlichtungskommission werde wohl die letzte gewesen sein. Das würde bedeuten, daß die Arbeitgeber das Vertragsverhältnis einseitig auflösen.

Achtung, Kurbelsticker, Stickerinnen, Konfektionszeichner! In einer Zuschrift, die wir aus Budapest erhalten, wird uns mitgeteilt, daß sich die Kollegen obengenannter Branchen in einer Lohnbewegung befinden. Die dortigen Unternehmer werden unbedingt versuchen, in Berlin Arbeitskräfte zu bekommen. Die Budapester Kollegen appellieren an das Solidaritätsgefühl der deutschen und insbesondere der Berliner Kurbelsticker, Stickerinnen und Zeichner und erwarten wir, daß niemand an den ungarischen Kollegen zum Verräter wird.

Zentralverband deutscher Textilarbeiter. Filiale Berlin.

Zur Aussperrung in der mechanischen Schuhindustrie!

In früheren Berichten haben wir darauf hingewiesen, daß mehrere Schuhfabrikanten bei Wiederaufnahme der Arbeit Maßregelungen vornahmen. Auf eine Beschwerde des Schuhmacherverbandes ging diesem am Freitag die Antwort des Fabrikantenverbandes zu. Wie nicht anders zu erwarten war, wird bestritten, daß Maßregelungen vorgekommen sind. Die Nichtwiedereinstellung verschiedener Arbeiter wird damit zu bemänteln versucht, daß die Plätze besetzt, und andererseits die Geschäftslage keine gute sei. Auf den ersten Einwand hin sind wir jederzeit in der Lage festzustellen, daß heute noch einzelne Maschinen unbesetzt sind, oder in der Zeit, zwischen der Beschwerde und der Antwort des Fabrikantenverbandes, anderweitig besetzt wurden. Hat doch die Firma Pinner erklärt, ihren Betrieb von geringeren Arbeitskräften zu reinigen, und dann diese angeblich geringeren Arbeitskräfte der Ausgesperrten durch bedeutend schlechtere aus allen Gauen Deutschlands ersetzt. Der zweite Einwand, daß die Geschäftslage keine gute sei, wird jedesmal erhoben, wenn nach Beendigung von Differenzen die Wiedereinstellung der alten Arbeitskräfte erfolgen soll. Wir sind deshalb nicht in der Lage, diese Ausrede gelten zu lassen. Kann man somit aus der Antwort des Fabrikantenverbandes wenigstens herauslesen, daß er die Handlungsweise einzelner seiner Mitglieder nicht decken will, so konnte man gespannt sein auf seine Stellungnahme zu der Handlungsweise des Herrn Schliewe, Brunnenstraße 24. Dieser Herr will seine Fabrik erst zum Januar wieder eröffnen. Die Antwort des Fabrikantenverbandes stellt mit Bedauern fest, daß Herr Schliewe in der Generalversammlung des Verbandes nicht anwesend war, und teilt mit, daß der ehrenwerte Fabrikant zum 1. Januar aus der Unternehmervereinigung austreten werde. Demgemäß besitzt der Fabrikantenverband wohl die Macht, seine Mitglieder zu zwingen, Arbeiter auszusperren, aber sein Einfluß ist sofort entschwunden, wenn der Unternehmer gezwungen werden soll, den Betrieb wieder aufzunehmen. Man begnügt sich, zu konstatieren, daß er nach einem Monat aus der Organisation ausscheidet. Welches Geschrei würde von dieser Seite ausgestoßen werden, wenn eine derartige Praxis von Arbeiterorganisationen geübt würde. Der Fabrikant Schliewe kann es sich leisten, seine Fabrikation in Berlin solange einzustellen. Er besitzt in Storkow in der Mark noch eine Fabrik, deren Arbeiter vom Klassenbewußtsein noch nicht erfaßt sind und deren persönlicher Egoismus das Solidaritätsgefühl noch nicht aufkommen läßt. Aber auch hier wird es dämmern. Als im Sommer 1905 einige Arbeiter dieser Fabrik sich dem Verbande anschlossen, da maßregelte der Herr Schliewe acht dieser Arbeiter, und gelang es ihm auf diese Art, die übrigen einzuschüchtern. Herr Schliewe hat noch einen Vorteil von dem Stillliegen seines Berliner Betriebes. Hier wird bessere Ware zu höheren Arbeitslöhnen hergestellt, während in Storkow geringere Artikel fabriziert werden, somit setzt er nun seine billigen Waren an seine Kundschaft, wenn möglich zu den alten Preisen um, und macht noch ein Geschäft dabei. Diese Fabrik bleibt bis auf weiteres gesperrt. Wir machen noch bekannt, daß die Differenzen bei der Firma Pfarr, Ackerstr. 14, beigelegt sind.

Verband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Betrügerische Streikbrecheragenten.

Während des großen Schuhmacherstreiks in Dresden zu Anfang dieses Jahres boten sich bei einem Unternehmer der Werkmeister Lamperts und dessen Sohn als Streikbrecheragenten an, um der betr. Firma die erforderliche Zahl von Arbeitswilligen zu verschaffen. Der Unternehmer erklärte sich auch sofort bereit, diese beiden Agenten gegen ein angemessenes Honorar zu engagieren. Da aber in Dresden und Umgegend keine Arbeitswilligen zu finden waren, die sich zu Streikbrecherdiensten verwenden ließen, so beschlossen die beiden Streikbrecheragenten nach Westpreußen zu reisen und dort Arbeitswillige anzuwerben. Sie machten dem Unternehmer vor, daß sie dort so viel Arbeitswillige bekommen würden wie sie haben wollten, und daß es dadurch möglich wäre, den ganzen Fabrikbetrieb aufrecht zu erhalten. Der Unternehmer, Besitzer einer großen Schuhwarenfabrik, war nun froh, jemanden gefunden zu haben, der ihm aus der fatalen Streikgeschichte heraushalf. Die Herren Agenten wußten nun aber auch, daß sich die Unternehmer das Herbeischaffen von Arbeitswilligen ein schönes Stück Geld kosten lassen. So erbat sich denn auch der Streikbrecheragent L. jun. einen Vorschuß von 500 M., um die Reise nach Westpreußen machen zu können und einen Transport Arbeitswilliger zu holen. Damit aber nicht genug, der Vater ließ sich einige Tage später einen Vorschuß von 300 M. geben. Ohne weiteres wurde ihnen auch vom Unternehmer die Summe ausgehändigt. Was waren denn nun die Erfolge der beiden Streikbrecheragenten? Auch nicht einen einzigen Arbeitswilligen haben sie dem Unternehmer zu bringen vermocht. Außerdem haben sie auch noch einen großen Teil des Geldes für sich verwendet. Bemerkt sei noch, daß der Streik bei der Firma durch Bewilligung bald darauf beigelegt worden ist. Der betr. Unternehmer hatte einsehen gelernt, daß die Agenten trotz der hohen Geldsummen nicht in der Lage waren, Arbeitswillige herbeizuschaffen. Er ließ sogar gegen die schwindelhaften Streikbrecheragenten das Verfahren wegen Unterschlagung einleiten. Die Sache kam nun vor das Schöffengericht in Dresden, vor welchem sich der Werkmeister L. wegen Unterschlagung zu verantworten hatte. Da der Sohn des L. nicht zu ermitteln ist, so wird gegen ihn gesondert verhandelt werden. Der Herr Streikbrecheragent wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Auf der Steeler Glashütte (Wisthoff u. Co.) wurden die Funktionäre des christlichen Keramarbeiterverbandes plötzlich entlassen. Von den betroffenen Arbeitern war einer schon 24 Jahre auf dem Werk tätig. In einem Anschlage verlangt die Fabrikleitung das Ausscheiden aller Arbeiter aus dem Verbande, weil sonst ein friedliches Zusammenarbeiten nicht mehr möglich sei. Eine Kommission unter Führung des Zentralvorsitzenden des Verbandes, die bei der Werksverwaltung vorstellig werden wollte, wurde zurückgewiesen. Der Ausstand dürfte unvermeidlich sein.

Auf eine neue Tarifbewegung bereiten sich die Zimmerleute Nürnbergs vor, nachdem der bisherige Tarif in Bälde abläuft. Es werden den veränderten Verhältnissen entsprechende Verbesserungen angestrebt. Die aufzustellenden Forderungen sollen sich hauptsächlich im Rahmen des noch nicht erledigten Tarifentwurfs der Maurer bewegen. Ein besonderes Augenmerk soll auf die Entlohnung der Junggesellen und älteren Arbeiter gerichtet werden, dann auf die Zustände bei den Betonfirmen usw. Eine Versammlung der Arbeiter setzte die Grundzüge fest und beauftragte dann die Verwaltung, auf Grund dieses Materials einen Tarifentwurf auszuarbeiten und den Unternehmern vorzulegen.

Eine kräftige Antwort.

Im verflossenen Sommer hatte die Firma Esch u. Stein in Duisburg ihren Arbeitern einen Lohnabzug in der stattlichen Höhe von 20 Proz. zugedacht. Um sich gegen die Herabminderung ihres Einkommens zu wehren, war von den Arbeitern des genannten Betriebes eine Zusammenkunft in einer Wirtschaft anberaumt worden, an der etwa 80 Personen teilnahmen. Einberufen war die Zusammenkunft von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes. Außer den auf dem Werke Beschäftigten waren ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes und noch eine andere Vertrauensperson als Redner anwesend. Diese Zusammenkunft, die als Werkstattbesprechung sich lediglich mit den Zuständen im Betriebe der Firma Esch u. Stein und im besonderen mit der Frage: „Wie ist die geplante Lohnreduktion abzuwehren?" beschäftigte, war der Polizei nachträglich als nicht angemeldete Versammlung denunziert worden. Natürlich folgten die üblichen Strafmandate und zwar wurden damit sechs Personen in Höhe von je 15 M. bedacht, wogegen selbstverständlich richterliche Entscheidung beantragt wurde. Das Duisburger Schöffengericht stellte sich dann am 29. August auf den verblüffend einfachen Standpunkt, daß die Erörterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an sich eine „öffentliche Angelegenheit" sei, ganz gleich, ob es sich dabei um Angehörige eines bestimmten Betriebes handele oder nicht! Also darf nach Ansicht des Duisburger Schöffengerichts über Lohn- und Arbeitsverhältnisse überhaupt nicht gesprochen werden, wenn die liebe Polizei nicht dabei ist. — Die Strafkammer als Berufungsinstanz hat nun dem Schöffengericht einen Rasenstüber gegeben, der hoffentlich so fühlbar sein wird, daß ihn sich auch das Duisburger Schöffengericht merkt. Die Strafkammer hat nämlich nicht nur die Angeklagten freigesprochen, die Berufungsinstanz hat außerdem auch noch die Kosten der Verteidigung und sämtliche den Angeklagten erwachsenen Auslagen der Staatskasse auferlegt. — Ob das nun wohl endlich auch den Herren Schöffenrichtern genügen wird? Man sollte es erwarten.

Uebrigens hat die Sache auch noch eine mehr tragi-komische Seite. Ein Meister und ein Arbeiter (christlich-nationale Kuddelmuddelrichtung), die in ihrem devot-braven Untertänigkeitsgefühle die „Brotgeberin" herauszuhauen versuchten, und dafür ebenfalls als „Redner" mit je 15 M. bedacht wurden, haben ihre Strafe bezahlt, ohne das Berufungsgericht anzurufen! Hoffentlich erkennt die Firma die gute Absicht der beiden Leute an. —

Der Feilenhauerstreik in Augsburg hat nach langer Dauer mit einem Siege der Arbeiter geendet.

Wie die „Christen" von den Sozialdemokraten „terrorisiert" werden.

In allen bürgerlichen Blättern liest man von Zeit zu Zeit Schauergeschichten über den sozialdemokratischen „Terrorismus" königstreuen und christlichen Arbeitern gegenüber. Besonders in den ostelbischen Provinzblättern wird an der Hand solcher Vorfälle „klipp und klar nachgewiesen", daß die Sozialdemokraten nur ein großes Zuchthaus haben und jeden unter ihre Knute bringen wollen. So wußte auch das in Danzig erscheinende klerikale „Westpreußische Volksblatt" in aller Ausführlichkeit den Staatsanwalt auf die Vergewaltigung eines königstreuen Zimmerers aufmerksam zu machen, den man trotz seines Alters — er ist 57 Jahre alt — gezwungen haben sollte, Sozialdemokrat zu werden. Und der Staatsanwalt schritt auch wirklich ein und strengte gegen den Genossen Junitz einen Prozeß an, der aber kläglich scheiterte, weil eben niemand terrorisiert und vergewaltigt worden ist. Es stellte sich heraus, daß man den christlichen Zimmerer in höflicher Weise ersucht hatte, dem Zentralverbande beizutreten. Sein Arbeitgeber wußte nichts von Vergewaltigungen und Beleidigungen. Auch erklärte er vor dem Schöffengericht, den christlichen Zimmerer nicht auf Veranlassung der Zentralverbändler entlassen zu haben. Dieser habe vielmehr freiwillig die Arbeit aufgegeben. Die Geschichte endete vor Gericht so, daß selbst der Staatsanwalt Freisprechung des „roten" Angeklagten beantragen mußte, die dann auch erfolgte. — So sieht der „Terrorismus" der Sozialdemokratie aus. Kommt es zu einer Gerichtsverhandlung, müssen die Christen mit der Wahrheit heraus, so fällt ihre „fürchterliche Anklage" elend zusammen. Das christliche Blatt in Danzig zetert jetzt und schreibt, die christliche und königstreue Arbeiterschaft sei nun vogelfrei der sozialdemokratischen Hungerpeitsche ausgeliefert!!

Eingegangene Druckschriften.

Staatslehrwerkstätten. Von Robert Danneberg, mit einem Vorwort von Anton Hueber, Sekretär der Gewerkschaftskommission Oesterreichs. Herausgegeben im Auftrage des Verbandes der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs. 56 Seiten. Preis 30 Pf. Verlag: J. Brandt. Wien VI, Gumpendorferstr. 18.

Gemeindepolitik und Sozialdemokratie von Emil Aitzsche. 352 Seiten. Preis: brosch. 2,50 M., geb. 3,50 M. Herausgegeben vom Zentralagitationskomitee der sozialdemokratischen Partei Sachsens. Verlag: Kaden u. Co., Dresden-A.

Für unsere Kinder. Weihnachtsbuch der „Gleichheit". Herausgegeben von Klara Zetkin (Zundel). Preis: kartonniert 1 M. Verlag: P. Singer in Stuttgart.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Agrarier Sehnen.

Budapest, 25. November. (W. T. B.) Der landwirtschaftliche Verein des Bekeser Komitats beschloß heute einstimmig, falls die Erntearbeiter bis zum 31. Januar bei ihrer Weigerung, Ernteverträge abzuschließen, verharren sollten, aus China 15 000 bis 20 000 Kulis zur Verrichtung der Erntearbeiten einzuführen. Der Beschluß soll den ungarischen Arbeitern durch öffentliche Anschläge zur Kenntnis gebracht werden.

Attentat.

Paris, 26. November. (W. T. B.) Heute nachmittag gab eine Frau an der Ecke der Rue de Hanovre und des Boulevards des Italiens auf den früheren Finanzminister Merlou 4 Schüsse aus einem Revolver ab. Merlou wurde durch 2 Kugeln leicht am Bein verletzt.

Generalstreik der Kleinbürger.

Genua, 25. November. (B. H.) Der wegen der Mißwirtschaft in der Bahnverwaltung von den Geschäftsleuten beschlossene Generalstreik soll am Tage der Parlamentseröffnung in Szene gesetzt werden.

Gehenkt!

Petersburg, 25. November. (W. T. B.) Der Bürger Stalsot ist, weil er fünf geladene Bomben im Besitz gehabt hat, vom Kriegsgericht zum Tode durch den Strang verurteilt und heute hingerichtet worden.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

126. Sitzung vom Montag, den 26. November, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf v. Posadowsky.

Präsident v. Ballestrem: Meine Herren, ich habe Ihnen eine schmerzliche Mitteilung zu machen. (Die Anwesenden erheben sich.) Der Reichstagsabgeordnete Dreesbach, welcher dem Reichstage während der achten Legislaturperiode von 1890 bis 1893 und von 1898 ab als Vertreter von Mannheim ununterbrochen angehört hat, ist gestern hier plötzlich verschieden. Meine Herren, Sie haben sich zum Andenken des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich konstatiere das.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend gewerbliche Berufsvereine.

Abg. Pachnicke (frs. Vg.): Im Reichstage hat zuerst die deutschfreisinnige Partei im Jahre 1890 einen Antrag auf Rechtsfähigkeit der Berufsvereine eingebracht, der in einer Kommission beraten und vom Reichstage dann angenommen wurde. Seitdem ist ein solcher Gesetzentwurf öfters von Freisinnigen und vom Zentrum eingebracht und vom Reichstage angenommen worden. Jener vom Reichstage wiederholt angenommene Gesetzentwurf war gerichtet auf die Erweiterung des Koalitionsrechtes. Der Entwurf der verbündeten Regierungen aber trägt diesem Gedanken nicht Rechnung, er spricht nicht die Sprache des zwanzigsten Jahrhunderts, sondern die der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, der Zeit, aus welcher das preußische Vereinsrecht stammt.

Die Vorteile, die der Entwurf bringt, liegen einmal in der Rechtsfähigkeit an sich, dann aber in der politischen Bedeutung, die darin liegt, daß die Gewerkvereine anerkannt und in den Organismus des Staates eingegliedert werden. Das ist um so wichtiger, als die tariflichen Vereinbarungen zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen sich ständig weiter entwickeln.

Bezüglich der Haftpflicht hat man auf das englische Gesetz verwiesen, welches sie nicht enthält. Aber die Rechtsfähigkeit bedingt Haftpflicht, Rechtsfähigkeit ohne Haftpflicht ist unmöglich. Das englische Gesetz hat ja auch das Oberhaus noch nicht passiert, und im Unterhause ist man vielleicht überzeugt, daß das Oberhaus die Haftpflicht wiederherstellen wird. Uebrigens müssen wir unser Recht selbständig, unabhängig vom Auslande entwickeln.

Daß der Vereinszweck nur in Verbindung mit den engsten Berufsinteressen stehen darf, noch dazu in unmittelbarer Verbindung stehen darf, zeugt von äußerster Engherzigkeit und gibt der Verwaltung unbegrenzte Befugnisse. (Sehr richtig! links.) Wenn die Verwaltungsbehörde dem Vereine die Rechtsfähigkeit entzieht, wird ihm zugleich das Vermögen entzogen, mindestens auf ein volles Jahr.

Die Rechtsfähigkeit soll auch entzogen werden, wenn in den Verhältnissen des Vereins eine Aenderung eintritt. Was ist ein Verhältnis? (Große Heiterkeit.) Sind die Verhältnisse bereits geändert, wenn der Kreis der Berufe, die dem Verein angehören, erweitert wird?

Wird der Entwurf Gesetz, so kann von der Verwaltung jeder Streik in jeder Industrie verhindert werden; denn ein öffentliches Interesse kann **überall** konstruiert werden. Die Versuche, die Reformbestrebungen der Arbeiter vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet herüber zu spielen, finden bei mir volles Verständnis. Aber wer das erreichen will, darf Sozialpolitik nicht verbinden mit Agrarpolitik, nicht mit Verteuerung der Lebensmittel. England und Amerika zeigen den richtigen Weg; Professor Sombart sagt mit Recht, daß die sozialdemokratischen Bestrebungen in der amerikanischen Union scheitern an rostbeaf und apple-pie, und in England liegen die Verhältnisse ganz ähnlich.

Wenn wir trotz unserer Bedenken gegen das Gesetz für die Kommissionsberatung stimmen, so deswegen, weil wir hoffen, in der Kommission den mehrfach erwähnten Gesetzentwurf des Reichstages wieder herzustellen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. **Giesberts** (Z.):

Herr Legien stellte es so dar, als wenn die Tatsache, daß ich erst nach Herrn Trimborn zu Worte gekommen bin, dafür spräche, daß man mich in meiner Partei nicht recht zu Worte kommen läßt. Nun, so schlecht wie Herr Legien auf dem Mannheimer Parteitage behandelt worden ist, wo man dem ersten Vertreter der Gewerkschaften nicht einmal das Schlußwort gewährte, bin ich von meiner Partei noch nie behandelt worden. (Sehr gut! im Zentrum.) Herr Legien hielt sich darüber auf, daß Herr Trimborn die gleichartige Stellung des „Vorwärts“ und des „Correspondenzblattes“ zu dem Entwurf hervorgehoben hat. Er meinte, die freien Gewerkschaften sähen in der Sozialdemokratie ebenso ihre politische Vertretung wie die christlichen Gewerkschaften ihre Vertretung im Zentrum und die Hirsch-Dunckerschen bei den Freisinnigen. Bei den Auseinandersetzungen zwischen den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie hat Herr Legien aber dies Verhältnis viel klarer und offener dargelegt. Er hat zugegeben, daß die Gewerkschaften wie die Partei auf der Theorie des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit fußen, als dessen notwendige Folge sie den Klassenkampf anerkennen und daß auch ihr Endziel dasselbe sei. Im übrigen ist es nicht richtig, daß die christlichen Gewerkschaften im Zentrum ihre politische Vertretung sehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus der zufälligen Personalunion, daß ich gerade Mitglied des Zentrums bin, dürfen Sie solche Schlüsse nicht ziehen. Sie werden es erleben, daß auch andere christliche Gewerkschaftler als Vertreter anderer Parteien in den Reichstag einziehen werden. Dies Argument wird von Ihnen nur vorgebracht, um die evangelischen Arbeiter, die auch zu den christlichen Gewerkschaften gehören, kopfscheu zu machen. Ganz falsch ist die Behauptung des Herrn Legien, daß die christlichen Gewerkschaften religiöse Zwecke verfolgten. Wir nennen uns christliche Organisationen, weil wir Vereinigungen christlich gesinnter Arbeiter sein wollen, die wirtschaftliche Zwecke verfolgen. In der Polemik werden wir natürlich häufiger gezwungen, gegenüber der Sozialdemokratie, die in ihrem inneren Wesen antireligiös ist, unsere christliche Weltanschauung zu betonen. (Bravo! im Zentrum.) Bei dieser Gelegenheit möchte ich hervorheben, daß es sehr bedauerlich ist, daß das Arbeiterelement in den bürgerlichen Parteien so miserabel vertreten ist. Es ist eine schwere Unterlassungssünde der bürgerlichen Parteien, daß sie sich nie bemüht haben, das Kaiserwort vom schlichten Mann in der Werkstatt wahr zu machen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn in jeder der bürgerlichen Parteien ein halbes Dutzend schlichter Männer, wie ich es zum Beispiel bin (Heiterkeit), vertreten wären.

Was nun die Frage der Landarbeiter betrifft, so wird der Reichstag bei dieser Gelegenheit nicht umhin können, zum **Koalitionsrecht der Landarbeiter** Stellung zu nehmen. Ich bedauere ganz außerordentlich die ganz ungerechtfertigten Vorurteile, die man gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter auf der rechten Seite des Hauses und zum Teil

auch bei meinen politischen Freunden

hat. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man malt immer die Folgen einer Gewährung dieses Koalitionsrechts in einer geradezu blutrünstigen Weise aus, als ob die Ernte verfaulen und alle Bauern kaput gehen würden, und als ob die Arbeiter nichts anderes zu tun haben würden, als bei der ersten besten Gelegenheit wegzulaufen. Auch der Herr Staatssekretär hat sich beirren lassen durch diese Darstellung. Gerade im Gegenteil aber ist der Kontraktbruch lediglich eine Folge der Organisationslosigkeit. (Sehr richtig! links.) Laufen Ihnen (nach rechts) denn die Arbeiter heute nicht auch davon? Heute können Sie den einzelnen gar nicht haftbar machen, wenn Sie aber ihre Verträge mit Organisationen abschließen, dann haben Sie einen, den Sie verantwortlich machen können und der sich auch moralisch verantwortlich fühlt. Das darf ich wohl erklären auch im Einverständnis mit den Herren von der Linken: wenn die Arbeiter Tarifverträge abschließen von Organisation zu Organisation, so ist es unsere Ehrenpflicht, sie zu halten. Sie werden keinen Fall nachweisen können, wo der Bruch eines solchen Vertrages auch von einer freien Gewerkschaft gebilligt worden wäre. Ein weiterer Einwand gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter ist: dann kommt die böse Sozialdemokratie aufs Land. Wenn Sie aber mal wirklich Umschau halten auf dem Lande, dann werden Sie finden, daß schon heute ein großer Teil Sozialdemokraten auf dem platten Lande sitzen. Heute aber ziehen sie sich zurück in geheime Konventikel. Wenn Sie sich an das Sozialistengesetz erinnern, so werden Sie das Eine zugestehen, daß gerade die aus der Oeffentlichkeit gedrängte, in ihren Rechten beschnittene Arbeiterschaft in ihren heimlichen Zusammenkünften die Zuchtstätten sozialdemokratischer Reinkultur fanden. Wenn den Leuten in solchen Versammlungen die Situation vorgehalten wird: seht die Arbeiter in den Städten dürfen sich koalieren, für sie sind die und die Gesetze erlassen — was habt ihr? wenn ihr euch verabredet, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, so bedroht euch der Staat mit Gefängnis, aber eure Arbeitgeber können nicht bloß ihre Berufsinteressen vertreten, sie können sich auch gegen Euch koalieren. Bedenken Sie doch die **aufreizende Wirkung**, die eine solche Darstellung auch auf den einfachsten und dümmsten Arbeiter haben muß. (Sehr gut! links.) Glauben Sie übrigens nicht, daß die Sozialdemokratie nicht noch andere Schwierigkeiten auf dem Lande überwinden würde. Die Herren haben Geld im Ueberfluß und Agitatoren im Ueberfluß und werden Ihnen schon noch zu schaffen machen. Das einzige, wirkliche wirksame Bekämpfungsmoment wäre: Schaffen Sie das

Ausnahmegesetz

fort.

Der Staatssekretär meinte, für die Landflucht der Arbeiter sei das psychologische Moment maßgebend, weil es ihnen in den Städten besser gefällt. Gewiß, aber daneben auch das Gefühl der Gedrücktheit, der Unfreiheit! Heute ist es dem Arbeiter auf dem Lande kaum möglich, mit der Kulturwelt in Berührung zu kommen. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Meine Herren, es ist doch Tatsache, daß die Geisteskräfte sich nicht entwickeln können, wenn man ihnen nicht freie Bahn schafft.

Noch andere Gründe sprechen für das Koalitionsrecht der Landarbeiter. Erstens der Grundsatz des gleichen Rechts für alle. Ferner braucht die Landwirtschaft, die heute mit Maschinen und künstlichen Düngemitteln arbeitet, tüchtige Arbeiter, die man nicht aus gedrückten Arbeitern erziehen kann. Auch darf man das Koalitionsrecht nicht einfach als Streikrecht erachten. Es ist noch sehr fraglich, ob die Arbeiterführer auf dem Lande zum Streik greifen würden, wenn ich ihnen das Recht auch nicht bestreite. Preußen ladet stets das Odium auf sich, der reaktionärste Staat zu sein. Es kommt so weit, daß man sich draußen **in der Welt**

schämt, ein Preuße zu sein.

(Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.) Die einfachste Kulturforderung ist: Räumen Sie mit den Ausnahmegesetzen auf.

Soviel über die Landarbeiter. Die im Entwurf gegebene Lösung der Rechtsfähigkeit entspricht nicht unseren früher geäußerten Wünschen. Sollte das Gesetz nur eine Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch sein, wie der Staatssekretär sagte, so hätte man nicht diese Form wählen sollen. Man sollte doch **vielmehr ein neues Gewerkschaftsrecht schaffen.** Dazu wäre zuerst notwendig gewesen, das Koalitionsrecht anders zu gestalten, den § 153 der Gewerbeordnung umzuändern. Von seinem **Mißbrauch** haben die kaum **eine Vorstellung,** die nicht im gewerkschaftlichen Leben stehen. Ueberhaupt hätte man vor der Abfassung des Gesetzentwurfes sich mit den **gewerkschaftlichen Organisationen in Verbindung** setzen müssen. Wollte man nicht zum Engel-Ufer gehen, so konnte man auch andere Organisationen hierfür finden. Statt dessen hat man, wie der Staatssekretär sagte, Bestimmungen aus dem Aktiengesetz, dem Genossenschaftsgesetz, dem Bürgerlichen Gesetzbuch abgeschrieben, nach dem Abg. Legien auch einen Paragraphen aus dem Zuchthausgesetz, und diesen bunten Rock sollen nun die Gewerkschaften anziehen; wenn sie es tun, werden sie sich, fürchte ich, wie in einer

Zwangsjacke

fühlen. (Sehr richtig! links.) Die Bestimmungen, zufolge deren die Rechtsfähigkeit genommen werden kann, sind außerordentlich dehnbar.

Die Entziehung des Streikrechts für die Arbeiter, die mit der Gas-, Lichterzeugung usw. beschäftigt sind, ist **ein Unrecht.** Entweder muß man diese Betriebe in staatliche Regie nehmen und dabei dafür sorgen, daß die Arbeiter ihre Interessen zur Geltung bringen können, oder man muß, wenn die Betriebe privatkapitalistische bleiben, den Arbeitern das Streikrecht lassen. Ueberhaupt ist die Auffassung falsch, daß stets die Arbeiter an einem Streik schuld sind. Meistens ist es doch so, daß ein Streik ausbricht, weil die Arbeitgeber den Wünschen der Arbeiter nicht entsprechend entgegenkommen.

Daß die Gewerkschaften **einen Schadenersatz** in gewissem Umfange freiwillig anerkennen, beweist z. B. der neue Buchdruckertarif; aber so, wie die Schadenersatzpflicht in dieser Vorlage festgestellt ist, ist sie für unsere Gewerkschaftsorganisationen **unannehmbar.** Ueberhaupt sind die Bedenken gegen den Entwurf **so schwere, daß ich keiner Gewerkschaft raten würde, sich eintragen zu lassen.** Er bedarf einer gründlichen Umgestaltung in der Kommission, wobei sich die Regierung hoffentlich entgegenkommend zeigen wird. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Heine** (Soz.):

Ich habe nicht die Hoffnung, wie mein Vorredner, daß aus dem Gesetzentwurf noch etwas Brauchbares werden werde, trotzdem werden wir uns bemühen, aus demselben zu machen, was daraus gemacht werden kann. Die Herren, die gegen die Auffassung der Sozialdemokratie über dieses Gesetz polemisiert haben, haben sich wohl an Bezeichnungen gestoßen, wie Ausnahmegesetz, Zuchthausgesetz usw. Es ist eine alte Sache: wenn man das Kind beim rechten Namen nennt, so hört es niemand gerne. Aber ich will den Herren entgegenkommen und will ihnen zugestehen, daß dieses Gesetz ein

Monstrum eigener Art

oder wie unser gutes Landrecht sich ausdrückt, eine Figur ohne menschliche Form und Bildung ist. (Heiterkeit links.) Daß der Entwurf in dieser Form nicht lebensfähig ist, darüber haben sich verschiedene Redner so ausgesprochen, daß es keinen Zweck hätte, das zu widerholen. Der Herr Staatssekretär nahm den Entwurf in Schutz gegen den Vorwurf der formellen Unzulänglichkeit; er meinte sogar, daß das juristische Deutsch einen gewissen Vorzug bedeute. Das wird aber auch der Herr Staatssekretär zugestehen: der Entwurf soll geschrieben sein für den Gebrauch von Arbeitern, und zwar für Arbeitervereine, die sich lediglich auf ihre Berufstätigkeit beschränken und eine allgemeine Bildung in diesen Vereinen wenigstens verschmähen sollen. Denen können Sie sicherlich nicht zumuten, daß sie sich durch dieses Juristendeutsch hindurchfinden können. Die ganze Arbeit ist verkehrt angefangen worden. Verkehrt ist, daß man diesen neuen gesetzgeberischen Zweig aufpfropfen will auf das verworrene, selbst für den Fachmann kaum übersehbare Geäst der Vereinsgesetzgebung und des Vereinsrechtes des Bürgerlichen Gesetzbuches. In ein verworrenes Gestrüpp will man die neue Pflanze einsetzen und solche Reiser können sich da nicht lebensvoll entwickeln, da fehlt es ihnen an Licht und Luft. Da müßte man erst einmal mit der Rodehacke dazwischen fahren, um dies **faule Gestrüpp der einzelstaatlichen Vereinsgesetzgebung auszuroden.** Damit müßte man anfangen, und den Boden lockern und vorbereiten für das, was der Herr Staatssekretär den ersten Akt des neuen Vereinsrechtes nannte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Bureaukratie hat hier wieder einen bemerkenswerten Mangel an Verständnis für die lebendige Rechtbildung bewiesen. Die Aufgabe der Juristen soll doch sein, das, was sich im **Volk spontan entwickelt hat, gesetzlich** zu **fixeren,** das in Regeln zu bringen, was faktisch schon gilt. Hätte man sich in dieser Weise an das neue Vereinsgesetz herangemacht, hätte man sich zunächst gesagt, die machtvolle Entwickelung der genossenschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Gebieten ist eine Tatsache, über die kommen wir nicht hinweg. Von selbst sind sie entstanden, ohne Hülfe des grünen Tisches, ja gegen den Widerstand desselben, alle diese Verbände, wie die Gewerkschaften, die Gewerkschaftsverbände, die Gewerkschaftskartelle, auch die Arbeitgeberverbände, die Tarifgemeinschaften, Produzentenvereine. Da hätten sich die Gesetzgeber heranmachen müssen, und hätten das studieren sollen und fragen, welche Aufgaben jede dieser Vereinigungen erfüllt und zu erfüllen hat und hätten die dafür passende Form feststellen sollen. Auch da wäre es unjuridisch und unpraktisch gewesen, weil das nun alles Vereine sind, alle diese Gebilde über einen Leisten zu schustern, obwohl sie eine ganz verschiedene Zusammensetzung und verschiedene Wirksamkeit haben. Der Entwurf hätte also alle diese Formen neu zu regeln versuchen müssen; statt dessen macht der Entwurf den Versuch, vom grünen Tische her in die lebendige Rechtsbildung des Volkes einzugreifen, und die Bureaukratie sucht zu beweisen, daß sie etwas hätte, was die Bureaukratie am allerletzten hat, nämlich Fruchtbarkeit. Sie tastet mit ungeschickten Fingern in das großartige Erzeugnis des Lebens hinein, will alles besser machen, will alles modeln nach ihren kleinen Begriffen, und was nicht hineinpaßt, wird **mit der Axt des Prokrustes abgehackt.** Aber nicht nur das allein; die Gedanken, von denen das Gesetz geleitet sind, hängen mit den sehr einseitigen Ideen eines engen Interessenkreises, nämlich des **Unternehmertums,** zusammen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht richtig, daß der Entwurf paritätisch ist. Das mag in seinen formellen Bestimmungen der Fall sein, in seiner **Wirkung** aber **nicht.** Das haben wir schon bei dem Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs erlebt. Der **Zentralverband** der **Industriellen** rühmte sich, daß das Vereinsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches **sein Werk** sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß er die Verbesserungen, die seinerzeit auch mit der Mithülfe der Zentrumspartei in der ersten Lesung in der Kommission gewünscht und angenommen wurden **hintertrieben** habe (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), wobei die Zentrumspartei nachgegeben hat. Bei diesem neuen Entwurfe wird es ebenso gehen, und das soll nun, wie der Herr Staatssekretär sagt, die Grundlage des neuen Vereinsrechts bilden. Geschwiegen hat der Herr Staatssekretär auf die Anzapfung meines Kollegen Legien; ob das etwa die Grundlage für die **neuen Arbeiterkammern werden** solle, ob etwa nur solche, nach dem Sinne des Gesetze eintragbare Vereine bei den Arbeiterkammern eine Vertretung haben sollten. Ich schließe daraus, daß dies beabsichtigt ist, und was wird das Ergebnis sein? Legien hat überzeugend nachgewiesen und Giesberts hat es eben wiederholt, die Verbände, die heute bestehen, so wie sie sind, können sich samt und sonders diesem Entwurf nicht unterwerfen. Also wird es dann

Arbeiterkammern ohne Arbeiter

geben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man macht hier gleich den ersten Schritt in falscher Richtung und man wird auf diesem Wege nie zum Ziele kommen. (Sehr richtig! links.)

Herr Bassermann meinte, diese Befürchtungen seien übertrieben. Der Reichstag habe ja bei dem Gesetz über die Arbeiterkammern auch mitzusprechen. Wir haben es aber schon so manches mal gesehen, daß die Herren vom Zentrum, weil die Regierung nachher sagte: wenn nicht, dann nicht, wenn Ihr nicht nachgebt, lassen wir das ganze Werk scheitern, nachgaben. Wollte sie doch sogar das ganze Bürgerliche Gesetzbuch, das große Werk der Vereinheitlichung des deutschen Rechts, scheitern lassen, wenn der Reichstag in bezug auf das Vereinsrecht auf seinem Kopfe bestünde. Und wer kann uns sagen, ob nicht auch in diesem Falle die Mehrheit dieses Hauses **wieder nachgibt.** Also hier heißt es: Vorsicht. Herr Schickert meinte, es sei nicht richtig, daß man versuchen könne oder würde, die Vereine, die sich nicht eintragen wollen, in die Eintragung hinein zu zwängen. Wer sagt uns denn, daß das nicht möglich ist! Bleibt doch den Einzelstaaten — nach meiner Meinung entgegen der Verfassung — das Recht, ihr Vereinsrecht auszubauen und wer hindert die Einzelstaaten, für Vereine, die sich nicht eintragen lassen, auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts noch weitere Verschlechterung einzuführen. Haben wir doch — abgesehen von der zufällig nicht Gesetz gewordenen Lex Recke in Preußen — solche Verschlechterungen tatsächlich erlebt in Braunschweig, Anhalt, Reuß jüngere Linie und verschiedenen anderen Bundesstaaten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Erst mußte man den Grund legen und dann darauf weiter bauen. **Erst mußte das Vereinsgesetz geändert und dann das Koalitionsrecht durchgeführt werden.** Hier aber soll das Vereinsrecht geändert werden, während das Koalitionsrecht unverändert bleiben soll. Das ist unmöglich. Nebenbei bemerke ich, daß das preußische Koalitionsrecht auf der Verfassung beruht, die 1854 oktroyiert wurde, aber die Landarbeiter hat man nicht in dieses einbezogen.

Ja, die **Landarbeiter!** Da muß ich auf das zurückkommen, was der Staatssekretär gesagt hat. Er hat uns beweglich geschildert, daß die Landarbeiter besonders behandelt werden müßten, weil die Ernte des Landwirts unter freiem Himmel auf dem Felde liege, da müßte das Interesse des einzelnen zurücktreten hinter das der Gesamtheit. Das ist eine These, die zeigt, daß der Staatssekretär sich unbewußt tiefer in die „nebelhaften Träume des Zukunftsstaates“ versponnen hat, als wir Sozialdemokraten es gemeiniglich zu tun pflegen. (Heiterkeit.) Der Gedanke, den der Staatssekretär gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter angeführt hat, ist ein sozialistischer Gedanke, den ich für den Zukunftsstaat akzeptieren kann. Denn wenn die Erzeugung des Brotes ein öffentliches Interesse ist, dann muß man sie auch zum Gegenstand des öffentlichen Dienstes machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Soll der Landarbeiter sein Recht hingeben, damit die Frucht nicht verdirbt, **dann muß auch der Grundeigentümer sein Recht hergeben** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), das Recht die Proletarier zu bezahlen, wie er will und mit der Frucht zu machen, was er will, dann darf er das Produkt auch nicht zur

Preistreiberei und zur Ausbeutung des Volkes

benutzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär meinte, die Ernte unter freiem Himmel könnte verkommen. Aber wie ist denn das, wie es doch vorkommt, wenn die Unternehmer ihre Arbeiter im harten Winter aussperren, wo sie wissen, daß keine Arbeitsgelegenheit da ist, wenn sie sie aus ihren Wohnungen hinaustreiben, und nicht nur aus den Wohnungen, sondern auch aus der Heimat? Wer fragt denn da, was unter Gottes freiem Himmel aus dem wird, was doch **mehr** wert ist, als die Frucht und das Brot. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten; Unruhe und Widerspruch rechts.) Der Staatssekretär hat mit seiner These gründlich daneben gehauen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder den Sozialismus, der jedes Leben schützt und das Kapital und die Arbeit im allgemeinen Interesse verwendet, oder den Gedanken der heutigen Gesellschaftsordnung mit dem freien Spiel der Kräfte. Aber man kann nicht einer Partei zumuten, auf ihre Rechte zu verzichten zugunsten der anderen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das, was der Entwurf den Organisationen zumutet, ist unerträglich. Das hat auch Abg. Giesberts bestätigt. Der Staatssekretär will uns trösten, er meint, es werde ja niemand das Mitgliederverzeichnis der 820 000 Metallarbeiter fordern. Ja, so billig wollen wir uns nicht trösten lassen! Ich bedauere, den Staatssekretär an etwas erinnern zu müssen, was ihm nicht angenehm ist. Aber er könnte doch aus seiner Erfahrung wissen, daß es, um Arbeiterinteressen zu unterdrücken, Leute gibt,

die es sich 12 000 Mark kosten lassen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe.) Ein einzelner Arbeiter wird sich das Mitgliederverzeichnis nicht fordern, aber ein Agent der Unternehmer kann das. Der Staatssekretär betonte es als eine absolute Notwendigkeit, daß die Mitglieder eines Berufsvereins demselben oder einem verwandten Berufe angehören müssen. Er meinte ja, die Vereine könnten Fremde als Beamte engagieren. Gut. Aber die Verbände wollen sich nicht durch Mietlinge vertreten lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das widerspricht der gewerkschaftlichen Idee. Aber wichtiger als dies ist die andere Frage: Welche Berufe können nach diesem Gesetz noch in einem Verein vereinigt sein? Heute sind in den Verbänden Leute der verschiedensten Berufe vereinigt, und das ist nur infolge einer inneren Notwendigkeit entstanden; weil in den verschiedenen Betrieben die verschiedensten Berufe vereinigt sind, läßt sich das nicht anders machen, als daß die Leute einem Verbande angehören. Die Metallarbeiter sind vereinigt mit Drahtarbeitern, Drehern, Feilenhauern, Formern einschließlich der Kernmacher und Gießereihülfsarbeiter, Goldarbeitern, Graveuren, Ziseleuren, Gürtlern, Maschinenbauern, Kupferschmieden, Mechanikern, Arbeitern in Fabriken chirurgischer Instrumente, Uhrmachern, Optikern usw. Werden die alle nach dem Gesetz als verwandte Berufe angesehen werden? Ebenso ist es mit den Holzarbeitern, da sind Tischler, Drechsler, Bildhauer und viele andere Gruppen vereinigt, wird man auch die nachher als verwandte Berufe ansehen? Werden auch alle im Betriebe Krupp beschäftigten Arbeiter als zu einem Berufe gehörig angesehen werden? Im Bergwerksbetriebe, vor allem im Kalibergbau, auch im Kohlenbergbau dringen immer mehr und mehr die Verbindungen mit chemischen Industrien ein und die Arbeiter dieser Industrien haben genau die gleichen Interessen mit dem Bergarbeiter. Sollen diese als in demselben Berufe tätig angesehen werden? Ueber all diese Dinge läßt sich der Entwurf nicht aus und ebensowenig der Herr Staatssekretär. Ich traue, was Kleinlichkeit anbetrifft, der juristischen Praxis alles zu! Die Gesetzgebung einschließlich dem Herrn Staatssekretär und dem Bundesrat ist in diesen Dingen viel liberaler als die Rechtsprechung. Wozu überhaupt die

lächerlichen zünftlerischen Bestrebungen

gegenüber der Entwickelung unseres wirtschaftlichen Lebens? Man soll das lebendige wirtschaftliche Leben sich entwickeln lassen und ruhig abwarten, welche Gruppen sich da zusammenschließen werden. Wir leben in der Zeit der Arbeitsteilung, da verschone man uns mit solchen zünftlerischen Versuchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hat sich dagegen gewendet, daß man den Verfassern des Entwurfes Weltfremdheit vorwarf. Ich glaube mit Recht, denn ich halte diese bureaukratischen Bestimmungen für Absicht. Ich bin so boshaft genug, zu glauben, daß sie der Absicht entspringen, die großen Organisationen zu zerschlagen, damit jede gemeinsame Aktion der Arbeiter verhindert wird. Deswegen will man die Größe und die Kraft der Organisationen vernichten. Hierzu paßt es auch recht gut, daß man sie auf die unmittelbaren beruflichen Interessen beschränken will. Wenn einer, so bin ich Fachmann auf dem Gebiet der kleinlichen Schurigeleien der Arbeiterorganisationen. Ich weiß, wie die Polizei und Gerichte diese Bestimmungen handhaben und kann hierüber dem Staatssekretär viel mehr sagen als er mir. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Erst in jüngster Zeit wurde in der ersten Versammlung eines neugegründeten Konsumvereins ein Vortrag über die Solidarität gehalten, die sich in den Konsumvereinen betätige. Dies wurde als ein Sichbeschäftigen mit allgemeinen öffentlichen Interessen angesehen, und die Teilnehmer an der Versammlung wurden bestraft! Bei Werkstättenversammlungen haben wir genau dasselbe. Wenn 20—25 Arbeiter zusammenkommen um die Verhältnisse in ihrer Werkstätte zu besprechen, gleichgültig ob sie einen Streik planen oder nicht, so sagt der Jurist, diese Interessen seien viel weiter greifend als private, sie seien öffentlicher Natur und die Versammlung hätte angemeldet werden müssen. Solche Entscheidungen ergehen jede Woche zu Dutzenden, im Jahre zu vielen Hunderten, und das würde bei diesem Gesetze genau ebenso sein. Jede allgemeine Erörterung wird man als eine Ueberschreitung des im Statut festgelegten Zweckes ansehen und wird — beileibe nicht in allen Fällen — aber gerade wenn man es nötig zu haben glaubt,

dem Verein die Rechtsfähigkeit nehmen.

Unsere Gewerkschaften machen sich Freunde und erwerben sich Verdienste dadurch, daß sie Theateraufführungen und wissenschaftliche Vorträge veranstalten. Das dürfen sie nach diesem Gesetze nicht mehr. Sie hätten hiernach nicht einmal das Recht, das Zuchthausgesetz zu erörtern (Zuruf), auch dies Gesetz nicht einmal, wird mir eben zugerufen, und das ist richtig. Nun wird der Staatssekretär in der Kommission freilich sagen, das stimmt alles nicht, das Gesetz wird loyal gehandhabt werden. Ach, meine Herren, wir haben gelernt, an solche Dinge nicht mehr zu glauben. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man hat sich oft lustig gemacht über Prophezeiungen von unserer Seite, die nicht eingetroffen sind. Erinnern Sie sich aber daran, was wir auf diesem Gebiete der polizeilichen und gerichtlichen Schuhriegeleien prophezeit haben, da sind alle unsere Prophezeiungen stets eingetroffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Für die Gewerkschaften ist es unmöglich allgemeine und ideale Ziele auszuschalten, das wäre für sie eine Degradation. Nach diesem Gesetz würde auch die Erörterung aller religiösen Dinge ausgeschlossen sein; die Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine würden also einfach von diesem Gesetze ausgeschlossen sein. Aber auch die christlichen Gewerkschaften können getroffen werden. Denken Sie sich, wie es wirken würde, wenn der Geistliche, welcher Vorsteher (Widerspruch im Zentrum) oder wenigstens Redner in dem Verein ist, damit beginnen würde: „Gelobt sei Jesus Christus!" und dies würde dann als eine religiöse Bestrebung aufgefaßt werden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube ja nicht, daß man für den Augenblick die katholischen Arbeitervereine anfassen würde. Aber man kann es mit diesem Gesetz tun, und eine laxe Handhabung des Gesetzes ist schlimmer als eine strenge. Im letzteren Falle weiß man, woran man ist; wenn aber das Gesetz jetzt lax gehandhabt wird und später streng, so sind die Vereine viel schlimmer daran. Das Zentrum möge nicht denken, wir sind Hahn im Korbe, es kann auch wieder anders kommen. Auch heute muß ja der Papst die Neigung des Deutschen Reiches teilen mit einem anderen Herrscher aller Gläubigen. Vielleicht wird bei uns noch einmal Türkisch Trumpf. (Heiterkeit.) Aber ernstlich gesprochen, so haben Sie doch die Waffen der kleinlichsten Polizeigewalt kennen gelernt. Alle diese Waffen sind doch geschmiedet worden im Kampfe gegen die Zentrumspartei und können sich auch wieder gegen sie richten. Ich hoffe, daß das Zentrum hier Vorsicht zeigt, sonst müßte man denken, es wäre Ihnen ganz lieb, wenn die Arbeitervereine unter polizeiliche Aufsicht gestellt würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich nehme an, man will durch dieses Gesetz

Streikbrechervereine großziehen,

abhängige Vereinchen, die von den Arbeitgebern gestiftet werden und die sich nicht rühren können. Das Gesetz ist geradezu verlockend für die Arbeitgeber, 50 000 oder 100 000 Mark zu geben, um ein Vereinshaus und ein Vereinchen zu gründen. Das ist auch früher schon gemacht worden, aber dann kamen zuweilen energische Leute hinein, und dann wenden sich diese Vereinchen gegen ihre Stifter. Das wäre nach diesem Gesetz ausgeschlossen.

Ich komme nun auf den Punkt der gemeinen Gefahr. Mehrere Redner haben dies einen schwammigen und unklaren Begriff genannt. Ich teile diese Meinung. Aber ebenso unklar ist auch der Begriff der Aussperrung. Unsere Gerichte machen schon längst keinen Unterschied mehr zwischen Streikenden und ausgesperrten Arbeitern. Ich erinnere an den Fall, als zur Zeit der Ausfahrt unserer Expedition nach Ostasien Arbeitgeber in Hamburg die Arbeiter aussperrten. Nichtsdestoweniger wurden damals von einer Stelle, die nicht informiert war oder die Information nicht zu Ende angehört hatte (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), die Arbeiter als

vaterlandslose Agitatoren

bezeichnet.

Bei der erweiterten Schadenshaftung durch Anwendung des § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs muß ich dem Abgeordneten Bassermann widersprechen, der meinte, diese Schadenshaftung bestehe auch heute, auch heute könnte ein Verein schon haftbar gemacht werden für Schäden, die durch seine Vorsteher veranlaßt sind. Hier handelt es sich aber nicht um Haftungen aus Verträgen; bei solchen können allerdings die Vereine auch heute schon haftbar gemacht werden. Hier handelt es sich um die Haftung für sogenannte Delikte, und diese ist nach dem heutigen Gesetze nicht zulässig. Die Ansicht Dernburgs, auf die sich Bassermann warm berufen hat, ist ganz singulär (alleinstehend) und von der Praxis nicht anerkannt. § 31 ist nur für eingetragene Vereine anzuwenden.

Der Staatssekretär sagte, er begriffe nicht, wie gerade wir die Schadenersatzpflicht ablehnen könnten, und berief sich dafür auf das Prinzip der Rechtsgleichheit. Wenn von dieser Seite eine Lanze für demokratische Prinzipien gebrochen wird, steckt immer was dahinter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist auch ganz falsch, die staatsbürgerliche Gleichheit, die wir fordern, fordern wir, weil sie die Voraussetzung ist für die ungehemmte Entwickelung der in der Nation vorhandenen geistigen und wirtschaftlichen Kräfte. Aber ganz etwas anderes ist es, bei konkreten wirtschaftlichen Verhältnissen Verschiedenes als gleich zu behandeln. Das ist gerade so, wie wenn man kleine Leute in die großen Röcke der ersten Kompagnie des ersten Gardereginents stecken wollte. (Heiterkeit.) Es kommt doch darauf an, ob die Röcke passen. An sich ist es gleichgültig, ob die Deliktshaftung sich rechtfertigen läßt oder nicht. Im römischen Recht — den Juristen ist das bekannt, existierte sie nicht. Auch der Entwurf a), welcher der zweiten Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch vorgelegt wurde, der von Sohm verfaßte Entwurf, den die Kommission auf den energischen Widerspruch der preußischen Regierung unter den Tisch fallen ließ, auch dieser Entwurf enthielt die Deliktshaftung nicht.

Man braucht auch diese Bestimmungen gar nicht. Jedenfalls würde eine praktische soziale Gesetzgebung sich davor hüten, alle Korporationen ohne Unterschied zu behandeln. Man kann kleine Korporationen weit eher wie Einzelpersonen behandeln. Aber man denke sich einen großen Verband mit 100 000 Mitgliedern, die über ihre Vorsteher und ihre Vertreter und ihre Angestellten, Beauftragten gar keinen solchen Einfluß, keine Disziplinargewalt haben. Da einfach haften zu müssen für jeden von ihren Vorstehern oder Vertretern angerichteten Schaden, den zu verhindern sie gar nicht in der Lage sind, das wäre, wie der Römer sagt: „Summum jus, summa injuria". Sträubt sich doch selbst der Staat, die größte Korporation, diese Haftung zu übernehmen, er aber wäre noch der erste dazu; denn er sucht sich seine Beamten aus, die einen ganz genau vorgeschriebenen Bildungsgang durchmachen müssen. Er weiß also, wie sie denken und handeln, er hat sie unter der Fuchtel durch ein Disziplinarverfahren, ihre Zuständigkeit ist genau geregelt. Wenn also der Staat so behandelt werden sollte, wie ein Mensch mit einem Einzelwillen, dann wäre das keine Ungerechtigkeit. Der Staat sträubt sich noch heute, die Haftung für die Schäden, die durch seine Beamten hervorgerufen werden, zu übernehmen. Mit wenigen Ausnahmen, die das Prinzip durchbrechen, besteht eine solche Haftung nicht, man sollte also ganz ruhig zurückgreifen auf jene Regelung im Entwurf a). Für große Verbände würde eine solche Haftung

geradezu ruinös

sein, übrigens nicht nur für Arbeiter- sondern auch für Unternehmerverbände, namentlich aber für die Tarifgemeinschaften. Die Schadenhaftung für unerlaubte Handlungen hat zwei Grundlagen. Entweder stützt sie sich auf Handlungen gegen die guten Sitten oder auf strafbare Handlungen. Nun ist in den letzten Jahren durch die Rechtsprechung der Begriff der gegen die guten Sitten verstoßenden Handlungen in einer Weise ausgedehnt worden, die geradezu gemeingefährlich für das wirtschaftliche Leben geworden ist.

Es ist Ihnen bekannt, daß die Rechtsprechung das durchaus berechtigte Vorgehen der Buchhändlerverbände gegen die Schleuderer als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Denken Sie auch an den jetzt besprochenen Buchdruckertarif. Da findet sich ebenfalls ein gemeinsames Vorgehen gegen außertarifliche Firmen verabredet. Das würde nach denselben Grundsätzen auch gegen die guten Sitten verstoßen. Alle Unternehmungen, die auf Regulierung des Absatzes hinauslaufen, sind in dieser Beziehung gefährdet durch die schwammigen Begriffe des Bürgerlichen Gesetzbuches und durch die Prinzipien des Reichsgerichtes, die jegliches Verständnis für die korporative Zusammenfassung der im Volke lebenden Kräfte vermissen läßt. Es steckt in dieser Rechtsprechung ein Stück Eifersucht der Bureaukratie gegen alles, was nicht von ihr ausgeht gegen jeden Akt der Selbsthülfe. In den Kämpfen der Arbeitgeber gegen die Arbeiter und umgekehrt sind diese Paragraphen von den „guten Sitten" auf die einseitigste Weise für die Arbeitgeber und gegen die Arbeiter angenommen worden. Es gibt eine Anzahl Entscheidungen, wonach Aussperrungen und schwarze Listen nicht als gegen die guten Sitten verstoßend angesehen wurden, wenn sie von Arbeitgebern ausgingen, und eine Anzahl Entscheidungen, wonach bloße Aufforderungen, bei solchen Bäckern zu kaufen, welche die Forderungen bewilligt hatten, als Verstoß gegen die guten Sitten angesehen wurden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Kollege Pachnicke hat das neueste Urteil des Reichsgerichts vom 11. Juli 1906, das einen abweichenden Standpunkt enthält, zitiert. Ich kenne das Urteil, aber es steht bis heute vollständig allein und in krassem Widerspruch zu einer Anzahl anderer Entscheidungen, der nur auf die oberflächlichste Weise verkleistert ist durch ein paar verlegene Redewendungen, um der Notwendigkeit einer Plenarentscheidung zu entgehen. Ich bezweifle sehr stark, daß dieses Urteil in der Praxis Bedeutung haben wird; es wird dies genau so wenig der Fall sein, wie in einem anderen vereinzelten Urteil eines Strafsenats über den Begriff der Erpressung. Ich komme nun auf die andere Grundlage der Haftung für unerlaubte Handlungen. Es ist von mehreren Seiten das Beispiel des Erpressungsantrags angeführt worden. Ich habe in diesem hohen Hause auf diese gefährliche Judikatur hingewiesen. Die Rechtsprechung geht jetzt soweit, daß wenn ein Arbeiter streiken will und er verhandelt vorher in höflicher Weise mit dem Arbeitgeber darüber, ob er ihm seine Forderungen bewilligen will, das als Erpressung angesehen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es sind eine ganze Reihe derartiger Urteile ergangen, und das Prinzip ist aufgestellt worden, daß eigentlich bei jedem eine Verurteilung wegen Erpressung erfolgen kann, wenn das auch nicht immer geschieht. Wie diese Urteile begründet sind, darauf will ich nicht eingehen, weil die Zeit zu weit vorgeschritten ist.

Es ist auch einmal ein Arbeitgeber in einem solchen Falle verurteilt, aber natürlich

sofort begnadigt

worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als ich diesen Punkt zum ersten Male hier berührte, sagte Herr Kollege Bassermann, er müsse allerdings zugeben, daß, wenn diese Judikatur (Rechtsprechung) sich einbürgere, daß man dann nicht mehr wisse, welches Gebiet für die Betätigung des Koalitionsrechtes noch frei bliebe. Nun, inzwischen hat sich diese Rechtsprechung eingebürgert. Sie ist auch durch den preußischen Justizminister direkt den preußischen Staatsanwälten zur Nachachtung empfohlen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun rühren Sie sich einmal, nun retten Sie einmal das bedrohte Koalitionsrecht! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dazu ist nun im letzten Jahre noch etwas Weiteres gekommen, nämlich eine vollständig abstruse Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung. Seit dieser Gesetzesparagraph besteht, ist man allgemein der Ansicht gewesen, daß es den Koalitionszwang bekämpft, welchen Arbeiter gegen Arbeiter und Arbeitgeber gegen Arbeitgeber ausüben, daß es aber nicht darunter falle, wenn ein Arbeiter vom Arbeitgeber unter Ankündigung des Streiks eine Lohnaufbesserung oder irgend etwas die Arbeitsbedingungen Betreffendes verlange. Diese Auffassung ist auch die einzig mögliche und wird durch die Entstehungsgeschichte und den Zweck des Gesetzes bewiesen. Im § 152 wird der Streik erlaubt zum Zweck der Erreichung besserer Lohnbedingungen. Das setzt schon begrifflich voraus, daß man diese Bedingungen zunächst einmal dem Gegner mitgeteilt hat, sonst wären es keine Bedingungen, wenn man darüber nicht paktieren wollte. Folglich kann nicht dasselbe noch durch § 153 unter Strafe gestellt sein. So hat die Praxis und auch das Kammergericht 40 Jahre lang angenommen, so hat es auch 1890 bei der Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung Staatsminister v. Berlepsch als Auffassung der Regierung dem Reichstag dargelegt, so ist es zum Ausdruck gelangt in der Begründung des sogenannten Zuchthausgesetzes. Jetzt kommt plötzlich das Reichsgericht in einer Entscheidung im 36. Bande und sagt so von oben her aus dem Handgelenk „andere", das ist jeder Mensch, namentlich auch Arbeitgeber, und es verurteilt einen Arbeiter, der von dem Arbeitgeber die Anerkennung eines Lohntarifs gefordert hat, der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern allgemein vereinbart war, auf Grund des § 153. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind vom Reichsgericht ja sehr viel gewohnt, aber ein so oberflächlich, so unjuristisch begründetes Urteil ist mir noch nicht vorgekommen. Das Reichsgericht wirft dem Minister v. Berlepsch vor, er hätte falsch zitiert; das kann es aber nur, indem es selbst falsch zitiert. Wenn 40 Jahre lang die Judikatur einen Weg gegangen ist, so kann das Reichsgericht doch nicht einfach durch eine andere Entscheidung nun das ganze gewerbliche Leben umstürzen wollen, indem es das für strafbar erklärt, worauf das ganze gewerkschaftliche Leben basiert. Ich gebe zu, die meisten Gerichte sind zu gewissenhaft und die meisten Staatsanwälte zu vorsichtig gewesen, um solche Anklagen auf Grund des § 153 zu erheben, nur im geliebten Breslau hat das Oberlandesgericht den Gewerkschaftssekretär Schlegel auf Grund dieses Paragraphen verurteilt. Sie hätten einmal hören sollen, wie das Oberlandesgericht von oben herab über diesen Herrn v. Berlepsch und die Herren Verfasser der Motive zum Zuchthausgesetze gesprochen hat: solche Aeußerungen hätten gar keine Bedeutung. (Hört! hört! links.) Wir haben nun allerdings den Spieß umgedreht. Wenige Tage nach diesem Urteil ist gegen den Verband der Metallindustriellen, der ankündigte, er würde alle organisierten Arbeiter aussperren, wenn nicht in einem gewissen Betriebe ein paar Streikende die Arbeit wieder aufnähmen, die Klage wegen Vergehens gegen den § 153 von uns eingereicht worden. Wenn auch nicht ohne Mühe und nicht ohne Spott und Hohn auf meiner Seite habe ich es durchgesetzt, daß das Oberlandesgericht gegen die Direktion dieses Arbeitgeberverbandes die Erhebung der öffentlichen Anklage nach § 152 beantragen will; ich weiß ja noch nicht, ob die Herren verurteilt werden.

Es schweben jetzt in Berlin Dutzende von Anzeigen gegen die Unternehmerverbände, die man eingereicht hat, um einmal zu sehen, ob die Juristen die Konsequenzen der Grundsätze, die sie den Arbeitern gegenüber aufstellen, auch gegen die Arbeitgeber anwenden werden. Ich habe in diesen Anträgen, die ich eingereicht habe, keine Zweifel darüber gelassen. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, als Jurist und Politiker zu betonen, daß ich diese Anklagen beantrage, obgleich ich diese Art der Rechtsprechung für unsittlich und für juristisch falsch halte. Es ist in der Tat ein

ganz unerträglicher Zustand

sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeiter, daß sie sich nicht rühren können, daß es unmöglich ist, irgend einen Lohnkampf auf der einen oder anderen Seite zu führen, ohne daß man dieser Judikatur nach sich des Vergehens der Erpressung oder der Nötigung nach § 153 der Gewerbeordnung schuldig macht. Jede derartige Handlung macht übrigens zivilrechtlich haftbar für die dadurch herbeigeführten Schädigungen, und wir werden es uns nicht nehmen lassen, für die Ausgesperrten des Metallarbeiterverbandes Zivilklage auf Schadenersatz gegen die Herren vom Arbeitgeberverband zu erheben. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Legien hat vollkommen recht, so lange das Koalitionsrecht nicht gegen etwaige Beeinträchtigung geschützt ist, ist es unmöglich, die Schadenersatzverpflichtung aus § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches hier zu übernehmen. Es ist nicht zu hoffen, daß die Rechtsprechung wieder umkehrt, weil sie einen falschen Weg gegangen ist. Es ist ihr ja das durch unsere Gesetze sehr erschwert, aber sie tut es auch wirklich nicht. Wenn die Juristen etwas recht Unglaubliches und Unbrauchbares ausgeheckt haben, dann nennen sie es höchstes Recht. Pereat justitia — (Große Heiterkeit rechts). Ich meine: fiat justitia pereat mundus. Aber ich habe ganz recht, indem ich mich verspreche: pereat justitia! (Sehr wahr! links.) Es bleibt nichts übrig, als daß die Gesetzgebung eingreift und das Koalitionsrecht schützt.

Zum Schluß noch ein Wort über eine Aeußerung, die Staatssekretär Graf Posadowsky über den Zweck des Gesetzes getan hat. Er meint, es gilt, die Unterschiede in der Arbeiterbewegung auszubauen und zu befestigen und diese so einzudämmen, daß sie „die nebelhaften Träume vom Zukunftstaat fallen läßt und sich auf die Vertretung der realen berechtigten Interessen beschränkt."

Was ich jetzt sage, sage ich nicht etwa namens der Gewerkschaftsbewegung, die zu vertreten ich nicht die Aufgabe habe, sondern es ist meine ganz persönliche Meinung. Die Gewerkschaftsbewegung, wie sie entstanden ist und wie sie blüht und lebt, steht vollständig auf der Basis der heutigen Gesellschaft, auf der Basis des Lohnvertrages. Sie will den Lohnvertrag ändern und sie steht natürlich auch auf dem Standpunkt, daß die speziellen gewerblichen Arbeitsverhältnisse, die sie vorfand, als sie selbst vor zwanzig Jahren einsetzte, nichts Unabänderliches sind.

Es hat sich ja auch in diesen 20 Jahren teilweise Wesentliches schon daran geändert. Aber weiter. Die Gewerkschaftsbewegung muß meiner Meinung nach, da sie den Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber vertreten will in seinen gewerblichen Interessen, unabwendlich dazu kommen, auch die Ideale der Gleichberechtigung des Arbeiters mit dem Arbeitgeber, die Ideale der freien ausgebildeten, unabhängigen Persönlichkeit zu vertreten. Vorgefunden hat sie Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die diesen Idealen nicht gerecht wurden. Als die Arbeiterbewegung begann, waren die Arbeiter noch unterdrückt und durften an den höheren Gütern der Kultur nicht teilnehmen, selbst wenn es in der Verfassung stand. Für diese

Kulturideale

hat die Gewerkschaftsbewegung gekämpft, und ich glaube nicht, daß sie sie wird fallen lassen, auch wenn der Herr Staatssekretär meint, das gehöre nicht zu den berechtigten realen Interessen der Arbeiter. Nun ist es, meine ich, Sache der heutigen Gesellschaft, des heutigen Staats, dazu Stellung zu nehmen, ob diese Kulturideale der Gewerkschaftsbewegung in der gegenwärtigen Gesellschaft erfüllbar sind, oder ob es dazu des Umbaues der Gesellschaft in eine sozialistische Organisation bedarf, das ist eben die Frage. Meiner Meinung nach kann man einen Wolf nicht in ein Lamm verwandeln, und die heutige Gesellschaft könnte, selbst wenn sie den besten Willen hätte, diesen gewerkschaftlichen Idealen niemals gerecht werden. Sie mögen anderer Ansicht sein, aber jedenfalls werden Sie mir zugeben müssen: es wäre Sache des heutigen Staates, der Arbeiterbewegung zu beweisen, daß die heutige Gesellschaft ihren Idealen der freien Selbstbestimmung, der freien Ausbildung der Persönlichkeit, diesen

Kulturidealen gerecht zu werden versteht. Und ich frage nun jeden: Ist dieses Gesetz, das uns hier der heutige Staat vorlegt, ein Beweis dafür, daß er diesem Kulturideal der Gewerkschaften zu entsprechen versteht. Nein, der Entwurf muß geradezu entgegengesetzt wirken. Er muß den Arbeitern beweisen, daß sie von diesem Staate nichts zu erwarten haben! Wenn durch irgend etwas, so wird die Regierung mit diesem Gesetz die

Einheit von gewerkschaftlicher und politischer Bewegung,

die sie beklagt, die sie lösen will, wie mit einem eisernen Hammer zusammenschmieden und im Feuer härten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

(Vorher einige Rechnungssachen.)

Schluß 7 Uhr.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag von Paul Singer in Stuttgart ist soeben erschienen: **Für unsere Kinder.** Weihnachtsbuch der „Gleichheit". Herausgegeben von Klara Zetkin (Zundel). Preis kartoniert 1 M.

Vereine, die eine größere Anzahl Exemplare bestellen, erhalten einen Vorzugspreis.

Der Verlag der „Gleichheit" gibt dem Werke folgendes Geleitwort:

Das Weihnachtsbuch der „Gleichheit" besteht aus den beiden Jahrgängen 1905 und 1906 der Beilage der „Gleichheit" „Für unsere Kinder".

Die Ausgabe ist erfolgt auf Grund vielfach geäußerter Wünsche aus den Reihen proletarischer Frauen. Wir sind überzeugt, daß der reiche Inhalt des Buches den Kindern unserer Proletarier eine nie versiegende Quelle der Unterhaltung und Belehrung bieten dürfte.

Auch auf die Ausstattung, Papier, Druck usw. ist große Sorgfalt verwendet worden, ebenso auf einen guten dauerhaften Einband. Bei Feststellung des Preises wurde dagegen weiteste Rücksicht genommen auf den Geldbeutel der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wir machen hiermit wieder einen erneuten Versuch auf dem Gebiete der Jugendliteratur. Möge der Versuch das Interesse unserer Genossen und Genossinnen erregen. Ein Erfolg würde uns den Mut geben, auf diesem Gebiete immer Vollkommeneres zu erstreben.

Damit mag das Weihnachtsbuch der „Gleichheit" in die Welt hinausgehen und groß und klein erfreuen.

Zum Entwurf einer Landesorganisation für Preußen

nahmen die Parteigenossen Rathenows in einer Wahlvereinsversammlung Stellung. Gegen die Fassung des § 3, nach dessen Nummer 3 der Landeskonferenz die „Beratung und Beschlußfassung über alle das Parteileben Preußens berührende Fragen" obliegt, wurden von den Diskussionsrednern gewichtige Bedenken erhoben. Daß einer nebenamtlich tätigen Landeskommission beziehungsweise einem ebenso fungierenden geschäftsführenden Ausschuß die Leitung der Landesorganisation übertragen werden soll, wurde in Rücksicht auf die wichtigen und umfassenden Aufgaben, deren Lösung von der Landesorganisation erwartet wird, als völlig unzulänglich bezeichnet.

Folgende Resolution gelangte mit großer Mehrheit zur Annahme:

„Die heutige Versammlung nimmt von dem in der Parteipresse veröffentlichten Entwurf einer Landesorganisation Kenntnis.

In bezug auf § 3 Nummer 3 sowie § 10 des Entwurfs hält die Versammlung die vom Genossen Arons in Nr. 260 des „Vorwärts" erhobenen Einwände für berechtigt.

Die Versammlung erwartet vom preußischen Parteitage, daß er die Aufgaben der Landeskonferenz so umgrenzt, daß die Kompetenzen des deutschen Parteitages, was die Regelung allgemeiner Parteiangelegenheiten anbetrifft, ungeschmälert erhalten bleiben, daß ebenso die den Kreisen durch das Organisationsstatut auferlegte Pflicht der Berichterstattung an den deutschen Parteivorstand als notwendige Verbindung zwischen beiden bestehen bleibt, daß endlich als ausführendes Organ der Landesorganisation ein Vorstand gewählt wird, dem zwei seiner Mitglieder als vollbesoldete Beamte und ferner ein Mitglied des Parteivorstandes mit Stimmberechtigung angehören.

Die Landeskommission hat als ergänzendes Organ des Vorstandes zu gelten.

Gemeindewahlen.

In Tönning wurden am Freitag für zwei turnusgemäß ausscheidende Stadtverordnete zwei Genossen gewählt. Die Freude über diesen ersten sozialdemokratischen Stadtverordnetenwahlsig, der in Schleswig-Holstein nördlich der Eider bis jetzt überhaupt zu verzeichnen war, ist groß.

Wie es oft auf eine einzige Stimme bei Wahlen ankommt, beweist das Resultat in der dritten Klasse beim Wahlkampf um die Rathaussitze zu Edingen in Baden. Dort siegte das Zentrum mit 92 Stimmen über unseren Vorschlag, der es auf 91 Stimmen brachte.

Ein Kannibale. Wie der „Volksfreund" erzählt, ist es bei einem Streit zu Röttingen (bei Wilferdingen im Amte Durlach) soweit gekommen, daß der Herr Vorstand eines Militärvereins seinem sozialdemokratischen Gegner ein Stück Fleisch aus der Oberlippe biß. Was sonst noch über die unritterliche Tapferkeit dieses liebenswürdigen Herrn berichtet wird, ist geeignet, ihn einer Oberguß-Kneipplur für bedürftig zu erklären.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Auch eine Auslegung des Versammlungsrechtes und des § 193 des Strafgesetzbuches.

Wegen angeblicher Beleidigung eines Polizeiinspektors wurde der Parteisekretär Genosse Linde aus Königsberg von der Strafkammer zu Insterburg in der Berufungsinstanz am 24. November zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Schöffengericht hatte wegen desselben Delikts am 21. September auf einen Monat Gefängnis erkannt.

Am 1. Juli d. J. wollte Genosse Linde zu Insterburg in einer von ihm arrangierten öffentlichen Volksversammlung referieren.

Die Einladungszettel zu dieser Versammlung hatten auch eine Bemerkung enthalten, aus der hervorging, daß auch Frauen Zutritt hätten und Mitglieder zum sozialdemokratischen Verein aufgenommen werden würden. Es war denn auch eine größere Anzahl Frauen aus der Stadt und vom Lande erschienen. Noch bevor aber die Versammlung eröffnet war, forderte der überwachende Polizeiinspektor die Entfernung der Frauen. Als das nicht sofort geschah, löste er die Versammlung auf, nachdem er eine Belehrung des Genossen Linde über seinen Irrtum zurückgewiesen hatte. Als der Saal etwa zur Hälfte geleert war, ging Linde auf den Polizeibeamten zu und sagte ihm, er kenne als Polizeibeamter die Gesetze nicht, wenn er zu einer öffentlichen Versammlung keine Frauen zulasse.

Der Beamte fühlte sich beleidigt und stellte Strafantrag. Vor Gericht motivierte er die Auflösung der Versammlung damit, daß in den Einladungen auch zum Eintritt in den politischen Kreisverein aufgefordert werde. Daraus habe er geschlossen, daß die Versammlung eine Vereinsversammlung sei und man mit der Bezeichnung „öffentliche Volksversammlung" das Vereinsgesetz umgehen wollte.

Den Wortlaut der Lindeschen Aeußerung gibt der Polizeiinspektor also wieder:

„Es ist ein Skandal, daß ein preußischer Polizeiinspektor die Gesetze nicht kennt." Linde bestritt entschieden, daß er so gesagt habe.

Der erste Richter, sowie der Staatsanwalt der Strafkammer stellten sich trotz der überzeugenden Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalt Haase, auf den Standpunkt, daß der Beamte die Versammlung zu Recht aufgelöst habe. Aber selbst wenn das dahin gestellt bleibe, so hätte Linde kein Recht gehabt, dem Beamten Gesetzesunkenntnis vorzuwerfen. Ebenso wie der erste Richter billigte auch die Strafkammer dem Genossen Linde nicht den Schutz des § 193 zu. „Denn", so lautete die sonderbare Begründung dafür, „das Interesse, das der Angeklagte zweifellos an dem Zustandekommen der Versammlung hatte, hörte mit der Auflösung derselben auf." Nur das Strafmaß wurde geändert.

Soziales.

„Soziale" Rechtsprechung in Hamburg.

Das Hamburger Gewerbegericht hat in letzter Zeit Sprüche gefällt, die die schärfste Kritik herausfordern. In dem bekannten Prozeß der Hamburg-Amerika-Linie gegen 127 Schauerleute hat es den geradezu ungeheuerlichen „Rechtsgrundsatz" aufgestellt, daß es gegen die guten Sitten verstoße, wenn Schauerleute nach 22stündiger Arbeit sich weigern, weiter zu arbeiten, da sie nach dem Lohntarif zu 36stündiger Arbeit verpflichtet sind! Ob die Arbeiter unter der Last der Arbeit zusammenbrechen, ob sie körperlich und geistig zugrunde gehen oder ob die Betriebssicherheit darunter leidet, das kommt nach Ansicht des Gewerbegerichts nicht in Betracht und verstößt nicht gegen die guten Sitten, denn der famose Lohntarif läßt ja die 36stündige Arbeit zu. Dem Gewerbegericht scheint gar nicht der Gedanke gekommen zu sein, daß eine solche „Vereinbarung" gegen die guten Sitten verstößt und auf Grund der diesbezüglichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht rechtsverbindlich ist. Außer dem Amtsrichter Bohsen hat an diesem Urteil der Oberscharfmacher und Obermeister der Bauinnung Herr Bummert mitgewirkt, denn daß der Beisitzer aus der Arbeitnehmergruppe sich dieser „Rechtsanschauung" angeschlossen hat, erscheint ausgeschlossen. — In schroffem Gegensatz hierzu steht die von uns mitgeteilte Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichts, das das vom Hafeninspektor erlassene Verbot der Fortsetzung der Arbeit durch ermüdete Arbeiter als gesetzlich gerechtfertigt erklärt, „weil die Arbeiter 14 Stunden hintereinander bei einer schweren körperlichen Arbeit beschäftigt waren und mit der Möglichkeit gerechnet werden mußte, daß sie bei der Weiterarbeit an ihrer Gesundheit Schaden erleiden und sich auch gegenseitig gefährden könnten". Das Gewerbegericht betrachtet eine 36stündige Arbeitszeit als im Rahmen der menschlichen Leistungsfähigkeit liegend. „Wat schreewen is, steht schreewen." — Dieser Tage hat das Gewerbegericht einen Entscheid gefällt, daß Arbeiter zur Leistung von Ueberstunden unter allen Umständen verpflichtet seien. „Entscheide nun die Willkür oder das freie Ermessen der Arbeiter darüber, ob Ueberstunden gemacht werden sollen, nicht aber der eine Wille des Leiters des Unternehmens, so wäre die völlige Auflösung jeder Ordnung und jeder Stetigkeit im Betriebe die notwendige Folge. Aus diesen Gründen muß aber der Arbeiter die Ueberstunden ebensogut innehalten wie die übrige Arbeitszeit, soweit ihm nicht eine seine Kräfte übersteigende Leistung zugemutet wird."

Gestern ist das Amtsgericht den antisozialen Spuren des Gewerbegerichts gefolgt. Es hat auf Klage der Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften, Aktiengesellschaft, 16 Bootsleute zu je 18 M. verurteilt und die Widerklage der Bootsleute abgewiesen. Die Verurteilten hatten eine Nachtarbeit als widervertragliche und schikanös angesetzte Ueberstundenarbeit abgelehnt und wurden darauf entlassen. Sie erhoben Widerklage auf Zahlung von je 26 M. wegen unberechtigter Entlassung. Ihrer Forderung stand § 618 und § 226 B. G. B. zur Seite. Mag sein, daß es den Elbschiffern in der Berufungsinstanz gelingt, zu ihrem Recht zu gelangen — der Streik der Bootsleute wird durch das ergangene Urteil nicht beeinflußt werden.

Sklavenrecht für Ausländer in Preußen.

Recht sonderbare Erfahrungen über preußische Kultur haben eine Anzahl galizischer Arbeiter machen müssen. In ihre Heimat drang ein sog. Seelenverkäufer ein, ging von Haus zu Haus und warb etwa 120 Arbeiter für die Hannoversche Portland-Zementfabrik in Misburg bei Hannover an. Er versprach ihnen, sie könnten in Misburg 3—4 M. täglich neben freier Verpflegung verdienen und wußte sie auch an ihrer verwundbarsten Stelle zu treffen, indem er ihnen süßen Kaffee und zu Mittag Suppe, Fleisch und Zuspeise in Aussicht stellte. Die armen hungernden Galizier glaubten diesem Agenten, unterschrieben den Kontrakt und fuhren in das Kulturland Preußen hinein über Myslowitz.

Als sie in Misburg ankamen, zeigte ihnen der Agent die Fabrikräume und sagte, daß sie, wie versprochen war, dort im Warmen und Trockenen beschäftigt würden. Einen halben Tag ging die Sache gut, dann kamen sie in den Steinbruch, mußten dort entgegen ihren kontraktlichen Verpflichtungen Nachtschicht arbeiten und statt im Warmen und Trockenen in Wind und Wetter und in sumpfigem Wasser, das bis an die Knie reichte, stehen. Die an alles mögliche gewöhnten Leute fügten sich etwa 9 bis 11 Tage in diese Ungeheuerlichkeit. Nach der Fabrikordnung ist am 8. und 18. jeden Monats Lohntag. Am 10. November — der 18. war ein Sonntag — verlangten einige der — doch wohl freien gewerblichen — Arbeiter „Vorschuß"! wie sie den verdienten Lohn nannten, um sich Stiefel oder Kleidung anzuschaffen. Die Leute — darunter eine Frau — waren zum größten Teil völlig abgerissen, hatten die Stiefel teilweise mit Bindfaden zusammengebunden und konnten ohne Schädigung ihrer Gesundheit nicht weiterarbeiten. Trotzdem wurde ihnen am 19. und 20. der „Vorschuß" verweigert, die Leute wurden vielmehr aus der Fabrik hinausgejagt! Um dieselbe Zeit langte ein neuer Transport Galizier an, der aus diesem Grunde gar nicht erst die Arbeit aufnahm. Wie man die Leute hinauswarf, verdient hervorgehoben zu werden. Alle mußten sich einer Revision ihres Gepäcks unterziehen. Allen wurde jedes — auch das kleinste Stückchen — Brot weggenommen und dann stießen die Werkmeister sie auf die Straße. Offenbar sollten sie nun ohne Arbeit verhungern. Alle Beteuerungen, daß man arbeiten wolle, nur brauche man etwas Geld, halfen nichts. Wer Geld forderte, flog hinaus, wer sich fügte, konnte weiterarbeiten!

Auf diese selbst im Schlachzizenurlande ungewöhnliche Weise kamen die Armen in die preußische Freiheit. Weinend und bittend erweichten sie das Herz eines polnischen Gastwirts, der an den österreichischen Konsul in Berlin, später an den in Bremen telephonierte und von letzterem den Bescheid erhielt, die Gemeinde Misburg habe die Leute zu versorgen. Der Gemeindevorsteher lehnte ab. Später, nachdem er sich mit dem Landrat verständigt, übernahm er die Fürsorge. Am Freitag kam plötzlich der Gemeindediener in die Wirtschaft und meldete: der Landrat habe befohlen, die Leute sollten in der Fabrik wieder arbeiten, er habe dafür gesorgt, daß sie alle wieder angenommen würden, oder sie müßten alle heraus aus Misburg! Die Galizier sandten eine Deputation an die Fabrik mit der Anfrage, ob der schuldige Lohn ausgezahlt werde. Im Kontor wurde ihnen die Antwort: Ihr könnt einen Hund im A . . . . lecken! Der Gemeindediener sagte dem Wirt, daß die Gemeinde — wenn die Leute nicht arbeiten wollten — keine Zahlung für Verpflegung mehr leiste. Kurz vor Anbruch der Dunkelheit zogen dann die Leute die Landstraße entlang, ohne Ziel, ohne Geld, ohne jede Aussicht auf Hülfe. Eine entsetzliche Tragödie! In einigen Wochen tönt es von den Kanzeln der beiden neuerbauten Kirchen in Misburg herab: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Dann denkt man jedenfalls nicht mehr daran, daß zwei Tage nach dem Bußtage wider Recht und wider Christenpflicht ein halbes Hundert Menschen ins Verderben gejagt worden sind. — Wenn hülflose Tiere aufgefunden wären, würde der Gemeindevorsteher jedenfalls nicht gesagt haben: Laßt sie laufen, wohin sie wollen.

Unser Mitarbeiter hat sich den Arbeitsvertrag der bedauernswerten Leute angesehen. Danach haben diese sich auf 6 Monate zu Tagesarbeit von 6—6 Uhr verpflichtet. Von Nachtarbeit ist keine Rede. Gesetzwidrig ist, daß die Verpflichtung des Arbeitgebers nicht auch dahin ging, 6 Monate die Arbeiter zu beschäftigen. Der hatte sich noch 7 M. Vertragsstrafe, 26 M. Transportkosten und noch einige Mark für Nachtlager, Decken usw. ausbedungen, falls die Arbeiter kontraktbrüchig würden und konnte nach dem Vertrage, der auch in diesem Falle gesetzwidrig, das Geld vom Lohne nach und nach einbehalten. Wer die Höllenqualen in der Fabrik 6 Monate aushält, soll die abgezogenen Beträge, dazu freie Reise 4. Klasse nach Myslowitz zurückerhalten. An Lohn war vereinbart: Männer über 20 Jahre pro Stunde 15!! Pf., Ueberstunden 22 Pf. Burschen unter 20 Jahren 12!! Pf. pro Stunde, Ueberstunden 18 Pf. oder 20 M. pro Monat! Außerdem sollte jeder erhalten: „Der Mann 12 Pfund Brot, Bursche oder Frau 10 Pfund Brot, 1½ Pfund Fleisch, 1 Pfund Schmalz pro Woche, zweimal täglich süßen Kaffee, Mittagbrot, bestehend aus Hülsenfrüchten, abends Suppe, alles gut mit Fett zubereitet." Wie appetitlich das Mittagessen sein mußte, erweist, daß an einem Mittag eine Maus im Essen gefunden wurde! Dieses herrliche Essen gab's nur am Tage, während der Nachtarbeit mußten sich diese Arbeiter von Brot und Schmalz nähren. Zubrot gab's nicht und Geld zum kaufen hatten die armen Teufel auch nicht.

Das Tollste aber ist die Art der Vermittelung dieser Arbeiter an die Fabrik. Den Leuten sind an der Grenze die Legitimationspapiere abgenommen worden. Dafür erhielten sie eine gelbe Legitimationskarte der Deutschen Feldarbeiter Zentralstelle Berlin, Vermittelungsamt Myslowitz. Der Agent sagte den Leuten — vorwiegend waren es Polen —, sie müßten sich als Ruthenen ausgeben, und als griechisch-katholisch, da sie sonst am 1. Januar wieder aus Preußen heraus müßten. Alle Legitimationskarten legitimieren den Inhaber als Ruthenen und als griechisch-katholisch, obgleich darunter Polen, Galizier, Römisch-katholische und Evangelische vorhanden sind. Diesem offenbaren Schwindel setzt aber die Tatsache die Krone auf, daß alle Karten „geprüft und beglaubigt" sind von der Polizeiverwaltung in Myslowitz! Ist es denn schon so weit gekommen, daß die Polizei alles, was agrarisch ist, ohne weiteres beglaubigt. Leider war es nicht möglich, eine solche Karte als Beweismittel zu erhalten, weil sonst dem legitimationslos Herumziehenden sehr arg mitgespielt werden könnte. Jedoch wenn der Polizei, dem Ministerium, dem Reichskanzler oder — dem Staatsanwalt an der Feststellung dieser skandalösen Ungeheuerlichkeit etwas liegt, so beschlagnahme man die Karten derer, die in Misburg noch arbeiten und die Karten derjenigen, von denen hier die Rede ist. Diese Letzteren sind noch nicht außer Landes. Ehe sie ausgewiesen und fortgebracht sind, vergeht noch einige Zeit. Wir wollen etwas entgegenkommen und hier das Wesentlichste aus der Karte Nr. 12 877 — ein Verzeichnis hat wohl auch die Myslowitzer Polizeiverwaltung — abdrucken:

Außenseite.

Gültig für die Dauer der Arbeitszeit.

Eingedruckter Stempel: Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle Berlin.*

Nr. 12 877

Legitimationskarte.

Vor- und Zuname: Thomas Jakob.
Heimatland: Galizien, Ort: Dornfeld
In Arbeit bei: Portland Zementfabrik
Wohnort der Arbeitgeber: Hannover
Kreis Provinz: dto.

Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle
Vermittlungsamt Myslowitz.

Stempel der Polizeiverwaltung Myslowitz.*

Geprüft und beglaubigt
Myslowitz, den 5. November 1906
Die Polizeiverwaltung
(Faksimilestempel) Häuser. (! weil schlecht leserlich)

* Die Stempel sind rund.

2. Seite.

Signalement des Inhabers.

Alter: 1877
Geschlecht: männlich
Religion: griechisch-katholisch
Staatsangehörigkeit: Oesterreich
Nationalität: Ruthenisch
Familienstand: ledig
Statur: mittel
Gesicht: länglich
Augen: grau
Haare: dunkel

Dieser Mann ist auf jeden Fall noch heute in Deutschland. Die Polizei hat geprüft und beglaubigt, daß er Ruthene und griechisch-katholisch ist. Dabei ist Thomas Jakob aber Galizier und evangelisch!! Auch der Inhaber der Karte Nr. 13 002 ist beides nicht, trotzdem dies auch polizeilich beglaubigt ist.

Hätte man von der Polizei wirklich geprüft, dann durften diese Arbeiter jedenfalls nicht von jener Stelle vermittelt werden. Agrarisch ist aber bei uns Trumpf. Geldverdienen das Metier. Daher wohl hat die vertrauensselige Polizei in Myslowitz ganz und gar übersehen, daß die Feldarbeiter-Zentralstelle ausländische Arbeiter nach gewerbliche Unternehmungen verschickt, in denen deutsche Arbeiter niemals zu solch erbarmungswürdigen Bedingungen fronden würden. Vielleicht steht der Reichskanzler hierüber im Reichstage Rede und Antwort und bezeichnet diese Angelegenheit nicht, wie den Fall Schöne—Brockhusen, als preußische Angelegenheit. —

Versammlungen.

Ausschußsitzung des Arbeitersängerbundes Berlins und Umgegend. Der Arbeitergesangverein „Mariendorf" und der Verein „Freiheitsklänge"-Jüterbog wurden in den Bund aufgenommen. — Ein Dankschreiben aus San Francisco gelangte zur Verlesung. — Die Abrechnung vom Sängerfest gab der zweite Kassierer und wurde demselben auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. — Die Angelegenheit Strausberg kontra „Typographia" wurde bei Anwesenheit des Strausberger Vertreters nach lebhafter Debatte, in welcher wiederholt getadelt wurde, daß Anschuldigungen gegen einzelne Vereine so leichtfertig ohne Beweise erhoben werden, und speziell die Beschwerde der Strausberger Genossen gegen „Typographia" als völlig unbegründet anzusehen sei, durch Annahme folgenden Antrages erledigt: „Der Ausschuß erklärt, daß der der „Typographia" gemachte Vorwurf, Boykottbruch begangen zu haben, jeder Begründung entbehrt. Dieser Vorwurf ist nicht aufrecht zu erhalten und demzufolge die „Typographia" von diesem Vorwurf freizusprechen." — Zum Stiftungsfest des Bundes wurde bekannt gegeben, daß dasselbe am 8. Dezember in der Brauerei Friedrichshain, unter Hinzuziehung von zwei bedeutenden Sängerinnen usw., gefeiert wird. Es wird ersucht, für regen Besuch zu agitieren. Die gemeinschaftliche Probe der ausgelosten Vereine für das Lied „Sturm" findet am 2. Dezember, vormittags ½11 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain statt. — Mit Befriedigung nahm der Ausschuß Kenntnis von der Verschmelzung der beiden Vereine „Frohsinn" und „Morgenrot" in Rummelsburg. — Sodann wurde beschlossen, die Generalversammlung am 13. Januar 1907, vormittags, abzuhalten; die Auswahl des Lokals bleibt dem Vorstand überlassen. Anträge zur Generalversammlung sind bis 14 Tage vor dem Stattfinden derselben beim Vorstand einzureichen und sind die Vereine laut Statut berechtigt, auf je 10 Mitglieder einen Vertreter zu entsenden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 27. November.

Anfang 7½ Uhr.

Opernhaus. Rigoletto.
Schauspielhaus. Klein Dorrit.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Westen. Die Fledermaus.
Lortzing. Der Waffenschmied.
Kleines. Ein fideler Gatte.
Lessing. Die Wildente.

Anfang 8 Uhr.

Neues Operntheater. Die Entführung aus dem Serail.
Neues Schauspielhaus. Der Sturm.
Berliner. Sherlock Holmes.
Zentral. 1001 Nacht.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Hochtourist.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Die rote Robe.
Neues. Die Condottieri.
Komische Oper. Carmen.
Residenz. Triplepatte.
Lustspielhaus. Husarenfieber.
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Herr Hauptmann v. Köpenick.
Thalia. Eine lustige Doppelehe.
Luisen. Sherlock Holmes.
Bernhard Rose früher Carl Weiß. Die neue Welt.
Trianon. Der Hausfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kasino. Die beiden Champignol.
Folies Caprice. Serenissimus August XXVI. — Das Modell. — Das Provinzmädel.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Im wissenschaftlichen Theater: Sizilien. Im Hörsaal abends 8 Uhr: Das Leuchtgas.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Im Theatersaal: Abends 8 Uhr: Der Trabant der Erde.

Ferdinand Bonns

Berliner Theater.

Dienstag und folgende Tage:

Sherlock Holmes.

Anfang 8 Uhr. Mittwochnachmittag 3 Uhr: Klassikervorstellung zu ermäßigten Preisen: **Faust.**

Theater des Westens

Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Dienstag, Anfang 7½ Uhr:

Die Fledermaus.

Fritz Werner a. G.
Gutscheinhefte ungültig.
Mittwoch: **Martha.** Anf. 7½ Uhr.

Neues Schauspielhaus

Dienstag, den 27. November:

Der Sturm.

Mittwoch: **Die Hochzeitsfackel.**
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

Die Condottieri.

Morgen und folgende Tage:
Die Condottieri.

Kleines Theater.

Heute abend 8 Uhr zum 125. Male:

Ein idealer Gatte.

Mittwoch: **Die Feinde.**
Donnerstag: Zum 126. Male: **Ein idealer Gatte.**
Freitag: **Die Feinde.**

Komische Oper.

Abends 8 Uhr: **Carmen.**

Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Lakmé.** Donnerstag und Sonntagnachmittag: **Hoffmanns Erzählungen.** Freitag: **Die Bohème.** Montag: **Carmen.**

Lortzing-Theater.

Belleallancestr. 7/8.
Dienstag, 27. November, 7½ Uhr:
Der Waffenschmied.
Abonnements gültig.
Morgen Mittwoch: **Die Fledermaus.**
Sonnabendnachm. 3 Uhr: 1. Kinder-Märchenvorst.: **Peter und Paul reisen ins Schlaraffenland.**

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:

Husarenfieber.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Heute Anf. 7½ Uhr:

Sherlock Holmes.

Mittwoch Gastspiel A. Matkowsky: Othello.
Donnerstag: Sherlock Holmes.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Heute im Theater abends 8 Uhr: **Sizilien.**
Im Hörsaal 8 Uhr: **Das Leuchtgas.**
Im Theater: Invalidenstr. 57/62, 8 Uhr: **Der Trabant der Erde.**

Zoologischer Garten

Großes Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 M., v. 5 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Zentral-Theater.

Abends 8 Uhr:

Tausend und eine Nacht.

Operette in 3 Akten v. Johann Strauß.
Mittwoch: Bettelstudent.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Der Hausfreund.

Sonntagnachm.: Ihr zweiter Mann.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.
Schwank in 3 Akten von Kurt Kraatz und Max Neal.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.
Schauspiel in vier Akten von Eugen Brieux. Deutsch von Anne St. Cère.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.

Zirkus Schumann

Heute Dienstag, 27. d. M., abends präz. 7½ Uhr:

Das anerkannte Sensations-Programm und Mr. Henricksons einzig dastehende

größte Tigergruppe

wilde Dressur

Herr **Bono** m. sein. 12 Araber-Hengsten.

Die 5 Könige der Luft

Les 5 Alex.

Eine Szene im Restaurant Maxim.

Les 5 Piroscoffis

Dir. **Alb. Schumanns** neue und moderne Dressuren.

Um 10 Uhr: **Die große Ausstattungs-Pantomime: Ein Tag in Monte Carlo.**

Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.
Mittwoch, den 28. November 1906:

Der Prinzgemahl.

Lustspiel in 3 Akten von Xanrof und Chamel.
Anfang 8 Uhr.

Brunnen-Theater

Direktion: **Bernhard Rose.**
Gesundbrunnen. Badstraße 58.

Anfang

8 Uhr. 8 Uhr.

Lenore, die Grabesbraut.

Schauspiel in 3 Abteilungen.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Billettvorverkauf von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.

Zirkus Busch.

Dienstag, 27. Dez., ab. 7½ Uhr:
ROM. Gr. Origin.-Ausst.-Pantomime d. Zirkus Busch in 7 Bildern.
Besonders hervorzuheben: Die großen Kampfspiele im Zirkus Caligula. Die Todesfahrt über die gesprengte Brücke. Phant. Allegorie in feenhaften Licht- und Wasserspielen. — Ferner:
Nur noch wenige Tage:
Monsieur Romeos Staunen erregende Automobilexperimente. Ueberfahren mit einem 70 PS. Fiat-Automobil (Gew. 30 Zentner u. 4 Insassen.)

Folies Caprice

Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.

Serenissimus August XXVI und **Das Modell.**

Ab 1. Dezember Wiederauftreten von **Josef Fleischmann.**

Anfang 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Heute abend 8 Uhr u. jeden Abend sowie Mittwoch abend:
SOUVENIR-VORSTELLUNG.

Zum 100. Male:

Im wilden Westen
und: Der große Lacherfolg:
Herr Hauptmann v. Köpenick.
Morgen nachm. 3½ Uhr, kl. Preise:
Die Reise durch's Märchenland.

Wintergarten.

Anf. 8 Uhr.

Heute:

Ruth St. Denis
die berühmte
indische Tänzerin
u. das interressante
Spezialitäten-Programm.

Bros. Permand Excentrics	**The 3 Urma-Sisters** Trapezkünstlerinnen
Angelo's lebende Kunstwk.	**O. K. Sato** Kom. Jongleur.
La Vilma Sandmalerin	**Maria Vinent** von der Königl. Oper in Madrid.
Das Millmann-Trio Drahts.-Akt.	**Li Jem Hai San** Chinesentrup.
Staleys Verwandlungsakt D. mus. Fassbind.	**Clotilde Florido** Span. Tänzerin.
„Im sonnigen Spanien" Engl. Balletscene aus gef. von d. John Tiller-Tr. a. Lond.	**Der Biograph** 1. Wettlaufen. 2. Die Hochzeit im Automobil.

Apollo Theater

Nur noch 4 Tage!
Liane d'Eve. Die Original-Matschiche-Tänzerin.
Die Seldoms. Plastische Darstell. und: **Das große**

November-Programm.

Sonntag, 2. Dez., nachm. 3½ Uhr: **Familien-Vorstellung.** Halbe Preise.

Passage-Theater.

Anfang: Abends 8 Uhr.

Josefine Dora — Mary Irber — Georg Kaiser — Damen-Jiu-Jitsu und 14 erstklassige Nummern.

Sonnabend, 1. Dez.: **Premiere**
Berlin paß' auf!
Zweiaktige Burleske aus der Weltstadt von Leopold Ely. Musik von R. Nelson.
In den Hauptrollen: **Josefine Dora, Georg Kaiser, Martin Bendix, Paulette van Roy.**

Sanssouci, Kottbuser Straße 4a.

Direktion **Wilhelm Reimer.**
Heute Dienstag: **Theater-Abend.** Zum erstenmal:
Die Ahnfrau.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Grillparzer.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:

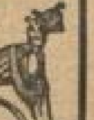
Norddeutsch. Sänger

und **Tanzkränzchen.**
Sonntags Beginn 5, Wochent. 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger

Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.



Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7—9.
Heute abend 8 Uhr:

Der Leiermann und sein Pflegekind.

Mittwoch:

Der Pfarrer von Kirchfeld.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Vollständig neues

PROGRAMM.

Konzertsaal:

Künstlerkonzert u. Volks-Kabarett.

Gustav Behrens Theater,

Berlin O., Frankfurter Allee 85.

Das vollständig neue

November-Programm.

Neu! Der Hauptmann v. Köpenick **Neu!**
großer Lacherfolg.
22 Nummern.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

Weihnachts-Prämien.

Wir sind in der angenehmen Lage, unseren Lesern in diesem Jahre

Ferdinand Freiligraths Werke

mit einer Einleitung von **Schmidt-Weißenfels**

in vorzügl. Ausstattung, gebunden in 3 Leinenbänden, zu dem außerordentlich billigen Preise von

3 Mark

abgeben zu können.

Ferner bieten wir unseren Abonnenten

Grillparzers sämtliche Werke

Neue illustrierte Ausgabe in 2 Bänden.

Herausgegeben und mit Einleitung versehen von **Rudolf von Gottschall.**

Das Werk ist gut ausgestattet, umfaßt über 1000 Seiten und kostet ebenfalls nur

3 Mark

Bei der großen Beliebtheit, deren sich die Werke des Freiheitsdichters **Freiligrath** in der Arbeiterschaft erfreuen, sowie bei dem lebhaften Interesse, das dieselbe speziell den Dramen und Erzählungen **Grillparzers** entgegenbringt, dürfte die Nachfrage nach beiden Werken, namentlich in Anbetracht des billigen Preises eine sehr große sein, so daß es sich empfiehlt, seinen Bedarf baldigst, wenn möglich schon jetzt zu decken.

Zu beziehen in unserer **Hauptexpedition, Lindenstr. 69,** und in allen Parteispeditionen.

Expedition des „Vorwärts", Berlin SW. 68

Lindenstr. 69, Laden.

Metropol-Theater

Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Massary. Wolff. Bender. Giampietro. Josephi.

Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 2. Dez., nachm. 3 Uhr: Ermäßigte Preise

Auf in's Metropol.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage, 8 Uhr:

Triplepatte.

Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Godfernaux.
Vicomte Robert de Houdan: Richard Alexander.
Sonntagnachm. 3 Uhr: **Der Stellvertreter.**

Bernhard Rose-Theater

Große Frankfurterstr. 132.

Die neue Welt.

Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten aus dem amerikanischen Volksleben von H. Kitzling.
Morgen und folgende Tage: **Die neue Welt.**
Billettvorverkauf für 8 Tage vorher an der Theaterkasse u. bei Wertheim.

W. Noacks Theater.

Direktion: **Rob. Dill.** Brunnenstr. 16.

Kean

oder: **Genie und Leidenschaft.**
Schausp. nach d. Französ. v. Randolf.
Anfang **8** Uhr. Entree **30** Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Mittwoch: **Schuldig.** Sozial. Schausp.

Kasino-Theater

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr

Die beiden Champignol.

Sonntag 4 Uhr: **„Gebrüder Zorn"**, **„Singvögelchen"**.

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.

Nur noch wenige Tage!

Das schwarze Udel-Quartett

(Original Black Troubadours).

Die kluge Rosa!

14 vorzügliche Spezialitäten **14**

Anfang **8** Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Fröbels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.

Gastspiel Bernhard Rose-Theater.

Die Tochter der Hölle.

Preislustspiel in 5 Akten.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf:
Krüger & Oberbeck, Kastanienallee 1.
Kond. Handwerker, Schönh. Allee 153.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der glänzende

November-Spielplan.

Neu: Little Fred Neu!
der 16jährige Entfesselungskünstler: **Befreiung aus der Zwangsjacke!**

Arsène Argolla

Hunde- und Tauben-Dresseur.
Dazu: **10 Attraktionen 10**
und: **Eine vom Ballett.** Lustspiel.
Familienkarten, zum halben Kassenpreise gültig, in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Buggenhagen

Moritzplatz.
Jeden Dienstag:

Gustav Gottschalk-Gesellschafts-Konzert. (Solisten-Abend.)

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gegen die Kongoverwaltung.

London, 22. November. (Eig. Ber.)

Seit einigen Jahren wird in England gegen die Kongoverwaltung König Leopolds von Belgien eine Agitation entfaltet, die zwar gleich allen gesellschaftlichen Erscheinungen materiellen Ursprungs ist, aber immer mehr sich mit rechtlichen und moralischen Beweggründen füllt und weite Kreise des englischen Volkes mitreißt. „Der Kongostaat ist zur Hölle geworden und König Leopold der Zweite ist ihr Teufel“, sagte gestern Dr. Clifford, der geistliche Führer der Nonkonformisten, in einer öffentlichen Versammlung.

Vorgestern hatte eine Anzahl englischer Politiker eine Audienz bei Sir Eduard Grey, um ihn zum Einschreiten gegen die Kongoverwaltung zu veranlassen. Die Presse ist einig in der Verurteilung der Zustände im Kongostaate. Auch in Belgien macht sich eine Opposition, an deren Spitze Vandervelde steht, gegen die bisherige Verwaltung geltend, und die Angelegenheit dürfte in wenigen Tagen im belgischen Parlament zur Sprache kommen. Die Uebel, die von unabhängigen Zeugen, von Missionaren und Reisenden bestätigt werden, wären leicht zu beheben, wenn nicht die strategische Lage Belgiens eine so wichtige Rolle im deutsch-englischen Gegensatze spielte und deshalb die Mächte Europas, die eigentlichen Schöpfer des „Kongostaates“, zu keinem einheitlichen Vorgehen gegen König Leopold kommen ließe.

Die Entdecker und die ersten Pioniere des Kongobeckens waren Livingstone und Stanley. Im Jahre 1876 begann sich auch König Leopold für das Kongogebiet zu interessieren, und er berief eine Konferenz von Afrikareisenden der sechs Großmächte und Belgiens ein, um über die Oeffnung des dunklen Kontinents zu beraten. Die Konferenz endigte mit der Gründung einer „Internationalen Vereinigung für die Erforschung und Zivilisierung Afrikas“. Zwei Jahre später bildete sich in Brüssel ein besonderes Komitee dieser Vereinigung unter dem Namen „Comité d'Etudes du Haut Congo“ das sich bald darauf in eine „Internationale Vereinigung des Kongo“ verwandelte. König Leopold und die belgischen Kapitalisten beteiligten sich finanziell an dieser Vereinigung, die in Stanley ihren Hauptagenten fand. Später traten auch Leutnant (nachmaliger Major) von Wißmann und Dr. Wolff in ihren Dienst. Ebenso wirkten im Kongogebiet britische Missionare. Für die Franzosen reiste der unlängst verstorbene Graf de Brazza, eine der edelsten Gestalten der zeitgenössischen Kolonialgeschichte.

Inzwischen war die Ländergier in allen „Kulturstaaten“ Europas erwacht, die bald zur Aufteilung Afrikas schritten. Ende des Jahres 1884 trat die Berliner Konferenz zusammen, die den eigentlichen Kongostaat schuf und ihm in der Generalakte vom 26. Februar 1885 die Konstitution gab. Natürlich erfolgte diese Gründung im Namen des „Christentums“, der „Zivilisation“ und der „Humanität“. Der wichtigste Artikel der Generalakte ist der fünfte. Dieser lautet wie folgt:

„Die Macht, die in jenen Gebieten souveräne Rechte ausübt oder ausüben wird, darf dort keine wirtschaftlichen Monopol- und Vorzugsrechte gewähren. Alle Ausländer ohne Ausnahme sollen den Schutz ihrer persönlichen Freiheit und ihres Eigentums genießen und das Recht haben, beweglichen und unbeweglichen Besitz zu erwerben und ihre Gewerbe auszuüben.“

Zwei Monate später wurde König Leopold Souverän des Kongostaates und verlangte vom belgischen Parlament die Zustimmung zu diesem Vorgehen. Ende April 1885 gab das belgische Parlament die gewünschte Zustimmung. Auch die Signatarmächte der Berliner Generalakte erkannten ihn als Herrscher des Kongostaates an.

Das Königreich Belgien als solches hat mit dem Kongostaat nichts zu tun; das belgische Parlament steht staatsrechtlich in keiner Beziehung zum Kongostaat. Zwischen beiden Ländern besteht nur eine Personalunion. Beide haben das „Glück“, denselben König zu haben. Die Verantwortlichkeit für die Verwaltung oder Mißverwaltung des Kongostaates trifft in erster Linie den König Leopold und in zweiter Linie die Signatarmächte der Berliner Generalakte.

Der neue „Kulturträger“ Zentralafrikas verwandelte sich über Nacht in einen Autokraten schlimmster Art. Er erklärte sich für die Quelle aller Macht; seine Befehle wurden zu Gesetzen; die Beamten wurden seine Diener; die wirtschaftlichen Kräfte und die Produkte des Landes gehörten ihm, und er konfiszierte den noch unbebauten Grund und Boden und machte ihn zu einer Krondomäne! Dieser Boden war Gemeineigentum der Stämme, die ihn als Wiesen- und Jagdgründe benutzten. Der Kongostaat mit einer Bodenfläche von 2 252 800 Geviertkilometern und ungefähr 20 Millionen Schwarzen wurde zum Handelsmonopol König Leopolds. Den Ausländern ward die Existenz unmöglich gemacht, und die Schwarzen wurden vollständig in den Bereicherungsprozeß des Königs gepreßt. — Kautschuk ist der Hauptartikel der Kongoausfuhr. Unter dem Vorwande, daß die Kulturaufgaben des Staates große Geldsummen beanspruchen, wurden den Eingeborenen Steuern auferlegt, die sie durch das Sammeln von Kautschuk entrichten müssen. Der Betrag des zu sammelnden Kautschuks ist sehr hoch und kann nur durch Anwendung der grausamsten Strafen erschwungen werden. Die Mitglieder der auf dem niedrigsten Niveau stehenden Stämme — manche sind noch Kannibalen! — wurden als Polizisten angestellt. — Die Verantwortlichkeit für die Steuerabgaben ist kollektiv. Bringt ein Stamm oder ein Ort die ihm auferlegte Kautschuksteuer nicht zusammen, so wird er mit Feuer und Schwert vernichtet. Hinzu kommt noch, daß die belgischen Beamten schlecht bezahlt sind und auf eine Pension nicht rechnen können. Sie trachten daher, ihre Dienstzeit dazu zu benutzen, sich einigermaßen zu versorgen. Und dies können sie nur erreichen, wenn sie auf eigene Rechnung die Eingeborenen bedrücken. Zum Unglück für die Schwarzen ist der Kautschuk zu einem der begehrenswertesten Handelsartikel geworden. Der Druck, den die Verwaltung und die Beamten auf sie ausüben, wird deshalb immer härter und blutiger und verwandelt den Kongostaat in ein weites Schlachtfeld. Um die Eingeborenen zur „Arbeit“ zu „ermutigen“, werden ihnen die Frauen und Kinder als Geiseln genommen. Wenn dies sich als erfolglos erweist, werden diese vor den Augen ihrer Männer und Väter getötet!

In den letzten sieben Jahren wurde aus den Eingeborenen Rohkautschuk für 13 715 664 Pfund Sterling (über 274 Millionen Mark) herausgepreßt! Sowohl englische wie belgische Schriftsteller geben herzbrechende Schilderungen über die Vorgänge in König Leopolds Krondomäne, und die Gegenschriften, die zum Ruhme des Kautschukregimes bis jetzt erschienen sind, haben keine Tatsache vorgebracht, die jene Anklagen erschüttern könnte.

Die Signatarmächte, die im Namen des allmächtigen Gottes den Kongostaat schufen, schweigen und weihen 20 Millionen hülf- und harmloser Menschen, denen sie die „Zivilisation“ bringen wollten, einem grausamen Untergang. Außer den christlichen Missionaren und den belgischen Sozialisten sind nur die liberalen Schichten des englischen Volkes im Interesse der Humanität bemüht, das Los der Kongoneger zu erleichtern. Im Jahre 1904 wandte sich Lord Lansdowne an die Mächte und ermahnte sie an ihre Pflicht; aber nur die Vereinigten Staaten von Amerika sowie Italien und die Türkei antworteten im günstigen Sinne. Schuld an der europäischen Ohnmacht ist — von rein politischem Standpunkte gesprochen — der deutsch-englische Konflikt. Deutschland ist vorläufig nicht imstande, das Mißfallen der Herrscher Belgiens auf sich zu ziehen, da Belgien in einem deutsch-englisch-französischen Kriege eine wichtige Rolle zu spielen bestimmt wäre. England hat ja dieselbe strategische Lage in Erwägung zu ziehen, aber in England rechnet man nicht mit den Herrschern Belgiens, sondern mit dem belgischen Volke, von dem man glaubt, daß es die Interessen der Menschlichkeit höher stellt, als die Bereicherung seines Königs. Kein englischer Politiker denkt an eine Besetzung des Kongostaates. Kein Engländer will den Belgiern ihre Erbschaft nehmen, wohl aber wird eine Reform verlangt. Der Artikel V, der jedes Monopol untersagt, soll beachtet, und der Geist der Generalakte soll aufrecht erhalten werden: Handelsfreiheit für das Ausland und leidliche Behandlung für die Kongolesen!

Schon am 9. November beim Guildhall-Bankett erklärte Lord Ripon, daß England schließlich die Geduld mit den Kongozuständen verlieren werde. Und Sir Edward Grey antwortete vorgestern der Kongoreform-Deputation: „... Unser Land wird aufgeregt über den Kontrast zwischen den in der Vergangenheit gefaßten Vorsätzen und dem gegenwärtigen Zustande der Dinge. Die Mächte erkannten an, daß sie den Kongostaat schufen, um im Herzen Afrikas eine Stätte für menschliche und zivilisierende Einflüsse zu gründen, wo allen Handelsvölkern gleiche Gelegenheit geboten werden soll. Wäre der Kongostaat diesem Programme treu geblieben, so hätte er für die materielle und moralische Entwickelung des Landes gesorgt, mäßige Steuern zur Deckung der Verwaltungskosten erhoben und dem internationalen Handel und der Entfaltung der Naturschätze des Landes freie Bahn geschaffen. Statt dessen sehen wir ein Bild, wie es der Bericht der Untersuchungskommission bietet. Ich will über diesen Bericht nicht lange sprechen. Es genügt, hinzuzufügen, daß er geeignet ist, alle diejenigen zu erschüttern, die bis jetzt geglaubt haben, daß die Anklagen gegen die Kongoverwaltung auf Böswilligkeit, Neid und Eifersucht zurückzuführen seien. ... Würde es sich nur um britische Interessen und britische Bürger handeln, so wäre es leicht für uns, isoliert vorzugehen. Wo unsere Interessen in Betracht kommen, warten wir auf keinen fremden Beistand. Aber unsere Interessen im Kongo sind nicht die Hauptsache. Wir wollen nicht nur die Interessen der Briten verbessern, sondern die der Eingeborenen und des ganzen Landes. Um aber einen Umschwung der Dinge im Kongostaat herbeizuführen, genügt unsere isolierte Aktion nicht. ... Vor allem kommt Belgien selbst in Betracht, dann Frankreich, das ein Vorrecht auf den Kongostaat hat. Wir werden nichts tun, was die Rechte dieser Länder verletzen könnte. Wenn die konstitutionelle Regierung Belgiens, die dem belgischen Parlamente verantwortlich ist, die Angelegenheit in die Hand nehmen will, so wird sie nicht nur eine Liste von Reformen aufstellen, sondern einen Umschwung im Kongosystem herbeiführen. Belgien hat das beste Recht, sich dieser Arbeit zu unterziehen, worin es in uns die aufrichtigsten Freunde finden wird. Politische Konflikte werden nicht aus solchen Reformversuchen entstehen, sondern aus dem Bemühen, das jetzige System aufrecht zu erhalten! ... Welches auch die Ansicht anderer Mächte sein wird, für uns wird es unmöglich sein, diesen Zustand der Dinge auf die Dauer anzuerkennen, ohne unsere Vertragsrechte und die Vertragspflichten des Kongostaates genauer zu untersuchen. Sollte Belgien diese Frage nicht lösen, so würde ich es vorziehen, uns mit anderen Regierungen zu vereinigen; denn ich kann unmöglich glauben, daß sie angesichts der peinvollen Zustände ungerührt geblieben sind.“

Bei der gegenwärtigen diplomatischen Lage Englands wäre es seiner Regierung nicht schwer, mindestens vier der Signatarmächte für eine gründliche Kongoreform zu gewinnen. Aber wie wird die Haltung Deutschlands sein?? Vielleicht bekommen wir eine Antwort bei der Etatsdebatte.

Konferenz der in den Reinigungsinstituten beschäftigten Arbeiter.

Am Sonntag und Montag wurde im Berliner Gewerkschaftshaus eine allgemeine Konferenz der in den Reinigungsinstituten Deutschlands beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen abgehalten, soweit dieselben dem Handels- und Transportarbeiterverband angehören. Die Konferenz ist auf Beschluß des letzten Verbandstages einberufen worden, um einmal recht eingehend die speziellen Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Berufsgruppe zu erörtern, und gleichzeitig auch über geeignete Mittel und Wege zur Abstellung der vielen Berufsmißstände, sowie zur besseren Förderung der Agitation und Organisation zu beraten. Anwesend waren Delegierte aus den Orten resp. Distrikten Berlin, Bremen, Breslau, Dresden, Elberfeld, Hamburg, Hannover, Kiel, Köln, Leipzig, Magdeburg, Nürnberg und Saarbrücken, sowie mehrere Vertreter des Hauptvorstandes. Den Vorsitz führte Alboldt-Berlin.

Das Referat über „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Fensterputz- und Reinigungsgewerbe“ hielt Lambrecht-Berlin. Redner wies darauf hin, daß die Einrichtung der Reinigungsinstitute erst eine Folge der gegenwärtigen modernen Entwickelung im großstädtischen Handels- und Verkehrswesen ist. Anfangs nur vereinzelt eingeführt, schnellte die Zahl der Reinigungsinstitute doch recht bald erheblich in die Höhe und zeitigte dann auch rasch eine stark ausgeprägte Schmutzkonkurrenz unter dem Unternehmertum. Infolgedessen machte sich auch bald allgemein eine empfindliche Lohndrückerei bemerkbar. Auf Veranlassung des Verbandes ist kürzlich eine Enquete veranstaltet worden, die einen beachtenswerten Aufschluß über die gegenwärtigen Verhältnisse der Arbeiter dieses Gewerbes gibt. Die Enquete erstreckt sich auf 204 Betriebe der verschiedensten Großstädte Deutschlands, in denen insgesamt 1831 Arbeiter beschäftigt waren, darunter 72 weibliche Arbeitskräfte. In Kost und Logis beim Arbeitgeber stehen nur verhältnismäßig wenige jugendliche Arbeiter, auch Kündigungsfristen werden für die Mehrzahl der Beschäftigten ausgeschlossen. Nur teilweise gilt eine Kündigungsfrist von 1—14 Tagen. Die Arbeitszeit ist meistens noch eine zwölfstündige, auch für die jugendlichen Arbeiter. Es gibt aber auch eine ganze Reihe von Instituten, wo noch eine 14—16stündige Arbeitszeit herrscht. Unter 10 Stunden lassen nur wenige Unternehmer arbeiten. Die Pausen sind äußerst unregelmäßig; Frühstücks- und Vesperpausen fehlen teilweise ganz. Der Lohn ist ein sehr verschiedenartiger. Er schwankt zwischen 8,50 Mk. (Elbing) bis 28 Mk. pro Woche. Letztgenannter Lohn wird aber nur in Einzelfällen in Hamburg und Leipzig gezahlt. In Berlin beträgt der Lohn 15—24 Mk. Die größeren Institute in Berlin zahlen jedoch nur Löhne bis zu 21,50 pro Woche. Nur in wenigen Städten, wie in Hamburg, Bremen und Leipzig ist es zu einheitlichen Tarifabschlüssen zwischen den Unternehmern und der Organisation gekommen. Dort sind denn auch halbwegs konstante Lohnverhältnisse geschaffen worden. Sonntagsarbeit ist noch vielfach üblich. Besonders handelt es sich um die Reinigung von Glasdächern, Fahrstühlen, Postschalterräumen, Fenstern und Räumen von Fabriken, Kontoren, Restaurants und auch Krankenhäusern. Ueber schlechte Behandlung und rigoroses Strafgeldersystem wurde ebenfalls lebhafte Beschwerde geführt, besonders in den Orten, wo die Organisation nur schwach ist, wozu auch Berlin zu zählen ist. Redner schloß mit dem Appell, alles zu tun, um einen besseren Ausbau der Organisation zu erzielen. Dies sei um so erforderlicher, als die Arbeiter sonst von niemand, auch von der Regierung nicht, am allerwenigsten aber von den Arbeitgebern, eine Wahrung und Förderung ihrer Interessen zu erwarten haben.

In der sehr ausgiebigen und lebhaften Debatte wurden alle Ausführungen des Referenten über die tieftraurige und teilweise direkt menschenunwürdige Lage der Fensterputzer und Reinigungsarbeiter durchaus bestätigt und durch verschiedene drastische Einzelschilderungen ergänzt. Einige Redner wandten sich auch entschieden gegen das Tragen der nur zu häufig sehr unsauberen Reklamebluse und Mützen; ebenfalls wurde mehrfach die Schädlichkeit des übermäßigen Alkoholgenusses hervorgehoben, dem leider viele Berufskollegen ergeben seien.

Es wurde hierzu folgende Resolution angenommen:

In Erwägung, daß die heutige Dauer der Arbeitszeit im Fensterreinigungsgewerbe eine gesundheitsschädigende ist und besonders die Unfallhäufigkeit begünstigt, daß ferner die gegenwärtig üblichen Arbeitsbedingungen einer gründlichen Remedur bedürfen, fordert die Konferenz:

1. Die allmähliche Einführung der täglichen achtstündigen Arbeitszeit.
2. Die gesetzliche Einführung einer Arbeitspause in der Mindestgesamtdauer von zwei Stunden.
3. Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit. Abschaffung jeglicher Akkordarbeit.
4. Gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse jugendlicher Berufskollegen, Regelung des Lehrlingswesens.
5. Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber.
6. Beseitigung des Strafgelderunwesens, der Kautionen, der Bruchschadenkasse und der Bekleidungsgelder.
7. Abschaffung des Vorschußunwesens.
8. Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung am Freitag.
9. Einführung einer achtungswürdigen Behandlung seitens der Arbeitgeber und deren Stellvertreter.

Zur Durchführung dieser Forderungen erwartet die Konferenz von allen Berufskollegen, daß sie sich ohne jede Ausnahme der Organisation, d. h. dem Zentralverbande der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands anschließen, weil nur dann eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen ist.

Sodann referierte Thiele-Leipzig über die Unfallgefahr im Fensterreinigungsgewerbe. Nach dem Ergebnis der erwähnten Enquete sind von den 204 befragten Betrieben nur 75 ermittelt worden, wo Sicherheitsgürtel oder Schutzhaken zum Schutz der Arbeiter vorhanden sind. In allen übrigen Instituten dieser Art fehlen solche. Die vorhandenen Sicherheitsgeräte befinden sich teilweise aber noch in einem derartigen Zustande, daß bei ihrer Benutzung die Unfallgefahr eher erhöht, denn vermindert wird. Vielfach mangelt es auch an Gummi- oder Filzunterlagen unter die Leitern, wo diese auf die glatten Parkettfußböden oder Fliesenplatten aufgesetzt werden müssen. Die Leitern selbst sind ebenfalls häufig nur höchst mangelhaft, so daß durch Bruch derselben nicht selten Abstürze erfolgen. Von den meisten Geschäften wird auch die Stellung eines Mannes zum Festhalten der Etagenleitern verweigert. Man überläßt die Arbeiter auf den hohen, schwankenden Leitern in der Regel sich völlig selbst, ganz unbekümmert darum, ob durch Rutschen oder Anstoßen der Leitern Unfälle herbeigeführt werden. Es existieren nun zwar hier und da Polizeivorschriften bezüglich der Reinigungsarbeiten auf Leitern, jedoch ist die Handhabung solcher Vorschriften durch die behördlichen Organe nur sehr lax. Es ist sogar vorgekommen, daß nicht die Arbeitgeber, sondern die Arbeiter mit polizeilichen Strafmandaten bedacht wurden, obwohl die Arbeiter doch an dem Mangel an Schutzvorrichtungen nicht die geringste Schuld trifft. Als die Leipziger Fensterputzer sich unlängst an die dortige Gewerbeinspektion wandten, damit diese ein entsprechendes Vorgehen in der Unfallverhütungsfrage veranlasse, erklärte der betreffende Inspektionsbeamte bedauernd, daß er in dieser Hinsicht leider nichts tun könne; die Fensterreiniger seien auf diesem Gebiete nun einmal vogelfrei. Schon der Umstand, daß noch rund 10 Proz. der im Fensterreinigungsgewerbe beschäftigten Personen überhaupt nicht als unfallversicherungspflichtig betrachtet werden, zeige zur Genüge, wieviel hier noch im argen liege. Entsprechend der großen Mangelhaftigkeit der Unfallverhütungsmaßnahmen ist denn auch die Zahl der schweren bezw. tödlichen Unfälle eine sehr hohe. Diesen unhaltbaren Zuständen endlich ein Ende zu bereiten, müsse sich die Organisation auf das energischste angelegen sein lassen. — In der Diskussion wurden auch hier eine Menge Einzelheiten vorgebracht, die beweisen, daß es den Arbeitgebern immer nur in erster Linie auf ihren Profit, nicht aber auf die Erhaltung von Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter ankommt, und daß auch die behördlichen Maßnahmen auf diesem Gebiete keineswegs genügen.

Hierzu gelangte nachstehende Resolution zur Annahme:

In Erwägung, daß die Zahl der Unfälle in der Fensterreinigungsbranche in abschreckender Weise zunimmt, und daß auch bei Ausführung von Reinigungsarbeiten mit Säuren eine große Gefahr für Leben und Gesundheit besteht, fordert die Konferenz:

1. Einführung von geeigneten Unfallverhütungsvorschriften sowie Polizeiverordnungen und der Versicherungspflicht für alle Reinigungsinstitute und an allen Orten, wo diese noch nicht bestehen. Ferner den Erlaß von Sicherheits- und Schutzvorschriften.

Vor Erlaß dieser Vorschriften sind fachkundige Arbeiter zur Beratung heranzuziehen.

2. Strikte Innehaltung der bestehenden resp. der zu schaffenden Unfallverhütungsvorschriften seitens der Unternehmer.
3. Einführung geeigneter Putzmittel, um das Verbrennen der Gliedmaßen und der Kleider durch Säuren zu verhüten.

Die Konferenz erwartet von allen Berufskollegen, daß sie zur Durchführung dieser Forderungen alle Mittel anwenden, die geeignet erscheinen, eine Verbesserung der überaus traurigen Zustände gerade auf diesem Gebiete herbeizuführen.

Damit war die Tagesordnung der Konferenz erledigt.

Aus Industrie und Handel.

„Gute Hoffnungshütte". Die mit nominell 24 Millionen Aktienkapital arbeitende Gesellschaft verteilt seit 1901/02 auf die aus Stamm- und Prioritätsaktien Litera A und Litera B gebildeten einheitlichen Aktien 20 Proz. Dividende. Im Jahre 1903/04 waren auf den Werken der „Gute Hoffnungshütte" 17 315 Arbeiter und Beamte beschäftigt, die Summe der Löhne und Gehälter stellte sich auf 22 933 000 M. Pro Kopf der Beschäftigten ergeben sich folgende Jahreseinkommen:

1899/00	1900/01	1901/02	1902/03	1903/04
M.	M.	M.	M.	M.
1354	1364	1269	1283	1324

Für das letzte Jahr werden wiederum 20 Proz. Dividende verteilt. Diese wäre höher bemessen worden, wenn nicht kürzlich für Neubauten und Ankäufe 20 Millionen Mark ausgeworfen worden wären.

Der Fiskus befruchtet die Geschäfte der Terraingesellschaften. In der Generalversammlung der Neu-Grunewald Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung wurde mitgeteilt, daß von dem königlichen Forstfiskus ein Grundstück mit einem Flächeninhalt von 138 620 Quadratmeter zu einem Preise von 2 287 230 M. und ferner im Interesse des Anschlusses des projektierten Straßennetzes an die Kolonie Grunewald ein Grundstück von 4663 Quadratmeter im Preise von 235 000 M. erworben sei. Wohl wegen des feinen Geschäftes setzte die Generalversammlung für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Jahresvergütung von 5000 M. und für Dr. jur. Max Oechelhäuser eine Extravergütung von 1000 M. fest.

Rheinisch-westfälisches Ziegeleisyndikat. Die bessere Baukonjunktur kommt in den Versandziffern des Syndikats in Erscheinung. Die Verbandswerke erzielten in den ersten zehn Monaten 1906 einen Absatz von 416,6 Millionen Stück, gegen 341,3 Millionen Stück der gleichen Zeit des Vorjahres. Den Hauptabsatz hatten die Ziegeleivereine in den Hauptindustriezentren, während die Vereine der Peripherie weniger Absatz hatten; während beispielsweise Dortmund und Essen 60 bezw. 62 Proz. der Beteiligung verkauften, belief sich der Absatz des Vereins Unna nur auf die Hälfte und Recklinghausen auf 37 Proz. In dem letztgenannten Gebiete sind mehrere neue Zechen mit großen Ziegeleien entstanden, die jährlich 5 Millionen Steine und mehr produzieren und die notwendigen Steine für ihre Kolonien und Tagesanlagen selbst herstellen. Dem Syndikat gehören pro 1906 195 Verkaufsvereine in Westfalen-Rheinland an.

Deutsch-russischer Petroleumtrust. Der „D. O. C." wird aus Petersburg geschrieben: Ungeachtet der bereits wiederholten Ableugnung der Nachricht, laut welcher sich kürzlich ein mächtiger Trust gebildet haben soll, welcher die Verdrängung der Standard-Ölgesellschaft vom europäischen Petroleummarkte anstrebt, darf die bestrittene Nachricht trotzdem als völlig begründet und nunmehr als gewährleistet betrachtet werden. Eine Tatsache ist es, daß vor kurzem ein Vertreter des bekannten Petroleummagnaten Rockefeller sich in Baku vergeblich bemüht hat, dort Petroleumkonzessionen zu erwerben, und daß ein deutsch-russisches Rothschildsyndikat zurzeit die andauernd im Zunehmen begriffene Erzeugung von Erdöl im Bakudistrikte an sich zu ziehen bestrebt ist.

Behufs Monopolisierung des Petroleumhandels in Europa und zum Zwecke der Ausschließung des amerikanischen Oeles von den europäischen Märkten haben sich die Deutsche Bank und das Bankhaus Mendelssohn u. Cie. mit einem kapitalkräftigen Syndikat zu einem Trust vereinigt, an welchem die bekannte Nobelgesellschaft sowie die französischen und englischen Mitglieder des Bankhauses Rothschild beteiligt sind.

Die Maßnahmen, welche die Erwerbung der verschiedenen Oelkonzessionen in Baku aus den Händen ihrer jetzigen englischen Inhaber bezwecken, sind bereits eingeleitet worden und es steht zu erwarten, daß die diesbezüglichen Verhandlungen demnächst zu einem günstigen Ergebnis führen werden, da die Konzessionsinhaber infolge der andauernden Ausstände und der an die Regierung zu entrichtenden Abgaben bisher einen finanziellen Erfolg nicht aufzuweisen hatten.

Dividenden. Die Löwenbrauerei A.-G. Berlin will laut Vorschlag des Aufsichtsrats für das letzte Jahr 9 Proz. ausschütten, im Vorjahre 7 Proz. — Die Aktionäre der Hofbierbrauerei Schöfferhof und Frankfurter Bürgerbrauerei A.-G. sollen 8 Prozent erhalten. Die Gesellschaft schätzt den ihr durch den Bierkrieg entgangenen Gewinn auf 200 000 M. — Nur 6 Proz. wie im Vorjahre bringt die Brauerei Germania Berlin heraus. — Den Papierinhabern der Aktienbrauerei Merzig sollen für das letzte Jahr 12 Proz. zufließen. — Die Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München bringt den Aktionären für das letzte Jahr 20 Proz.

Seifentrust aufgelöst. Der kürzlich begründete britische Seifentrust macht bekannt, daß er sich wieder aufgelöst hat, weil ihm vom Handel und vom Publikum ein solches Mißtrauen entgegengebracht wurde, daß das Geschäft darunter litt.

Deutsche Roheisenerzeugung. Nach den Ermittelungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Erzeugung von Roheisen im Oktober 1906 insgesamt 1 073 874 Tonnen, gegen 1 036 753 Tonnen im Vormonat und gegen 1 006 943 Tonnen im Monat Oktober 1905.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen in der Gemeindeverwaltung.

Die badische Regierung hat nun die Novelle zur Gemeindeordnung veröffentlicht, welche den örtlichen Verwaltungen der über 2000 Einwohner zählenden Gemeinden das Recht verleiht, Frauen Sitz und Stimme in einzelnen Kommissionen des kommunalen Dienstes zu gewähren. Die Zahl der weiblichen Mitglieder darf ein Viertel des Kollegiums nicht überschreiten; die Verwendung der Frauen soll nur in Sachen des Gesundheits- und Armenwesens, des Unterrichts und der Erziehung erfolgen.

Kellnerinnenbewegung. Geradezu traurige Zustände herrschen in Ostpreußen unter den Kellnerinnen, die in zahlreichen Restaurants der kleinen Städte oft ein elendes Dasein führen, nachdem sie zuvor von gewissenlosen Stellenvermittlern ausgebeutet worden sind. In den meisten Stellen erhalten sie neben schlechter unzureichender Kost und menschenunwürdigen Schlafstellen = 0. Für einen Liter Bier müssen sie dem Wirt 42—46 Pf. bezahlen und nun sehen, wie sie ihren Verdienst dabei herausschlagen. Schon oft hörte man von einzelnen Opfern dieses Berufs: wir müßten uns zusammentun, um bessere Zustände zu erlangen.

Und in Insterburg in Ostpreußen ist es nun zu einem praktischen Versuch zur Beseitigung des Kellnerinnen-Elends gekommen.

Zum 16. November war eine öffentliche Versammlung der Gastwirtsgehülfen vom Verband deutscher Gastwirtsgehülfen einberufen, zu der einige Kellnerinnen erschienen waren und Interesse an der Bewegung bekundeten. Und nun machte sich der aus Berlin erschienene Verbandsbeamte daran, die Kellnerinnen der Restaurants zu organisieren. Damit hatte er einen unerwartet guten Erfolg. Jedes neugewonnene Mitglied stand ihm als Agitatorin zur Seite. In wenigen Tagen traten achtzehn Kellnerinnen der Organisation bei. Es wurde ein provisorischer Vorstand gewählt und soll demnächst eine Zahlstelle gegründet werden. Hoffentlich werden die Kellnerinnen ihre männlichen Kollegen beschämen und unermüdlich weiter agitieren.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Teltow. Donnerstag, 29. November, bei Pickenhagen. Vorträge. Frau Thiel und Frau Bäumler. — Sonntag, 2. Dezember. Gemütliches Beisammensein.

Vorsigwalde-Tegel. Mittwoch, den 28. November, abends 8½ Uhr, bei Schmidt in Tegel, Schlieperstr. 64: Vortrag von Herrn Max Groger: „Die Religion im Lichte der proletarischen Weltanschauung".

Verein für die Interessen der Hausangestellten. Vereinsversammlung bei M. Mürich, Steglitzerstr. 35, Donnerstag, 29. November, abends 8½ Uhr: Vortrag.

Der Lese- und Diskutierklub „Südost" hält heute abend 8½ Uhr bei Graumann, Naunynstr. 27, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen ab, in welcher Frau Dr. Sußmann einen Vortrag halten wird über das Thema: „Sie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen?"

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 8. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Reichstagsanfänge. — Der Ursprung der Moral. Von Karl Kautsky. (Schluß.) — Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterschutzgesetzgebung in England. Von B. Weingart (London). — Die Weiterentwickelung der Arbeiterversicherung. Von Friedrich Kleeis (Wurzen). — Die französische Presse in den ersten Jahren der großen Revolution. Von Heinrich Cunow. (Fortsetzung.)

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 24 des 16. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: An die Parteigenossinnen Preußens. — Das gleiche Recht der Rechtlosigkeit. Von Gustav Hoch. — Zur Lage der weiblichen Angestellten im Gastwirtsgewerbe. Von Hugo Poetzsch. — Gegen Heimarbeiterschutz. Von D. — Das Familienleben des Arbeiters. Von Margarete Bratsch. — Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland. Von Klara Zetkin. (Fortsetzung.) — Aus der Bewegung: Von den Agitation. — Von den Organisationen. — Der Provinzialparteitag für das westliche Westfalen. — Jahresbericht der Kreisvertrauensperson des sechsten sächsischen Wahlkreises Dresden-Land. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Pl. — Notizenteil: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Feuilleton: Jener Tag. Von Ida Negri. (Gedicht.) — Der Kohlenwagen. Von Ludwig Thoma. — Ein gutes Gewissen. Von Alexander L. Kielland. (Schluß.)

Für unsere Kinder: Spruch. Von R. Reinick. — Sturm. Von E. H. — Die Squaw. Von A. Fendrich. (Schluß.) — Der Igel. Von Gertrud Ingeborg Klett. (Gedicht.) — Der Instinkt der Tiere. Von Brand. — Billige Kinder. (Gedicht.)

Die „Gleichheit" erscheint aller 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom **„Wahren Jacob"** ist soeben die 24. Nummer des 23. Jahrganges erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir hervor die beiden farbigen Bilder „Die russischen Generale in der Mandschurei und in der Heimat" und „Die sieben Schwaben auf dem Wahlfeldzug", sowie die weiteren Illustrationen „Pods Ende", „Wieder daheim!", „Die gute Wirkung", „Zentrumsparade", „An der Wasserkante", „Vor der Revolution", „Ein Novembertag in der Großstadt", „Der fleißige Spitzel", „Napoleon Clemenceau und seine Garde" und „Eine internationale Hundsötterei". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Nationalliberale Opposition", „Der bürgerliche Gesetzgeber", „Der Kinderkrieg", „Russische Helden", „Germania an ihren Sohn Michel", „Graf Pückler", „Der moderne Prometheus" von Robert Seidel, „Bergmeister Engel", „Neues Soldatenlied" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons „Zweierlei" von Paul Enderling, „Die Höllenmaschine" von Max Hoffmann und „Am jüngsten Tage".

Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1907. Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Im Auftrage des Verbandsvorstandes herausgegeben von Theodor Leipart. Achter Jahrgang, Stuttgart. Selbstverlag des Verbandes. Preis für Verbandsmitglieder 50 Pf., durch den Buchhandel 1 M. pro Exemplar.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.

Todes-Anzeige.

Am 23. November verstarb das Mitglied, Kollege

Otto Hannemann.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 27. d. M., nachm. 1½ Uhr, vom Trauerhause Frankfurter Allee 52 aus nach dem städtischen Zentral-Friedhofe in Friedrichsfelde statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

140/3 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Todes-Anzeige.

Besonderer Umstände halber findet die Beerdigung des Bureaubeamten

Max Fahrenwald

aus Hamburg nicht in Friedrichsfelde, sondern am Dienstag, den 27. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem **Freireligiösen Friedhof, Pappel-Allee,** statt.

Wwe. Agnes Fahrenwald.

Danksagung.

Sage hierdurch allen Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma Kehling u. Thomas, sowie seinen Kollegen, dem Radfahrerverein „Vorwärts", dem Radfahrer-Bund „Freiheit", dem Wahlverein für den sechsten Wahlkreis und dem Metallarbeiter-Verband für die letzte Ehre und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Mannes meinen innigsten Dank. 33b

Die tieftrauernde Witwe
Jenny Handke.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Reiche sowie den Herren Kolonisten d. Laubenkolonie Friedrichsruh und den Kranzspendern sage ich für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes und Vaters, des Arbeiters

Ernst Handke

meinen herzlichen Dank.

Wwe. Pauline Handke
29b nebst Sohn.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 165
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Epirus-Zigaretten
sind in Geschmack und Qualität unerreicht.
Das Stück 2 bis 10 Pfg.
Nur Handarbeit. Ueberall käuflich.

Schultheiss' Brauerei Actien-Gesellschaft.

Die Auszahlung der Dividende von 18% für das Geschäftsjahr 1905/06 erfolgt **vom 1. Dezember d. J.** ab in den gewöhnlichen Geschäftsstunden an der Couponskasse der **Deutschen Bank** in Berlin
mit Mk. 54.— gegen Auslieferung des Dividendenscheines der Aktien über Mk. 300.—.
mit Mk. 180.— gegen Auslieferung des Dividendenscheines der Aktien über Mk. 1000.—.
mit Mk. 216.— gegen Auslieferung des Dividendenscheines der Aktien über Mk. 1200.—.

Die Direktion.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
Berlin-Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.
Caramel-Malzbier
Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu.
Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährende Mütter etc.
Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.
Preis pro Kiste **4/10 Flasche 10 Pfennig.** Ueberall käuflich.
433L*

Der **Dänische Kapitän-Kautabak** ist vom Patentamt gesetzlich geschützt, es ist daher strafbar, andere Tabake unter dem Namen **„Kapitän-Kautabak"** zu verabfolgen.
Man achte genau auf den in jedem Stück befindlichen Zettel mit der Aufschrift: 29392*
Dänischer Kapitän-Kautabak (ges. gesch. 75658).
Gen.-Vertr.: C. Rücker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt 7, 3861.
Zu haben in den meisten Zigarrengeschäften.

Zu Weihnachten
offeriere ich billig: Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Gardinen, Bett- u. Leibwäsche, gerahmte Bilder, Wand- und Taschenuhren. Auf Wunsch Teilzahlung gestattet. Auch schriftliche Bestellungen werden berücksichtigt. Vorzeiger dieses Inserats erhält 10 Proz. Rabatt.
E. Meisels, Warschauerstr. 3, Ecke Frankf. Allee.

Leihhaus
Berlin, Anklamerstr. 2
Charlottenburg, Friedrich-Karlplatz 12.
Hohe Beleihung von Gold-, Silbersachen u. Kleidungsstücken 2c. *

MARKE
SALAMANDER
Das hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuhindustrie
Einheitspreis
Für Damen und Herren Mk. 12.50
In Luxusausführung . . Mk. 16.50
SALAMANDER
Schuhgesellschaft m. b. H.
Berlin W. Friedrichstr. 182
C. Königstrasse 47
SW. Friedrichstr. 221.
Fordern Sie neues Musterbuch.
DIA

Bade-Anstalt (Wannen-, Dampf- und elektr. Lichtbäder) gut und alt eingeführt **äußerst günstig** möglichst sofort zu **verkaufen.** Anfragen unter F. G. 125, Postamt 33 erbeten. Vermittler nicht erwünscht.

Stempel-Fabrik von [8252*
Robert Hecht,
Berlin S., Oranienstr. 142,
liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt" zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor 16—23.
Mittwoch, 28. d. M., abends ½9 Uhr
Volks-Kabarett-Abend
mit hervorragendem Riesenprogramm.
Reserviert 50 Pf. Entree 30 Pf.
215* **Die Direktion.**

Pfeifen u. Zigarren-Spitzen
jeder Art in groß. Auswahl, Reparatur u. Zubehörteile, Zigarren, Zigaretten und Tabake.
30272* Herm. Schleich Nachf. Schilling, Charlottenburg, Berlinerstraße 135.

2307L*
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch-**Reste!** Mocquetts. Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1—5, Amt 4, 9679.

Mittwoch, den 28. November 1906, abends 8½ Uhr:

Versammlung
der
Gold- und Silberarbeiter
in **Frankes Festsälen**, Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:

1. **Bericht über unsere Lohnbewegung.** Referent: Kollege **Handke.** 2. Diskussion. 3. Wahl der Schlichtungskommission. 4. Bericht der Agitationskommission. 5. Neuwahl derselben. 6. Verbandsangelegenheiten.

Recht zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

NB. **Sonntag, den 9. Dezember,** abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4, ein **Kleines Familien-Kränzchen** bei freiem Entree statt, wozu die Kollegen und Kolleginnen freundlichst eingeladen sind.

Mittwoch, den 28. November 1906, abends 8½ Uhr:

Versammlung
der
Chirurgischen Branche
im **„Rosenthaler Hof“**, Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung:

1. **Vortrag** des Genossen **Paul Stempel** über: **„Die Arbeiter-Baugenossenschaften als soziale Pioniere.“** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Mittwoch, den 28. November 1906, abends 8½ Uhr:

Bezirks-Versammlung
für
Steglitz, Groß-Lichterfelde und Umgegend
im Lokal von **Reißen, Groß-Lichterfelde,** Chausseestr. 104.

Tages-Ordnung:

1. **Vortrag** des Kollegen **Karl Schmidt: Unterstützungseinrichtung.** 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Ohne Buch kein Zutritt!

Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet

160/8 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Mittwoch, den 28. November, abends 8½ Uhr, bei Wendt, Beuthstraße 20:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl des zweiten Beamten. 2. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

179/9 **Die Verbandsleitung.**

Achtung! Verband der Portefeuiller Achtung!
und Ledergalanterie-Arbeiter u. -Arbeiterinnen Deutschl.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 28. November, abends 8½ Uhr, bei Graumann, Naunynstr. 27:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 109/19

1. **Was bringt uns der nächste Verbandstag?** Referent: Verbands-Vorsitzender Kollege **Weinschild**-Offenbach. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

In Anbetracht der hochwichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen und erwartet zahlreichen Besuch **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Mittwoch, den 28. November:

Sitzung der Möbeltischler und Polierer.

Donnerstag, den 29. November, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Preil, Rosenstraße 24:

Sitzung der Bautischler.

In beiden Sitzungen: Anträge der Ortsverwaltung. 97/9

Die Ortsverwaltung.

C. Giesen, Juwelier, SO., Oranienstr. 165a.

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in

Juwelen, Uhren, Gold-, Silber- und Alfenidewaren.

Spezialität: **Trauringe.**
8 kar. 333/1000 . von 4,00 an
14 kar. 585/1000 von 6,00 an

1 Dukaten 900/1000 . . 10,00
1½ Dukaten 900/1000 . 15,00
2 Dukaten 900/1000 . . 20,00

Namen gravieren gratis.

Passende Weihnachtsgeschenke
in solidester Ausführung zu billigsten Preisen.

Streng reelle Bedienung. 2952L* Feste Preise.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

KARLS-BAD

21 Luisen-Straße 21
am Karlsplatz (Tel. III, 999).

Billige Badepreise — moderne komfortable Einrichtung.
Kleine Abonnements. — Alle Arten Bäder.
Damenabteilungen.
Neueste Licht- und elektrische Bade-Apparate.
Lieferant aller Krankenkassen.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands
(Zahlstelle Berlin und Umgegend.)

Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32. **Fernsprecher: Amt 4, Nr. 2789.**

Am Mittwoch, den 28. November, abends 8 Uhr

finden für **Berlin** und **Vororte**

10 außerordentl. Mitgliederversammlungen

in folgenden Lokalen statt: 255/7*

Für **Norden und Moabit** in **Henfels Festsälen,** Invalidenstr. 1a.

Für **Osten und Friedrichsberg** in **Litfins Gesellschaftshaus,** Memelerstr. 67.

Für **Süden, Südosten und Rixdorf** in **Festsälen „Süd-Ost“,** Waldemarstr. 75.

Für **Westen, Schöneberg, Wilmersdorf, Steglitz und Mariendorf** bei **Zühlke,** Dennewitzstr. 13.

Für **Charlottenburg** im **Volkshaus,** Rosinenstr. 3.

Für **Groß-Lichterfelde** bei **Reisen,** Chausseestr. 104.

Für **Pankow-Niederschönhausen** bei **Settekorn,** Lindenstr. 1.

Für **Weißensee** bei **Content,** Friedrichstraße, Ecke Lehderstraße.

Für **Nieder- und Oberschöneweide** bei **Kaufhold,** Wilhelminenhofstr. 18.

Für **Teltow** bei **Dertz,** Zehlendorferstr. 4.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Unsere gegenwärtige Lohnbewegung.

Referenten die Kameraden: **G. Büttner, R. Engelhard, O. Freudenberg, H. Knüpfer, H. Kube, F. Licht, H. Schultz, K. Schulz, F. Schulze, W. Witt.**

In diesen Versammlungen erwarten wir das Erscheinen aller in Berlin und Vororten beschäftigten Verbandsmitglieder. Keiner darf sich ausschließen. **Jeder einzelne muß unbedingt zur Stelle sein.** **Der Zahlstellenvorstand.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Mittwoch, den 28. November, abends 8 Uhr:

General-Versammlung
für sämtliche Bezirke und Zahlstellen
der Maurer, der Sektion der Putzer, der Gips- und Zementbranche, sowie der Fliesenleger

bei **Freyer** (früher Keller), **Koppenstr. 29.**

Tages-Ordnung: 148/17

1. Vortrag des Genossen Ströbel über: **Partei und Gewerkschaft.** 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom dritten Quartal. 4. Verschiedenes. **Die Verbandsleitung.**

NB. **Wir ersuchen die Kollegen ihren Beitrag möglichst mit der letzten Novemberwoche voll zu bezahlen, damit die Verbandsleitung mit der Einziehung der Mitgliedsbücher sofort beginnen kann.** **D. O.**

Achtung! Marmorarbeiter! Achtung!

Dienstag, den 27. November, abends 8½ Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Kollegen! Agitiert kräftig für diese Versammlung, Verbandsvorsitzender Starke ist anwesend.

180/19 **Der Vorstand.** J. A.: Durrer.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund

Ortsgruppe Berlin.

Mittwoch, den 28. November 1906, abends 8½ Uhr, in Obsts Festsälen, Martin Luther-, Ecke Meiningerstraße:

Versammlung für Schöneberg.

Tages-Ordnung:

Alkoholfrage und Sozialdemokratie.

Referent: Genosse **Otto Berg.**

Um zahlreichen Besuch bittet [297/13] **Der Vorstand.**

Besichtigen Sie 2802L*

unsere **erprobten bewährten**

Spiritus-Glühlicht-

Lampen und Brenner.

Centrale für Spiritus-Verwerthung
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 90, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstraße 136.

Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.

Medizinische Bäder aller Art

in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für **Damen** und **Herren.**

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern

0,75 Mk. (40 Minuten Badezeit.)

Soole, Kiefer-, Schwefel, Fichtennadel-Bäder.

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Hochschule für Operette, Variété und Ballettkunst, 29002*

Berlin, Steglitzerstraße 35.

Sachgemäße, gediegene Ausbildung in allen Fächern der Operette, Variété und Ballettkunst sowie in fremden Sprachen. — **Näheres Prospekte.** Sprechstunden 12—1 und 5—7.

Aufnahmen jederzeit.

Die Direktion.

Paul Mörsch, Kgl. Tänzer, Ballettmeister. Ludwig Dowe, Opern- und Konzertsänger.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien** sowie **sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.** Lieferf. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen

Berlin C., 2455L*

30. Linien-Straße 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm u. weich am Körper

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige [2466L*

Herren-Garderobe

— Ersatz für Maß. —

Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister,

Große Frankfurterstraße 37, II,

Eingang Straußberger Platz. *

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.

Preise für nur **Ia Marken ab Platz** von **10 Ztr. an:** [29102*

Prima Ia Haldenkohle (bekannte Marken) . . pr. Ztr. **85 Pf.**
„ **Ia Diamant** (110 bis 120 Stck.) . . . . **90 Pf.**
„ **Ia Ilse u. Alto.** . . **95 Pf.**
„ **Ia Anthrazit Cadé** . **2,20 M.**

Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Stolas

über 500 Stück (alle Pelzarten), sowie alle sonst. Pelzwaren.

Muffen, Kolliers

Nur eig. Fabrikat aus best. Material. **Streng reell.** Kein Zwischenhändler, daher sehr billig.

F. Kalman

Kürschnermstr.

75. Dresdenerstraße 75

vorn II, 2. Haus v. Thalia-Theater. Verkf. auch Sonntags, u. Wochentags v. 8 Uhr früh bis 9 Uhr abds. *

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.

Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.

◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Vorzugs-Preise.

Felle u. Fellteppiche

nur so lange der Vorrat reicht,

echt chinesische
Ziegenfelle
in grau, weiß, wolf- und braunbärfarb. a 10, 8.50, 7 und **5,50** M.

Angora-Lammfelle
schneeweiß, besonders lockig u. langhaarig, 80×175 groß, 10.50 und **8,50** M.

Echt sibirische
Wölfe
mit Kopf u. Gebiß a 30, 25, 20, 18, u. **10** M.

Dingofell-Teppiche
m. Futter, wattiert, a 16, 12, 10 und **7,50** M.

Echt englische
Angorafelle
besonders langhaarig, m. Seidenglanz, in allen existierenden Farben, a 12,50, 10, 8, 6 u. **4,75** Mark.

Ferner große Auswahl in echten Fellen m. Kopf u. Gebiß, wie Tiger, Panther, Braunbär, Puma-Löwe und Eisbär sowie alle Arten echter Fell-Teppiche, Wagen- u. Schlittendecken, Pelz-Fußsäcke, Pelzschuhe, Jagd-Muffen, Pelz-Diwandecken u. Pelz-Vorlagen m. Fußtasche

Teppich-Haus

B. Hurwitz

Rotes Schloß

vis-à-vis dem National-Denkmal.

Die schönste Zierde für den Christbaum

ist einzig und allein unser **neues, gesetzlich geschütztes Christbaum-Glockengeläut mit fliegenden, läutenden Engeln und mit Krippe z. Bethlehem.** Die in wundervoller künstlerischer Farbenpracht angebrachten Figuren, Maria mit Jesuskindlein, Josef, Hirte und Engel stellen die Krippe zu Bethlehem dar. Sobald nun die Kerzen angezündet sind, drehen sich die Engel im Kreise um die Spitze des Christbaumes, wodurch ein silberhelles, feierliches Geläute hervorgerufen wird, eine schöne Illusion hervorzaubernd, als wenn die Engelein aus den Himmelshöhen die Geburt Jesu Christi verkünden.

Märchenhaft
wirkt dieses entzückende Schmuckstück als Christbaumspitze oder Tischdekoration. Ganze Höhe 29 Zentimeter.
Garantie für gutes Funktionieren. Preis 1,25 M. und 20 Pf. für Porto bei Vorhereinsendung (auch Briefmarken). Nachnahme 20 Pf. mehr. Bei 2 bis 10 Stück sind für Porto nur 50 Pf. mit einzusenden.
Wenn nicht gefällt, Geld retour.
Nur bei uns zu haben!
Weihnachts-Pracht-Katalog
über Christbaumschmuck, Spielwaren, Puppen, Solinger Stahlwaren, Haushaltungsartikel, Waffen, Gold-, Silber-, Leder-, optische und Musikwaren, Rauchutensilien, Schirme, Stöcke usw. gratis und franko. 213/8

Kirberg & Comp., Foche b. Solingen, Stahlwarenfabrik.
Aeltestes Versandhaus des Solinger Industriebezirks.

Täglich von 4—8 Uhr nachm. findet Probewaschen mit den weltberühmten patentierten Waschmaschinen, Wringmaschinen und Waschpulver „Ruhrperle" von dem größten Spezial-Fabrik-Geschäft der Welt „Karl Kampmann jr., G. m. b. H., Mülheim-Ruhr" statt. — Heinrich Lohbeck, Berlin N., Invalidenstraße Nr. 142, Hof, Quergebäude.

19872*

3 besondere Vorzüge:
garant. rein, wohlschmeckend, billig
Quaglio's Bouillonkapseln
Wo keine Verkaufsstelle, Versand franko ab Fabrik: **Berlin O., 27.**

Lassen Sie sich nicht
durch **unglaubliche Reklame** verleiten und kaufen Sie keine billige Zither, die keine Stimmung hält. Ein solches Instrument ist etwas fürs Auge, aber wertlos.
Wollen Sie wirklich Freude haben,
dann kaufen Sie sich **die echte**
Menzenhauer Guitarzither
mit unterlegbaren Noten, welche jedermann sofort spielen kann.
Ueber 1½ Million im Gebrauch.
Preis **M. 20.00** u. **M. 25.00.**
Versand franko mit schriftlicher Garantie für 1 Jahr.
Zu haben in jedem besseren Musikhaus
oder direkt bei
Menzenhauer & Schmidt, Berlin,
Spittelmarkt 15.
Bei Einsendung dieses Inserates erhält jeder Käufer einer Guitarzither **12 Noten gratis.**

Billigste u. beste Schreibunterlage, mit ausziehbarem Bücherständer, verhindert gebückte Stellung beim Schreiben, schont die Augen. Auf jeden Tisch aufzustellen, elegant u. solide gearbeitet, hübsch lackiert.
Schönstes Weihnachts-Geschenk!
Versand franko gegen Nachnahme.
Grösse I für Kinder bis 14 Jahren Mark 5.50,
Grösse II für Erwachsene Mark 7.50.
Sögeler Möbelfabrik G. m. b. H.
SÖGEL I. H.

Für Kinder u. Erwachsene.

17. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 26. November 1906, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

178 367 [3000] 872 966 **1**029 306 480 856 82 **2**221 65
454 590 885 943 [500] **3**005 164 353 56 61 401 [500] 8 [500]
834 **4**052 181 85 91 216 62 321 555 706 940 [3000] **5**089 65
363 55 437 [1000] 56 647 **6**004 279 470 597 749 **7**029 33
184 614 **8**000 12 35 668 976 **9**039 [1000] 116 405 6 10 675
738 911 [500] 88 **10**003 362 49 480 536 79 990 **11**135 [500]
253 382 [1000] 401 [500] 437 83 730 959 82 50 **12**101 44
256 343 535 37 620 735 907 [500] 56 73 **13**217 830 465 720
[500] 55 [500] 829 89 [500] 965 **14**148 319 456 316 723
877 **15**235 307 82 439 746 888 **16**490 576 85 625 913
17009 303 17 602 58 705 69 [1000] 75 95 943 [3000]
18084 104 31 225 731 936 92 **19**005 108 34 88 89 214
[1000] 72 463 511 619 81 [500]
20107 43 532 [500] 93 692 709 821 56 962 **21**162
[1000] 69 453 68 535 608 [500] 722 33 922 **22**273 434 89
620 87 779 922 **23**219 [500] 82 604 788 932 71 **24**303
[1000] 575 80 736 **25**056 [1000] 98 181 284 399 503 608 96
[500] 743 48 810 908 **26**330 54 [500] 513 866 **27**176 [500]
227 [3000] 478 541 60 [1000] 712 902 **28**120 341 433 537
689 794 906 76 [3000] **29**087 831 917 32 **30**168 813 36
[500] 963 **31**356 519 [500] 53 [1000] 880 89 **32**065 335 45
487 631 95 947 52 **33**050 318 [500] 658 917 **34**070 336
[500] 685 717 918 **35**123 440 521 35 608 781 [500] 899
[500] 981 **36**078 310 50 689 995 **37**216 63 436 644 74
[500] 98 730 75 [3000] **38**050 141 [1000] 42 301 482 504
96 804 950 **39**000 89 106 [1000] 21 685 85 [500] 930
40073 135 284 357 687 919 **41**316 440 820 33 54 980
42107 68 96 265 305 [3000] 38 564 610 850 70 89 938 62
81 **43**328 [1000] **44**049 232 431 87 779 966 **45**047 164
241 354 [500] 72 515 15 **46**079 218 283 617 26 765 81 833
47009 173 221 305 452 579 87 683 857 **48**019 93 200 83
437 590 97 618 853 919 **49**011 254 [1000] 413 [1000] 60
536 862 77 914 88 **50**179 207 88 359 [3000] 855 774 992
51108 379 [3000] 88 [500] 579 913 91 **52**752 [500] 958
53568 634 963 **54**063 92 97 308 804 939 **55**107 [500] 82
355 370 816 973 **56**190 [3000] 316 84 388 474 611 749
57019 272 834 552 655 76 [3000] 815 900 80 **58**046 80
576 609 902 **59**010 148 56 [1000] 230 581 758 60 827
60006 [3000] 12 [1000] 154 62 67 276 80 691 727 28
47 64 73 81 925 83 **61**215 56 86 500 742 073 **62**075 164
206 41 [1000] 46 442 642 753 894 [500] **63**012 26 89 197
236 94 323 53 702 7 948 **64**129 [500] 783 **65**546 62 632
81 818 20 **66**000 211 15 411 683 90 787 71 **67**070 88 103
305 400 513 [500] 66 75 608 57 729 912 **68**036 13 141 303
405 18 693 882 906 [1000] 65 **69**078 124 245 58 601 67 78
701 68 821 **70**222 [1000] 76 238 473 566 883 960 **71**308
489 **72**011 877 405 538 **73**078 192 [500] 120 842 60 632
700 9 846 **74**440 978 **75**387 150 247 444 56 62 976 **76**307
64 511 611 703 912 27 **77**314 435 58 79 687 737 68 816 995
78101 21 76 344 393 39 449 [1000] 852 [5000] **79**155
[500] 467 382 97 929
80887 478 80 556 970 87 **81**091 119 658 713 **82**098
125 687 62 811 74 **83**139 413 655 70 791 832 70 **84**015
179 302 480 678 [500] **85**101 299 468 647 995 **86**047 81
[1000] 379 580 660 748 886 [3000] 929 [1000] **87**049 161
545 50 687 [500] **88**005 134 80 435 35 602 **89**002 104 7
69 308 469 822 **90**029 123 453 [500] 626 834 925 27
91071 [500] 344 793 301 58 520 77 **92**162 81 506 567 **93**058
72 [500] 902 [1000] 20 38 529 [1000] **94**073 374 **95**249
[500] 70 93 301 56 468 522 91 638 [1000] 47 711 13 54 73
844 912 **96**060 151 92 604 18 124 832 324 [500] 82 [3000]
97248 83 351 67 483 879 419 40 43 66 728 886 **98**252 81
685 **99**058 68 154 204 351 54 [500] 50 444 878 935
100362 461 85 579 601 55 67 710 885 **101**014 137
222 825 [10000] **102**097 522 69 83 [1000] 797 **103**021
477 511 73 746 **104**186 369 733 891 35 **105**167 [1000]
253 64 73 82 763 702 57 59 889 **106**048 181 402 7 602
[1000] 616 78 **107**308 576 724 **108**036 198 255 750 32
900 46 **109**079 104 330 496 535 74 849 869 [500] **110**358
[3000] 478 699 681 059 [500] 81 **111**204 492 **112**138 270
310 56 548 681 733 **113**136 737 508 598 631 37 80 970
[500] 97 **114**402 [500] 529 [3000] 57 70 123 687 **115**162
98 269 306 **116**047 187 363 [500] 91 515 654 810 **117**280
483 347 715 84 885 **118**561 804 35 [1000] 933 **119**263
[500] 628 89 916 [500]
120015 74 180 [500] 20 919 **121**115 207 316 534 681
[500] 639 96 [500] **122**087 155 383 713 **123**261 99 309
680 [500] 982 **124**020 25 142 65 [500] 200 22 415 **125**478
543 651 850 990 **126**003 340 325 570 913 **127**081 175
692 777 823 847 63 **128**126 [1000] 228 377 653 63 739 872
856 **129**048 290 [500] 565 **130**307 73 529 89 985 [1000]
131084 725 566 62 630 710 848 [3000] 949 **132**039 150
818 643 765 89 838 87 915 77 **133**067 226 41 390 480
505 [3000] 49 061 [500] 70 **134**070 417 98 545 [500] 780
999 **135**014 [3000] 119 748 310 80 761 **136**007 122 516
48 654 [1000] 044 **137**212 74 382 90 451 93 674 [500] 793
836 **138**064 [500] 26 117 788 **139**175 [500] 96 275 97
[3000] 311 [500] 62 580 714 58 875
140053 58 [500] 47 [1000] 76 197 285 566 634
784 987 **141**085 165 789 910 **142**479 513 23 **143**017
[3000] 127 329 59 433 521 615 798 **144**717 [500] 819 045
145100 40 91 518 38 664 788 968 **146**059 81 101 294
[1000] 405 75 [5000] 548 753 88 **147**267 398 420 664
885 503 **148**107 36 56 58 725 52 69 89 276 85 440 68 95
707 99 931 **149**068 162 322 668 79 785 94 **150**481 547
727 [500] 93 854 99 933 **151**056 [3000] 321 511 736 41
48 **152**311 743 810 91 949 **153**063 109 218 [3000] 52
284 506 45 602 **154**175 96 294 311 27 87 443 84 725
831 93 **155**023 211 23 343 756 937 40 **156**018 374 91
471 734 983 **157**006 12 225 410 604 70 79 [1000] 727 86
815 927 **158**010 134 235 437 637 750 **159**012 56 342
819 24 53 919 55
160815 226 396 469 857 **161**048 360 326 503 848
911 **162**318 418 548 843 **163**014 30 36 182 494 326 69
642 919 **164**088 248 68 419 584 984 **165**113 205 70
224 490 553 97 710 58 [5000] 802 19 **166**177 534 58 616 736
167003 143 270 73 555 930 **168**345 512 [500] 59 396
895 **169**452 63 633 [1000] 736 [1000] **170**277 60 413
[1000] 50 771 [10000] 907 **171**112 23 234 [500] 570
794 882 **172**104 [1000] 36 217 17 827 47 **173**377 212
73 505 20 96 700 56 **174**022 430 [30 000] 33 508 51 98
175447 935 88 [1000] **176**234 42 388 509 655 821 62
914 **177**096 537 739 **178**112 268 335 722 50 95 **179**077
[500] 236 309 [1000] 530 758 808
180434 868 86 **181**157 [500] 314 53 471 864 [3000]
560 **182**023 [3000] 72 [500] 85 261 95 432 805 59 77
183025 26 92 156 [1000] 211 31 314 92 418 [500] 63
529 71 652 706 880 95 **184**042 149 224 375 821 901 9
35 **185**090 211 334 74 564 770 82 878 868 **186**143 417
893 955 74 [3000] **187**046 151 428 579 668 738 869 966
188168 96 236 41 602 [1000] 31 810 997 **189**178 478
566 [3000] **190**014 [3000] 209 455 612 37 781 832 975
191136 76 206 56 443 [500] 509 [1000] 635 36 44 746
71 **192**129 469 574 716 35 850 940 **193**063 102 303 11
416 514 [500] 907 **194**135 [5000] 240 322 489 871 603
19 16 997 **195**020 243 356 566 68 88 [1000] 670 780 808
196152 779 86 [500] 329 434 796 **197**002 242 306
718 39 70 879 914 **198**011 [200] 166 [500] 249 386 468
750 **199**319 650 768 954 87
200293 367 87 748 **201**267 481 612 33 724 32 872
202006 82 172 231 42 364 416 892 **203**003 178 [500]
545 615 [500] 17 68 795 **204**138 548 854 **205**076 230
526 618 41 95 921 96 **206**071 237 [500] 390 491 575 80
711 809 964 **207**009 144 298 329 590 94 700 [1000] 873
82 982 **208**179 45 287 253 429 39 55 538 795 **209**013
32 256 [500] 58 225 324 605 87 713 **210**010 [500] 72
149 783 381 450 91 93 562 51 72 840 937 **211**039 58
508 53 615 [500] 87 180 [500] 854 76 **212**675 **213**024
51 114 207 484 315 82 [500] **214**487 709 860 [3000]
215040 114 28 369 95 [500] 407 643 **216**171 434 40 593
871 934 **217**033 99 [500] 162 366 63 67 510 851 93
218010 136 368 351 413 47 785 **219**103 233 339 43 73
431 91 901 23
220174 [500] 518 682 704 866 918 83 **221**366 [1000]
409 70 97 600 823 29 **222**201 353 403 70 834 743 79
904 51 **223**319 85 563 635 47 [500] 846 [500] **224**105
[3000] 40 87 298 [1000] 430 63 699 811 [500] **225**280 508
44 [500] 70 [500] 74 90 631 60 [500] 782 882 969 **226**077
104 338 487 655 839 978 **227**048 364 683 702 **228**011
308 58 475 [500] 718 69 [1000] 987 **229**033 188 [500]
308 59 454 987 91 810 932 **230**386 491 [500] 546 608
77 945 **231**029 168 411 72 559 601 968 **232**429 512
72 135 822 [3000] 60 999 **233**033 182 87 386 438 82 626
49 705 74 915 **234**098 [500] 148 226 376 99 535 58 841
[1000] 971 [5000] **235**716 30 56 336 556 90 88 820 **236**076
355 483 525 897 **237**416 563 727 55 50 876 **238**180 596
605 805 70 988 **239**244 316 19 [3000] 56 95 407 8 15 [500]
22 31 78 571 831 891
240060 413 82 [1000] 587 996 **241**042 255 478 902
760 78 977 [1000] 15 **242**168 296 423 [3000] 56 751
243112 15 58 241 74 863 550 58 864 [3000] 612 56 [3000]
244236 [1000] 385 562 676 886 **245**268 [3000] 432
517 35 649 945 **246**111 425 514 673 99 824 91 036 [500]
247160 [1000] 231 560 990 **248**022 375 96 277 979 [500]
249191 96 985 **250**214 [500] 68 328 446 56 341 737
[1000] 289 **251**028 179 211 309 [500] 77 448 752 817
252071 208 330 76 [500] 410 67 538 [3000] 58 98 785
884 [500] **253**174 477 366 731 59 860 977 **254**190 340
436 581 700 74 901 **255**112 [1000] 391 780 85 [500] 803
85 942 **256**186 246 548 757 905 35 96 96 **257**106 210
536 620 **258**133 32 249 718 908 **259**407 96 528 738
848 936
260106 497 687 722 90 836 42 [500] **261**047 174
350 410 719 62 845 921 **262**130 308 43 447 90 [1000]
549 780 [3000] 876 88 **263**319 31 422 535 49 **264**010
32 [3000] 279 536 [500] 30 620 63 [500] 709 870 **265**117
63 [1000] 250 314 409 66 680 846 **266**599 231 347 54
519 624 541 915 **267**056 189 290 223 540 78 75 99 736
966 **268**001 [500] 125 337 440 43 69 862 **269**144 62
949 [1000] 90 371 607 [500] 912 **270**044 54 [500] 74
737 78 437 578 677 793 96 850 **271**403 437 568 687
272004 60 141 213 56 617 872 90 **273**087 388 [3000]
413 96 621 913 **274**014 340 447 506 [1000] 810 28 53
906 37 **275**428 98 713 804 933 [500] **276**101 50 57
246 53 351 [3000] 82 655 731 850 [3000] 63 80 **278**028
75 409 624 44 [1000] 739 825 **279**049 82 252 412 66 98
576 671 85 700 46 873 88 981 68
280150 90 327 570 654 743 [500] 847 [3000] 974
281171 506 771 99 836 41 **282**018 63 [500] 171 379
[500] 556 770 **283**073 97 316 69 291 [500] 561 774 93 880
284000 41 [1000] 192 [500] 567 304 448 525 423 100
[500] 91 997 **285**431 566 77 **286**555 676 **287**001 115
26 308 438 939 42

Im Gewinnrade verblieben: 1 Prämie à 300 000 M., 1 Gewinn à 75 000, 1 à 40 000, 6 à 30 000, 10 à 15 000, 27 à 10 000, 44 à 5000, 754 à 3000, 1155 à 1000, 1656 à 500

17. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 26. November 1906, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

125 47 402 [500] 552 904 **1**137 96 519 508 731 **2**033 54
537 694 [3000] 46 **3**008 129 332 580 747 **4**088 [500] 227
201 649 63 735 **5**020 34 258 432 903 **6**146 71 215 [1000]
319 75 [500] 76 995 **7**365 396 [1000] 541 631 [500] 919 90
8105 403 745 47 73 **9**062 74 76 729 30 **10**085 776 575 673
39 50 81 097 **11**015 23 312 [500] 450 56 524 709 948
12163 269 421 75 621 69 775 900 **13**363 [500] 510 806 78
14113 53 240 386 503 47 777 **15**023 [3000] 52 232 77 305
440 509 77 765 837 32 76 889 **16**158 90 575 **17**132 93 288
418 48 77 571 675 530 **18**279 [1000] 330 421 [500] 74 766
896 **19**066 [500] 134 252 428 790 838 [3000] 985
20073 336 495 903 6 [1000] **21**065 245 337 425 [1000]
35 [500] 98 665 808 **22**270 89 341 651 870 933 [500] 74
23273 93 419 [500] 75 570 93 723 907 **24**278 652 74 94
25123 66 489 [3000] 835 968 **26**036 235 [1000] 310 [1000]
865 980 **27**245 68 427 **28**017 80 117 62 243 58 561 97 423
509 696 **29**027 49 [1000] 194 344 558 90 **30**041 50 242 45
48 56 64 493 609 928 **31**482 724 885 **32**012 32 433 550 679
97 908 40 78 **33**037 54 64 240 542 59 633 929 24 **34**061
272 355 458 565 687 960 87 91 950 [1000] **35**506 989
36152 342 432 606 39 824 956 **37**015 272 311 [1000] 88
436 517 631 **38**054 94 170 304 473 641 827 918 **39**027 153
322 621
40291 321 458 506 36 653 68 773 898 925 **41**041
228 36 475 584 602 40 945 48 94 **42**108 93 490 547 886
43056 156 552 74 96 674 763 843 92 [1000] 95 109 **44**500
[1000] 82 454 91 809 11 984 **45**037 251 85 417 28 61 587 777
[500] 923 [3000] **46**062 126 34 38 81 [500] 721 53 [5000]
928 **47**105 85 [500] 285 343 565 681 731 800 87 929 **48**073
306 839 915 **49**037 104 85 458 503 660 811 99 956 **50**016
670 96 714 [500] **51**275 531 69 626 75 403 61 951 **52**303
81 607 712 43 988 **53**301 48 [1000] **54**182 289 91 523 635
28 984 **55**111 311 28 36 46 401 722 **56**008 [3000] 568 683
[500] 713 78 887 900 47 **57**080 117 208 [500] 339 556 85
618 48 728 890 **58**223 377 557 83 669 815 901 **59**115
351 817
60053 136 460 866 909 **61**049 261 81 [500] 415 730
839 **62**456 78 581 735 963 **63**395 435 511 840 93 **64**078
174 [3000] 376 449 51 544 **65**003 [1000] 556 611 23 57 866
66151 339 432 581 695 884 980 **67**062 220 38 460 13 [3000]
44 863 69 949 **68**038 75 279 461 [3000] 526 33 51 778 901 28
69003 207 44 71 302 [500] 78 69 480 [1000] 53 **70**167 308
438 714 914 **71**478 **72**133 [1000] 323 54 76 848 914 **73**466
615 19 908 **74**126 50 227 531 615 96 805 57 982 **75**564
[5000] 829 **76**098 [3000] 105 486 601 31 548 872 **77**103
145 [1000] 571 690 [10 000] 739 **78**260 589 407 13 **79**016
097 324 409 585 717 844
80048 175 255 305 32 90 617 22 833 **81**137 69 78 682
37 904 77 **82**210 [3000] 75 560 615 69 [500] 771 **83**062
154 260 371 505 93 643 81 714 73 69 **84**019 202 **85**123 [1000]
287 399 [3000] 697 354 **86**207 71 446 49 539 [1000] 337
87319 90 413 878 944 65 **88**071 104 79 [3000] 269 772 78
835 74 [500] **89**105 202 29 76 307 455 [500] 539 86 729
74 871 961 **90**036 255 76 458 758 898 941 **91**022 322 54
581 [500] 684 848 98 **92**210 558 47 752 **93**078 80 224 316
81 428 [3000] 360 635 44 80 786 77 **94**017 45 124 41 289
335 85 483 665 82 700 [500] **95**114 23 348 [1000] 435 563
653 850 **96**016 [500] 147 94 369 455 550 80 687 [500] 87
744 856 **97**498 545 626 [3000] **98**060 105 29 24 281 453 504
749 **99**133 309 49 994
100116 20 [500] 471 656 943 30 **101**012 266 225 [500]
481 632 [500] 864 944 **102**438 553 **103**360 [500] 427 565
57 [500] **104**050 358 543 [1000] 86 710 41 [3000] 896 958
45 **105**146 82 616 772 813 95 [500] **106**204 62 485 528
803 [500] 97 909 **107**337 321 436 690 773 935 **108**100
3 218 326 40 419 42 658 **109**304 43 **110**384 621 34
[1000] 77 871 [1000] 911 **111**138 295 336 06 [1000] 487
112332 446 96 **113**194 360 81 86 431 527 19 642 739 68
114027 41 194 346 305 495 362 82 975 **115**088 283 461
651 [3000] 850 83 **116**425 511 797 935 **117**104 44 53 585
60 670 992 **118**101 630 709 950 67 **119**011 [3000] 93 153
59 269 376 [500] 586 95 677
120026 287 349 468 95 596 629 92 722 [500] 865 910
36 **121**057 704 [500] 35 60 362 462 36 616 69 783 837 905
59 **122**349 459 73 73 705 **123**206 65 498 625 39 907
124013 316 491 95 506 [500] 45 629 **125**005 26 130 427
41 70 522 708 32 904 44 **126**063 [500] 227 809 98 **127**066
343 84 [500] 432 610 30 778 012 [1000] **128**072 [1000] 402
26 785 95 886 **129**022 256 80 393 408 37 505 916 65
130071 456 69 791 **131**031 291 [500] 12 319 97 739 62
902 [3000] **132**017 [3000] 181 243 275 400 591 682 709
819 944 **133**311 554 764 840 901 **134**113 771 687 775
[1000] 802 18 76 89 994 **135**055 [1000] 306 600 63 89 717
938 96 34 **136**060 277 [500] 357 97 947 **137**002 56 [10000]
67 113 16 313 435 777 887 943 **138**126 423 681 892 **139**264
335 82 480 [1000] 601 985
140024 42 45 53 [500] 143 [500] 280 37 730 957
[1000] **141**117 591 629 729 [1000] 62 77 **142**358 406
[3000] 633 726 36 42 43 66 551 68 905 **143**102 43 [500]
89 [500] 60 221 831 [1000] 83 **144**146 65 277 309 363
145081 721 42 **146**034 69 341 57 [1000] 560 [500] 084
628 [500] 53 **147**100 58 272 373 514 619 69 [1000] 778
804 92 **148**220 53 513 30 57 788 824 77 **149**096 329 [500]
43 504 69 897 977 **150**111 89 349 744 **151**017 388 763
152018 50 [1000] 54 219 76 [3000] 420 986 **153**162 [1000]
244 [500] 61 202 20 68 403 629 357 83 **154**064 271 380
[500] 93 457 578 [1000] 694 855 [3000] 931 **155**290 777
867 81 **156**003 59 118 64 [1000] 95 769 [1000] 962 **157**155
369 681 755 76 926 [1000] 70 75 962 77 82 **158**045 291 367
491 537 952 34 **159**058 661 99 983
160062 60 509 **161**120 85 345 585 57 666 708 50
[500] 812 35 **162**111 235 314 87 506 674 708 951 [3000]
81 **163**067 [500] 180 295 467 799 10 983 45 66 962
164145 [1000] 90 335 472 569 667 79 772 815 939 34
165076 216 39 [3000] 94 382 813 **166**112 467 642 731
886 **167**104 330 467 821 918 **168**152 413 57 584 742 54
864 924 **169**123 305 81 95 421 29 538 645 843 955 91 [3000]
170066 134 459 660 86 [500] 788 954 **171**171 [500] 356
78 571 686 700 3 5 [500] 31 48 845 **172**529 98 621 850 975
[1000] **173**189 282 329 417 [1000] 536 65 628 857 [500]
174192 [1000] 209 308 494 89 525 631 706 960 **175**010
212 407 74 548 631 **176**191 97 [3000] 248 446 [500] 569
617 79 742 872 **177**073 [500] 305 490 77 632 851 58
178185 292 477 650 [500] 940 **179**235 311 53 421 64 94
962 70 650 [3000] 761 892 997
180085 119 577 740 893 60 907 97 **181**031 [500] 152
[1000] 352 417 678 710 972 **182**306 77 624 **183**238 465
[500] 522 680 722 [500] 86 965 **184**077 119 36 258 441 553
609 48 918 **185**181 273 307 [500] **186**122 89 [1000] 229
455 559 653 76 **187**058 230 556 658 47 97 835 94 [3000] 924
188005 34 59 250 378 79 **189**052 216 322 421 564 811 907
190290 344 615 71 [1000] 83 756 814 17 [3000] 921 **191**425
689 756 948 **192**083 126 248 318 26 [500] 591 683 **193**008
21 230 463 615 759 992 [500] **194**161 66 320 487 65 584 614
730 897 980 **195**055 277 772 849 69 905 89 **196**068 327 481
33 694 712 [500] 15 848 988 [500] **197**007 566 690 732 812
198146 97 222 337 [500] 404 519 32 894 935 [500] 39 [500]
44 58 [500] **199**339 40 518 884 961
200062 227 344 58 643 76 985 **201**030 57 127 351 458
551 66 [500] 617 [500] 977 **202**071 [1000] 156 591 829 948
203040 57 [500] 128 602 [500] 903 **204**411 503 [500] 76
654 [1000] 766 **205**031 258 376 468 81 581 736 828 **206**044
138 208 [1000] 626 57 920 **207**000 [500] 276 [500] 791 904
208385 401 545 54 [500] 87 772 74 909 81 **209**067 120 [500]
48 222 438 670 94 815 **210**035 96 141 267 408 53 583 965
211101 218 614 726 80 943 **212**176 [500] 82 382 418 537 34
54 830 [1000] 932 [1000] **213**221 400 **214**152 71 389 [3000]
440 993 [500] **215**093 324 77 737 815 68 **216**022 602 47 936
217006 82 [1000] 92 380 [3000] 89 578 998 **218**000 79
356 62 533 [1000] 655 900 **219**010 14 161 521 47 79 89
616 843 98
220016 125 363 571 76 645 750 802 **221**018 22 349
445 74 635 97 822 944 93 **222**035 100 304 84 792 958 [500]
223190 498 527 59 68 938 **224**118 [500] 372 494 10 61
834 64 **225**062 332 64 430 [500] 839 [3000] 70 **226**030
[1000] 319 [500] 29 31 75 587 [3000] 667 55 706 **227**045
100 1 88 224 43 326 [500] 627 39 742 910 **228**186 250 77
329 413 [1000] 34 68 96 506 36 [1000] 684 767 89 814 72
996 **229**144 577 409 [500] 852 86 **230**018 770 487 645
231008 183 210 300 579 681 864 **232**209 169 [1000] 47
283 [1000] 384 421 [500] 559 680 78 77 902 **233**128 212
234052 124 208 12 486 798 929 **235**247 93 389 640 731
[1000] 64 92 845 905 71 **236**303 39 505 9 38 650 **237**283
405 [500] 33 71 794 **238**050 273 466 581 653 [3000] 701 80
868 **239**049 44 111 18 280 553 [500] 623 805 [500]
947 [1000]
240306 94 412 518 [500] 48 656 725 41 818 934 67
241188 461 501 **242**068 114 [3000] 208 21 388 579 612 19
[3000] 701 **243**056 176 275 458 [500] 516 60 **244**068 148
222 602 881 917 **245**101 226 94 486 698 819 [3000] 932
246604 67 727 [500] 806 927 **247**029 157 [500] 62 94 467
619 44 89 729 45 826 [500] 982 **248**290 559 62 89 649 728
62 **249**185 231 399 487 583 [3000] 804 61 [500] 345
250551 721 [500] 822 52 **251**262 526 39 816 [500] 45
98 **252**275 319 414 682 [1000] 744 59 802 21 70 923 [1000]
42 82 [3000] **253**134 98 [1000] 622 31 703 836 **254**030 47
248 454 656 **255**129 95 211 44 74 449 565 819 [3000] 96 937
256226 438 615 718 **257**349 452 594 706 26 [500] 846 92
258016 28 225 [3000] 21 336 427 665 739 909 25 [1000] 90
[500] **259**045 170 241 375 433 500 817 55 65
260156 355 466 522 [500] 33 [500] 46 98 620 [500]
93 773 95 936 37 94 **261**006 [1000] 153 89 226 682 989
262041 565 93 631 **263**218 75 648 854 991 **264**024 93
401 [1000] 58 [1000] 509 27 [500] 608 708 61 816 [500]
265149 217 485 560 662 841 **266**001 39 136 463 [500] 685
267317 656 704 820 80 **268**276 381 [500] 509 **269**035
181 225 615 790 983 **270**052 461 566 619 [3000] 709 934
78 **271**366 786 817 45 **272**167 73 223 30 558 781 [3000]
273246 80 97 642 814 967 **274**176 549 902 **275**110 303
380 [500] 613 **276**161 207 92 316 457 503 8 690 725 [1000]
21 [500] 868 [500] 965 74 **277**087 163 306 535 [3000] 029
278021 97 181 436 509 [500] 848 **279**093 152 203 38 56
75 649 743
280267 611 70 92 725 845 **281**022 56 79 109 297
561 488 77 803 8 35 50 **282**147 246 [500] 350 153 626 747
283134 569 487 626 719 807 920 **284**068 211 [500] 90 346
409 549 678 40 [1000] 438 **285**007 129 217 [1000] 319 431
92 561 93 675 753 68 **286**056 187 349 74 76 374 66 492 613
706 26 89 [3000] **287**405 500 565 582

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute, Dienstag, abends 8½ Uhr, findet die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins bei Ernst Obst, Meiningerstraße 8, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag: „Das 25jährige Jubiläum der amtlichen Sozialreform“. Referent Genosse H. Müller. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Zu der am 2. Dezember stattfindenden Uraniavorstellung: „Der jüngste Ausbruch des Vesuv“ sind beim Genossen A. Korn noch Billetts zu haben.
Der Vorstand.

Wilmersdorf. Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins findet heute Dienstag, abends Punkt 8½ Uhr, im „Luisenpark“, Wilhelmsaue 112, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. Referent Reichstagsabgeordneter Goldstein. 2. Diskussion. 3. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. 4. Bericht von der Parteispedition. 5. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. — Von 8 Uhr ab werden die Bezirksführer Beiträge entgegennehmen. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute abend findet der 6. Zyklusvortrag im „Schwarzen Adler“ bei Arnold statt. Genosse Maurenbrecher wird über die Probleme der Gegenwart referieren. Zahlreicher Besuch der Genossen wird erwartet.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält heute Dienstag, den 27. d. M., abends 8 Uhr, bei dem Genossen Julius Fischer, Berlinerstraße 17a seine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: 1. Kassenbericht und Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. 2. Vortrag. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Pankow. Heute abend ½9 Uhr findet im Gesellschaftshause, Kreuzstraße 3/4, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl des Vorstandes usw. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8½ Uhr findet bei Weber, „Restaurant zur Eisenbahn“, Nordbahnstraße, Ecke Provinzstraße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Genossen Düwell: „Klassenkämpfe“. Recht zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Achtung! Dritter Landtagswahlkreis!

Zu der am heutigen Tage stattfindenden Ersatzwahl eines Landtagsabgeordneten sind folgende Wahlbureaus eingerichtet:

Gruppe I: bei Möckel, Sophienstr. 10.
Gruppe II: bei Bugge, Kastanien-Allee 95.
Gruppe III: bei Gaßmann, Badstr. 14.
Gruppe IV: im Patzenhofer, Turmstraße (kleiner Saal).
Gruppe V: bei Fahrow, Rabenéstr. 6.

Für eventuell notwendig werdende Hülfsarbeiten ist es erwünscht, daß sich Genossen in den vorgenannten Bureaus zur Verfügung stellen.

Das Wahlkomitee.

Ohne Herrenbegleitung!

Die Leiter der Fortbildungsschulen haben gegenüber ihren Schülern und Schülerinnen mehr Rechte, als mancher und manche sich träumen läßt. Daß aber die Disziplinargewalt eines Fortbildungsschuldirigenten sogar über die Grenzen des Schulhauses hinausreichen soll, das will auch uns nicht in den Sinn. Kann der Leiter einer Fortbildungsanstalt für die weibliche Jugend den jungen Damen seiner Schule verbieten, nach Schluß des Unterrichts sich von jungen Herren nach Hause geleiten zu lassen? Er kann den männlichen Personen, die die Rolle des Begleiters spielen wollen, den Zutritt zum Schulhaus oder zum Scholhof untersagen, das ist wahr. Vielleicht kann er auch dagegen Einspruch erheben, daß die Begleiter sich vor dem Schulgrundstück versammeln, um dort die abholungsbedürftigen Schülerinnen zu erwarten. Aber was würde man sagen, wenn er — kraft seiner vermeintlichen Machtbefugnisse — seinen Schülerinnen vorschreiben wollte, auch über die allernächste Umgebung des Schulhauses hinaus auf Geleit zu verzichten?

In der Kaufmännischen und gewerblichen Fortbildungsanstalt für Mädchen, die im Gemeindeschulhause Alte Jakobstraße 127 ihre Unterrichtsräume hat und vom Gemeindeschulrektor Hellermann geleitet wird, ist ein Verbot solcher Art ergangen. Schülerinnen dieser Anstalt haben uns mitgeteilt, Herr Hellermann habe in einer offiziellen Ansprache den Brauch vieler Schülerinnen, sich durch Herren abholen zu lassen, getadelt. Sie haben ihn dahin verstanden, daß er das im Auftrage des Kuratoriums untersage. Das Verbot erstrecke sich nicht nur auf die allernächste Umgebung des Schulhauses, sondern auf das ganze Stück der Alten Jakobstraße bis zur Ritterstraße und auf die Ritterstraße bis zur Lindenstraße. Im Uebertretungsfall habe die betreffende Schülerin zu gewärtigen, daß der männliche Begleiter von ihrer Seite weg zur Polizeiwache gebracht werde. Auch werde jede Schülerin, die dem Verbot zuwiderhandele, unbedingt aus der Schule verwiesen werden, und zwar ohne Rückzahlung des Schulgeldes. Später soll Hellermann noch den Zusatz gemacht haben, eine Schülerin seiner Anstalt sei bereits aus diesem Grunde entlassen worden. Wir würden diese Mitteilungen für ein Phantasiestück halten, wenn uns nicht von mehreren Schülerinnen auf das bestimmteste versichert worden wäre, daß H. sich so geäußert habe. Eine Ausnahme habe er nur für die bereits verheirateten Schülerinnen gemacht. In den Fortbildungsschulen gibt es nämlich auch Ehefrauen; es ist nett von Herrn H., daß er wenigstens ihnen gütigst gestattet, sich von ihren Männern abholen zu lassen. Ob er auch Väter oder Brüder als Begleiter noch unverheirateter Schülerinnen zuläßt, darüber konnte man uns keine sichere Angabe machen.

Es wird Leute geben, die diesen Konflikt nur von seiner heiteren Seite zu betrachten vermögen. Wir wollen ihn von seiner ernsten Seite betrachten. Das Vorkommnis zeigt wieder einmal, wie leicht ein übereifriger Pädagoge, der über die Grenzen seiner Macht im unklaren ist, dazu gelangen kann, sich in der Wahl seiner Erziehungsmittel zu vergreifen und dann mehr Schaden als Nutzen zu stiften. Gewiß, wenn in Fortbildungsschulen den Schülern und Schülerinnen von ihren Lehrern und Lehrerinnen auch mal Ratschläge gegeben werden, die über den Rahmen des Unterrichts hinausgehen, so ist das im Prinzip nur mit Dank zu begrüßen. Aber Herr H. scheint seine „Ratschläge“ denn doch in eine recht eigentümliche Form gekleidet zu haben. Ist es Tatsache, daß er von einem regelrechten „Verbot“ gesprochen hat, daß er für dieses Verbot den Geltungsbereich auf die Nachbarstraßen erstreckt hat, daß er im Uebertretungsfall für die Schülerin Ausweisung aus der Schule und für den Begleiter polizeiliche Sistierung in Aussicht gestellt hat?

Herr Hellermann ist auch Mitglied der Schuldeputation; er wurde vor einigen Jahren hineingewählt, weil man ihn für einen verständigen Mann hielt. Als Fortbildungsschulleiter steht er aber doch wohl unter einer gewissen Aufsicht der Deputation für das Fortbildungsschulwesen. Diese Deputation sollte einmal dem Gemeindeschulrektor, Fortbildungsschulleiter und Schuldeputationsmitglied Hellermann klar machen, wie weit seine Befugnisse reichen und wo sie aufhören. So weit, wie er sich das denkt, reicht ja nicht mal die Macht der Polizei, die doch bei uns zu Lande nahezu allmächtig ist. Seit wann darf ein Schutzmann einen jungen Mann zur Wache bringen, der weiter nichts „verbricht“, als daß er eine junge Dame mit ihrem Einverständnis gegen Herrn Hellermanns Willen nach Hause geleitet?

Zu Rektoren der 23. und 149. Gemeindeschule wurden vom Magistrat Lehrer Kuttner und Mielentz und zum Lehrer am Askanischen Gymnasium Lehrer Nitsche ernannt.

Neubau der Stadtbibliothek. Das Kuratorium der städtischen Volksbibliotheken hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, zur Erwerbung eines Grundstückes für den Neubau einer Stadtbibliothek 200 000 M. in den nächstjährigen Etat einzustellen. Gleichzeitig wählte das Kuratorium einen Ausschuß, der unter dem Vorsitz des Geheimrats Friedel sich nach einem geeigneten Grundstück für den Neubau umsehen soll. Voraussichtlich wird als das geeignetste ein Eckgrundstück an der Kaiser Wilhelmstraße und der Stadtbahn gewählt werden.

Die Berliner Stadtbibliothek soll außer ihrer Bestimmung als Bibliothek auch Zentralstelle für die städtischen Volksbibliotheken sein. Den Grundstock der Stadtbibliothek bilden wertvolle Spezialbibliotheken, die jetzt in provisorischen Räumen in der Zimmerstraße untergebracht sind.

Der Prozeß gegen den Hauptmann von Köpenick wird am nächsten Sonnabend verhandelt werden. Zutrittskarten zu diesem Termin sind längst vergriffen.

Die Deputation für die städtische Kanalisation und Rieselfelder hat endlich dem langjährigen Wunsch der Kanalarbeiter Rechnung getragen und beschlossen, diesen Arbeitern in Zukunft, d. h. ab 1. April 1907, 14 Tage voll zu bezahlen. Damit wird ein offenbares Unrecht gut gemacht.

Die Arbeiter für Bau- und Hausanschlüsse usw. haben eine Reihe Wünsche in einer Petition zum Ausdruck gebracht. Die zur Verberatung eingesetzte Subkommission, zu der auch der Stadtv. Borgmann gehörte, hat beschlossen: 1. Errichtung eines Arbeiterausschusses wird genehmigt, 2. Beseitigung der Akkordarbeit wird abgelehnt, 3. einheitliche Lohnskala wird gleichfalls abgelehnt, weil sie mangelhaft begründet sei, 4. den Rohrlegern ist die Anrechnung der Winterdienstzeit bei Berechnung des Staffelungslohnsatzes genehmigt, 5. in Zukunft soll der Lohn an einer Stelle ausgezahlt werden, und zwar während der Arbeitszeit, 6. Entschädigung von Fahrgeld außerhalb Berlins wird abgelehnt, 7. Baubuden sollen mit Ausnahme für Hausanschlußarbeiter angeschafft werden, 8. soll für letztere die achttägige Lohnzahlung eingeführt werden, 9. denselben soll in Zukunft das Handwerkszeug geliefert werden, 10. Verbandskästen einzuführen hält die Kommission für unpraktisch, vielmehr soll in Fällen, wo ein Unfall eintritt, der Verletzte auf Kosten der Verwaltung nach der Unfallstation transportiert und dort behandelt werden.

Eine Petition bezüglich Lohnerhöhung ist noch nicht zur Verhandlung gekommen, da dieselbe der Subkommission nicht vorlag.

Die Rieselwärter hatten in ihrer Petition beantragt: ihnen einen Anfangslohn von 21 M. pro Woche zu gewähren, also 3 M. pro Tag, steigend alljährlich um 1 M. pro Woche bis zum Höchstsatz von 27 M. Die Deputation hat diesen Antrag abgelehnt und beschlossen: den Anfangstagelohn auf 2,75 M., nach 5 Jahren auf 3 M. und nach 10 Jahren auf 3,25 M. festzusetzen. Dieser Beschluß erfordert für das Rieselgut Osdorf eine Mehrausgabe von 5890 M., für Großbeeren 4232 M., Sputendorf 5148 M., Falkenberg 2243 M., Malchow 3102 M., Blankenfelde 4300 M., Buch nichts, da dort diese Löhne bereits gezahlt werden. Zurzeit werden zirka 200 Rieselwärter beschäftigt, der Anteil des einzelnen an der Lohnaufbesserung ist also nur gering. Gegenüber dem schweren Dienst dieser Arbeiter, der abwechselnd in 12stündiger Tag- oder Nachtschicht besteht, Sonntags eingeschlossen — im Winter nur bei ganz strenger Kälte alle sechs Stunden Ablösung — ist diese Aufbesserung ganz unzulänglich. Immer sind aber die Rieselwärter noch besser weggekommen als die übrigen Gutsarbeiter, denen jede Verbesserung versagt wurde. Allerdings hatte man im Frühjahr, als bei der ersten Lesung des Etats von unseren Genossen gegeißelt wurde, daß Gutsarbeitern 1,50 M. Tagelohn bei 12stündiger Arbeitszeit gezahlt würden, den Mindestlohnsatz auf 2 M. per Tag festgesetzt. Diese Festsetzung hat aber nicht viel zu sagen, denn der Durchschnittsverdienst beträgt im Sommer und Winter in Malchow 2,20 M. pro Tag, in Sputendorf 2,25 M., in Blankenfelde 2,65 M.

Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter erhalten einen Tagelohn von 80 Pf. im Winter und 1,50 M. im Sommer. Die Bitte, diesen Arbeitern den Lohn zu erhöhen, ist rundweg abgeschlagen worden, zum Teil mit der Begründung, daß immer noch Arbeiter dafür zu haben sind. Es wird Aufgabe unserer Genossen sein, bei der Beratung des nächstjährigen Etats diese Dinge einer ernsten Besprechung zu unterziehen.

Die Wahl des Stadtschulinspektors Dr. Fischer zum Stadtschulrat von Berlin für das Gemeindeschulwesen hat die staatliche Genehmigung erhalten. Der Gewählte soll in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 29. November durch den Oberbürgermeister in sein neues Amt eingeführt werden.

Von der Gasanstalt Müllerstraße wird uns aus Kreisen der städtischen Arbeiter geschrieben: „Die brennenden Kohlenlager, die etwa 80—90 000 Zentner Gewicht haben sollen, sind noch immer am brennen und bis zur Stunde ist noch gar nicht abzusehen, wie lange die Kalamität anhalten soll. Obwohl die Direktion in den letzten Tagen bis zu 200 Mann mit dem Auseinanderreißen dieses Kohlenbrandes beschäftigte, so ist der Höhepunkt der Gefahr und Rauchbelästigung noch nicht überschritten. Die Nachbarschaft der Gasanstalt ist in begreifliche Aufregung geraten, nicht aus Angst vor Feuersgefahr, sondern wegen des unerträglichen Gestankes und dichten, ätzenden Qualmes, der sich aus den brennenden, dicht gelagerten Kohlen entwickelt. Kein Mensch darf in der Windrichtung das Fenster öffnen! Warenlager nehmen den Geruch an und Passanten klagen über Hustenreiz. Die sich immer mehr verdichtenden Beschwerden haben die Leitung der Gasanstalt veranlaßt, eine Menge Arbeiter aus anderen städtischen Betrieben zur Hülfeleistung heranzuholen. Die Arbeit in und auf den brennenden Kohlenhaufen ist eine sehr schmutzige und gesundheitsgefährliche und ganze Trupps, die von der Straße geholt wurden, verließen nach kurzer Tätigkeit die Arbeitsstätte, an der sich noch eine Anzahl von Meistern und Vorarbeitern aufhalten, die den Arbeiter mit allen nur erdenklichen Mitteln an der Arbeit festzuhalten versuchen. Da bei dieser gesundheitsgefährlichen Arbeit naturgemäß viele Erkrankungen der Atmungs- und Verdauungsorgane vorkommen, so wurde versucht, mit Hinweis auf eventuelle Entlassung die Arbeiter von Krankmeldung abzuhalten. Obwohl der Direktor Timme ein derartiges Verhalten der Meister ihren schwer arbeitenden Arbeitern gegenüber nicht billigte, so machen diese Herren dennoch auf der Anstalt, was ihnen beliebt. Gerade die Behandlung der Leute seitens der Meister usw. hat so böses Blut unter den Löschmannschaften gemacht, daß der Verband der Gemeindearbeiter seinen ganzen Einfluß aufbieten mußte, das Schlimmste zu verhüten, um die Katastrophe nicht noch größer werden zu lassen. Die Oeffentlichkeit wird es auch interessieren, zu erfahren, daß die mit den Löscharbeiten betrauten Arbeiter Schwämme geliefert bekommen, die, mit Essigwasser getränkt, vor Mund und Nase gebunden werden, um die Arbeiter wenigstens vor den schlimmsten Gefahren dieser Arbeit, der Gasvergiftung, zu schützen. Wer nun aber glaubt, daß die Stadt Berlin, die durch den Kohlenbrand vielleicht einen Schaden von 100 000 M. hat, imstande wäre, jedem Arbeiter einen solchen Schutzschwamm zu liefern, der irrt sich. Die Kolonne, welche mit ihrer Schicht fertig ist, legt ihre Schwämme hin und die nachfolgende Mannschaft wäscht sich die soeben noch benutzten Schwämme in einem Eimer mit Essigwasser „rein“. Ja, es haben uns Arbeiter gesagt, daß sie den mit dem Speichel und sonstigen Sekreten behafteten Schwamm vorbinden mußten, wenn sie rechtzeitig zur Arbeit antreten und fertig sein wollten! Wir haben solch einen Schwamm, der vielleicht 50—80 Pf. kosten mag, gesehen; er sieht aus wie ein blau gewordener Kartoffelpuffer! Auf eine Anfrage des Personals, warum nicht jedem Arbeiter ein Schwamm geliefert werde, erklärte die Leitung, daß man so viel Schwämme augenblicklich nicht anschaffen könne; den Notstand nach dieser Richtung erkannte man jedoch unumwunden an. Sonnabend wurde ein Arbeiter aus dem Röhrensystem, der vier Jahre bei der Stadt arbeitet und zur Hülfeleistung auf den Kohlenplatz kommandiert war, entlassen, weil er die Dreistigkeit hatte, den Meister zu fragen, ob es für die Sonntagsarbeit eine besondere Gratifikation gebe!“

Zu dem letzten Artikel, der sich mit den Zuständen auf der Gasanstalt Müllerstraße befaßte und uns aus Kreisen städtischer Arbeiter zuging, teilt uns der mit dem Messen der Thermometer betraute Arbeiter mit, daß er seine Arbeit stets gewissenhaft ausgeführt habe. Auch habe er nicht 560, sondern vor dem Brande 421 und nach demselben 357 Thermometer zu kontrollieren; mit anderen Arbeiten wurde er auch nicht beschäftigt und brauchte sich nicht zu übereilen.

Leute, die diese Arbeit kennen, meinen aber, daß trotz dieses geringeren Pensums die Arbeit beim besten Willen doch nicht so ausgeführt werden könne, wie es wünschenswert sei und das Pensum immerhin noch hoch genug wäre.

Eine Tariferhöhung auf den Automobilomnibuslinien hat die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft in Aussicht genommen. Sie hat, wie sie bekannt gibt, bei dem Polizeipräsidium den Antrag gestellt, auf fünf bewilligten Automobillinien eine Tariferhöhung unter Einführung von 10 Pfennigteilstrecken zu genehmigen. Die Gesellschaft begründet diesen Antrag mit der „nachgewiesenen Höhe der Selbstkosten.“

Wie weiter bekannt gegeben wird, ist der Generaldirektor Schmoll der Allgemeinen Berliner Omnibusaktiengesellschaft aus dem Vorstande ausgeschieden. Der Eisenbahndirektionspräsident a. D. Simson hat die Stellung eines Beirates der Gesellschaft übernommen, die sich dadurch die Mitwirkung einer sachverständigen Kraft auf dem Gebiete des Verkehrswesens gesichert hat. Er wird dem gegenwärtig aus dem Direktor v. Dewitz und den stellvertretenden Direktoren Müller und Kaufmann bestehenden Vorstande zur Seite stehen.

Mit der Berufung des Eisenbahndirektionspräsidenten a. D. Simson folgt die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft den Spuren der „Großen Berliner“, die sehr wohl wußte, was sie tat, als sie Herrn Micke aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten übernahm. Solche „Mitwirkung einer sachverständigen Kraft auf dem Gebiete des Verkehrswesens“ lohnt sich für die Gesellschaften bei den Beziehungen, die diese Herren haben.

Wer trägt die Zigarettensteuer?

Wer sich die Zigarren- und Zigarettenläden Berlins ansieht, dem wird es auffallen, daß hier und da ein Plakat prangt, worauf dem Publikum mitgeteilt wird, daß die bekanntesten Zigarettenmarken trotz der Banderolensteuer zu dem alten Preise verkauft werden, obwohl große Zigarettenfabriken durch Plakate an den Anschlagsäulen die Steigerung der Detailpreise ihrer Waren ankündigten und obwohl eine Konvention besteht, die die Fabrikanten verpflichtet, nicht an Schleuderer zu liefern. Die Firma Garbaty hat diese Konvention zwar nicht unterschrieben, sich aber doch mündlich verpflichtet, danach zu handeln. Die Fabrikanten haben ihre Engrospreise, gleich nachdem die Steuer für sie in Kraft trat, erhöht, und nicht allein um die Steuersätze, sondern noch um 50 Pf. mehr per 1000 Stück, was sie damit begründeten, daß sie wegen des Zerschneidens und Aufklebens der Banderole sowie wegen größerer Anforderungen an die Buchführung mehr Arbeitskräfte einstellen müßten. Um dem Bestreben, die ganze Steuerlast auf die Händler abzuwälzen, entgegenzuwirken, fand, wie der „Vorwärts“ seinerzeit berichtete, schon im August dieses Jahres eine Zigarettenhändler-Versammlung statt, die von dem „Neuen Verein der Zigarettenhändler Berlins und Umgegend“ einberufen war. Die Erfolglosigkeit der damals eingeleiteten Aktion und die Art, wie die Vertreter dieses Vereins die Verhandlungen mit den Fabrikanten führten, brachten es mit sich, daß in einer Versammlung, die am 12. November im Saale von Lipps am Friedrichshain stattfand, eine neue Organisation gegründet wurde, der „Zentralverband der Zigarettenhändler Berlins und der Vororte“. Die Versammlung gab einer Kommission den Auftrag, die Fabrikanten von neuem aufzufordern, nicht an Schleuderer zu liefern, und verlangte ferner, daß der höchste Preis für die Zweipfennig-Zigarette auf 12 M., für die Dreipfennig-Zigarette auf 19 M. per 1000 festgesetzt werde.

Der „Zentralverband“ beschäftigte sich nun am Sonntagnachmittag in einer Generalversammlung wiederum mit der Zigarettenfrage. Hier wurde unter anderem bemerkt, daß einige große Firmen, wie Manoli und Garbaty, nicht nur an schleudernde Händler, sondern auch an Fabrikkantinen liefern, die 10 Stück der Dreieinhalbpfennig-Zigaretten für 28 Pf. abgeben, was die Händler um so mehr schädigt, als ja Arbeiter und Angestellte der Fabriken auch ihre Bekannten und Freunde häufig mit der billigen Ware versorgen. Mehrere Redner sprachen dafür, daß man die Fabrikanten, die der Schleuderei Vorschub leisten, boykottieren, ihre Waren einfach vom Verkauf ausschalten sollte, und es wurden andere Firmen bekannt gegeben, die die bei Lipps aufgestellten Forderungen bereits anerkannt haben. Mit allen in Frage kommenden Fabrikanten konnte jedoch noch nicht verhandelt werden. Ueber die weiteren Maßnahmen soll in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung beschlossen werden, die bekannt gegeben wird in dem Organ des Zentralverbandes, „Der Zigarrenhändler“, das vorläufig an die hiesigen Zigarrenhändler gratis geliefert wird. Daß der bisherige Vorstand des „Neuen Vereins“ lasch vorgegangen ist, wurde selbst von Vereinsmitgliedern zugegeben, die als Gäste an der Versammlung teilnahmen. Soweit der „Verein“ für zweckmäßiges Handeln zu haben ist, erklärten sich die Verbandsvertreter bereit, mit ihm gemeinsam vorzugehen, was auch von den Vereinsvertretern anerkannt wurde.

Vom Gerüst gestürzt und lebensgefährlich verletzt ist gestern nachmittag der 46 Jahre alte Bauarbeiter Franz Gwiaczack aus der Kyffhäuserstraße 11. G. war auf dem Neubau Eylauerstraße 5 am Gerüst tätig gewesen und infolge Fehltritts plötzlich abgestürzt. Er zog sich mehrere Rippenbrüche, sowie schwere innere Verletzungen zu und wurde in fast hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus am Urban eingeliefert.

Ein folgenschweres Bootsunglück ereignete sich Sonntag nachmittag auf der Spree bei Treptow. Zwei junge Leute, der Schneider Emil Arndt und der Hausdiener Karl Heinrich aus Schöneberg, hatten gegen ½5 Uhr von dem Restaurant „Kaisergarten“ aus eine Bootsfahrt unternommen und kehrten auch nach bereits eingetretener Dunkelheit nicht wieder zurück. Gegen ½6 Uhr wurden die Gäste der an der Spree gelegenen Lokale durch gellende Hülferufe erschreckt, die ziemlich von der Mitte des an jener Stelle breiten Wasserlaufes herkamen. Zahlreiche

Personen machten Boote los, um den Bedrängten Hülfe zu leisten. Jedoch war es bei der auf dem Wasser herrschenden Finsternis leider nicht möglich, die Unfallstelle genau zu ermitteln, umsoweniger, als auch die Hülferufe bald verstummten. Eines der Boote stieß ziemlich dicht am linken Ufer auf einen im Wasser treibenden Mann, der, durch die kalten Fluten fast völlig erstarrt, sich nur noch mühsam auf der Oberfläche halten konnte. Der Gerettete war der Hausdiener H., der, kaum im Boote aufgenommen, die Besinnung verlor. Dagegen konnte die Leiche seines Freundes, der jedenfalls sofort untergegangen war, bisher noch nicht aufgefunden werden. Das gekenterte Boot wurde noch am Abend angetrieben und gelandet. Wie das Unglück entstanden, war, da H. nicht vernehmungsfähig ist, nicht festzustellen.

Der Totensonntag hatte eine wahre Völkerwanderung nach den Friedhöfen hervorgerufen. Unzählige Tausende pilgerten schon am frühen Morgen nach den Begräbnisstätten hinaus, um die Gräber der Toten zu schmücken. Geradezu gewaltige Dimensionen hatte der Verkehr nach der Hermannstraße, wo sich bekanntlich ein Friedhof an den anderen reiht, angenommen. Trotzdem die Verkehrsgesellschaften, namentlich die Große Berliner Straßenbahn, alles aufgeboten hatten, um dem enormen Andrang standhalten zu können, so war doch der größte Teil der Besucher gezwungen, den weiten Weg nach den Ruhestätten zu Fuß zurückzulegen. Die Blumengeschäfte und Kranzbindereien waren fast sämtlich ausverkauft. Abends spielten sich dann bei der Heimbeförderung der Menschenmassen an den Haltestellen wieder die üblichen Szenen um die Erkämpfung der Plätze ab.

An der Weidendammerbrücke erfolgte am Sonntagnachmittag zwischen 4 und 5 ein Zusammenstoß zwischen einem von der Müllerstraße kommenden Straßenbahnwagen und einem Omnibus der von der Friedrichstraße kam in dem Augenblicke, als der Straßenbahnwagen in die Kurve einbiegen wollte. Um ein Haar wäre der Omnibus umgeworfen worden; die Passagiere kamen mit dem bloßen Schrecken davon; die Elektrische hatte einige zerbrochene Fensterscheiben zu beklagen.

Unvorsichtiges Hantieren mit einem Tesching hat zu einem bedauernswerten Unfall geführt. Am gestrigen Sonntagabend spielten einige Knaben an der Ramler- und Swinemünderstraße „Jeck", also Greifen. Der bei dem Spiel unbeteiligte Knabe Walter Hoebel aus der Voltastraße hatte ein Tesching auf die Straße mitgenommen und schoß hiermit den in der Putbuserstraße 32 wohnenden Sohn Walter des Arbeiters Bohm unvorsichtigerweise an. Die 6 Millimeter-Kugel traf den Kleinen an der rechten Halsseite. Der Angeschossene begab sich zur Unfallstation, dann zu Dr. med. Jakob, und muß die kgl. Klinik oder Charité aufsuchen.

Zwei schwere Einbruchsdiebstähle sind in der Nacht zum Sonntag verübt worden. In dem Hause Hedemannstr. 13/14 stattete eine Einbrecherbande dem Oberleutnant v. D. einen recht lohnenden Besuch ab. Während v. D. im Hinterzimmer schlief, drangen die Diebe in die vorderen Räumlichkeiten ein und stahlen dort fast sämtliche Wertsachen. Im ganzen fiel den Burschen Beute im Werte von etwa 500 M. in die Hände. Bei einem weiteren Einbruchsdiebstahl in die Wohnung eines Mieters in der dritten Etage wurden die Täter gestört. — Auf Geld- und Wertsachen hatte es gleichfalls eine Einbrecherbande abgesehen, die den Kaufmann Max Sauer in der Schivelbeinerstraße 27 heimsuchte. Die Diebe brachen in den Laden ein, raubten dort die Wechselkasse aus und drangen dann in die Wohnung vor. Alles, was sie dort an Gold- und Wertsachen finden konnten, nahmen sie mit. Durch das verdächtige Geräusch, das die Einbrecher bei ihrer „Arbeit" verursachten, wurde ein Bäckerjunge aufmerksam gemacht und die Verfolgung der Täter veranlaßt. Sie war jedoch vergeblich.

Im Tiergarten Selbstmord verübt hat der 20jährige Hausdiener Hugo Förster aus der Landsbergerstraße. In der Nähe des Spreeweges fanden Spaziergänger den Lebensmüden auf einer Bank als Leiche auf. Neben dem Toten stand eine entleerte Lysolflasche. F. hatte mit dem Modegift seinem Leben ein Ende bereitet.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich Sonntag abend an der Ecke der Lortzing- und Brunnenstraße. Der 27 Jahre alte Karl Luschat, Lortzingstraße 35 wohnhaft, hatte auf dem Heimwege an der erwähnten Kreuzung den Fahrdamm überschreiten wollen und dabei versucht, kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen die Gleise zu passieren. Er wurde jedoch von der Vorderplattform erfaßt, niedergerissen und überfahren. In bewußtlosem Zustande fand der Schwerverletzte Aufnahme im Lazarus-Krankenhause. Der Kopf war dem Bedauernswerten vollständig zerfleischt worden und außerdem hatte L. erhebliche innere Verletzungen erlitten.

Erhängt aufgefunden ist am 21. d. M. in der königl. Forst zu Adlershof die Leiche eines unbekannten Mannes im Alter von 20 bis 25 Jahren, dessen Persönlichkeit sich bis jetzt nicht hat ermitteln lassen. Bei der Leiche sind vier Photographien, die den Toten darstellen und ein Lotterielos vom Roten Kreuz Nr. 243 218 gefunden worden. Die Leiche ist ungefähr 1,70 Meter groß, hat volles gewelltes Kopfhaar, war bekleidet mit einem schwarzen Ueberzieher, gleichem Jackett und Hose, weißgeblümter Weste, schwarzem steifen Hut, schwarzen Schnürstiefeln, weißemllmlegekragen mit blauer Krawatte. Bei der Leiche wurde ein Portemonnaie mit 30 M., ein Taschenspiegel, fünf weiße Taschentücher ohne Zeichen, ein weißer Kragenschoner, ein Bund Schlüssel und ein Paar braune Glacéhandschuhe vorgefunden. Wer über die Persönlichkeit des Toten etwas angeben kann, wolle dies der Kriminalpolizei schriftlich zu Nr. 8220 IV 1. 06 oder mündlich im Zimmer 318 mitteilen.

Eine wertvolle Ergänzung der sich in unserer Partei immer stärker geltend machenden Bestrebungen auf Vertiefung unserer Grundsätze bilden die Bemühungen von Vereinigungen, der Arbeiterschaft auch auf dem Gebiete der Kunst, des Gesanges und der Musik Gutes zu bieten und ihr wirkliche Genüsse zu schaffen. Heutzutage ist der wirkliche Kunstgenuß in der Hauptsache das Privilegium der besitzenden Klasse, der Proletarier gibt sich vielfach zufrieden mit dem, was in Tingeltangel-Variétés geboten wird. Da ist es zu begrüßen, wenn sich Vereinigungen zum Ziel setzen, für ein billiges Entree wirkliche Kunstgenüsse zu verschaffen und die Arbeiterschaft in die lichten Höhen dieses Genießens hinaufzuziehen. In den Dienst dieser Bestrebungen haben sich neben anderen Vereinen, wie Volkschor, Volksbühnen auch bestimmte Gesangvereine gestellt. Allerdings können dies nur große, leistungsfähige Vereine tun. Sie sind in der Lage, einen guten gesanglichen Teil durch einen vorzüglichen musikalischen Teil zu ergänzen. Das konnte man beispielsweise wieder am Sonntag wahrnehmen. Während in der „Neuen Welt" die „Typographia" nach dieser Richtung hin wirkte, hatte der Gesangverein „Kreuzberger Harmonie" in der Brauerei Am Friedrichshain ein Konzert arrangiert. Das Konzert des letztgenannten Vereins, das wir besuchten, lieferte den unwiderleglichen Beweis, wie ernst es ihm um die Förderung der obengenannten Bestrebungen ist. Das gesangliche Programm war ein gut ausgewähltes und, fanden wir darunter manchen guten Bekannten, so war doch die Wirkung durch den guten Vortrag eine zweifellos gute, und als der Chor Uthmanns „Sturm" durch den Saal brausen ließ, bewies der starke Beifall den Sängern, daß ihre Bemühungen auch Anerkennung fanden. Zum guten Gelingen des Abends trug nicht zum wenigsten die vorzügliche Auswahl und das gute Spiel der vom Sinfonieorchester zu Gehör gebrachten Piecen bei.

Vom Kahn abgestürzt und ertrunken ist gestern bei Wilhelminenhof der 19jährige Bootsmann Reuter, der auf einer Kohlenzille beschäftigt war. Beim Staken glitt R. vom Laufbrett ab und stürzte kopfüber in die Fluten. Die übrige Bemannung des Fahrzeuges stellte sofort Rettungsversuche an, doch konnte der Körper des Verunglückten erst nach längerem Bemühen aufgefunden werden. Die alsbald unternommenen Wiederbelebungsversuche blieben leider erfolglos.

Einen Vortragszyklus aus den Werken „Deutscher Dichter" veranstaltet Karl Albert Stripp am Mittwoch, den 28. November, abends 8½ Uhr in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstraße 75. Die musikalische Belebung für diesen Abend bringt das Solistenquartett vom Berliner Sinfonieorchester unter Leitung von Maximilian Fischer. Der Eintritt beträgt 30 Pf.

Das Bernhardt Rose-Theater (früher Karl Weiß) brachte am Sonnabend „Die Neue Welt", Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Bildern aus dem amerikanischen Volksleben von Hans Kießling auf die Bretter. Das Stück führt uns, wie schon der Name besagt, nach New York und läßt uns hier die Bekanntschaft der aus den verschiedensten Gründen der alten Welt den Rücken Gekehrten und in Amerika ihr Glück Erhoffenden machen, wobei wir schließlich die heitersten und trübsten Erlebnisse machen. Da treffen wir Herrn Schädlich aus Leipzig, der einen guten Bankerott gemacht hat und seiner Frau, einer bösen Sieben, ausgerückt ist. Ein anderer, ein Baron von Apfelstedt, der nichts weiter als seinen Namen sein eigen nennt, glaubt eine der vielen Millionärinnen zu ergattern, eine Wienerin sucht ihren Bräutigam und noch andere. Alle wollen ihr Glück machen. Nach manchen Schwierigkeiten — der Baron spielt sogar auf kurze Zeit Kellner, ist aber unfähig dazu — müssen aber alle einsehen, daß auch in Amerika die gebratenen Tauben nicht herumfliegen und daß es das beste ist, wieder nach der Heimat zurückzukehren. Aber ehe dies geschieht, wendet sich alles zum Besten. Der Baron macht eine reiche Erbschaft, die Wienerin bekommt ihren Bräutigam und der biedere Sachse — seine „bessere" Hälfte. Der Schluß war etwas unvermittelt. Das Ganze enthielt eine Reihe humoristischer Szenen und wurde viel belacht.

Orgel-Konzert. Mittwoch, den 28. November, abends 7½—8½ Uhr, veranstaltet der königl. Musikdirektor Bernh. Irrgang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgel-Konzert unter Mitwirkung von Frau Gertrud Labaube (Sopran), Frl. Sonja Beeg (Alt), Frau Bianka Becker-Samolewska (Violine) und Herrn Organisten Wennrich (Orgel). Orgel-Kompositionen von Bach, Reger und Schumann. Der Eintritt ist frei!

Feuerwehrbericht. Am Sonnabend hatte die Feuerwehr zahlreiche Brände zu löschen. Außer den schon gemeldeten mußten u. a. noch folgende im Laufe des Tages gelöscht werden. Auf dem Schlesischen Güterbahnhof ein großer Preßkohlenbrand, in der Langestr. 10 ein kleiner Wohnungsbrand und in der Straßburgerstraße 14 ein Schornsteinbrand. Ferner brannte Putzwolle usw. an einem Elektromotor in der Köpenickerstr. 18/20, ein Automobildreirad an der Ecke der Neuen König- und Schützenstraße. Wegen einer Gasexplosion wurde die Wehr nach der Brunnenstr. 141 gerufen. Eine Frau hatte dabei Brandwunden am Kopf und den Armen erlitten. Weitere Gefahren konnten schnell beseitigt werden. Außerdem liefen noch Alarme aus der Waldstr. 22, Wichmannstr. 5 und anderen Stellen ein. In der Schönhauser Allee 9 wurde ein Sauerstoffapparat zu einem Kranken verlangt. In der Beusselstr. 9, Dresdenerstr. 38, Fröbelstr. 9 und anderen Orten hatte die Wehr gestern mit der Rettung von Pferden zu tun. Am Sonntagabend während der Vorstellung im Zirkus Busch kam auf einem dicht neben dem Zirkus in der Spree liegenden Aepfelkahn Feuer aus. Die Flammen schlugen hell und leuchtend aus der Kajüte weit über die Kaimauern empor. Zum Glück bemerkte die Sicherheitswache im Zirkus Busch rechtzeitig die große Gefahr. Zwei Mann nahmen sofort von der Feuerlöscheinrichtung des Zirkus eine Leitung vor und löschten damit noch vor Eintreffen der Feuerwehr, ohne daß die vielen Besucher des Zirkus etwas bemerkten, die Flammen. Gleichzeitig mußte in der Rathenowerstr. 46 ein Ladenbrand gelöscht werden. In der Wilhelmstr. 123 brannte auf dem Hofe Papier u. a. und Alt-Moabit 40 Lumpen und Papier usw. Längere Zeit hatte die 1. Kompagnie in der Prenzlauerstr. 82a zu tun, wo Lumpen usw. in einem Keller unter großer Qualmentwickelung brannten. Küchenbrände beschäftigten die Wehr in der Borsigstr. 18, Oranienstr. 101/102, Veteranenstr. 19, Raumynstraße 17, Siemensstr. 15 und anderen Stellen. Außerdem hatte die Wehr noch in der Schönleinstr. 11 und anderen Orten zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Bei einem Automobilunfall ist gestern mittag die Frau des Stadtrats Erler, Viktoria Luise-Platz 5, erheblich zu Schaden gekommen. Frau E. war in einem Droschken-Automobil die Charlottenburger Chaussee entlang gefahren und als der Kraftwagen die Sieges-Allee passierte, versagte plötzlich die Steuerung und mit voller Gewalt stieß er gegen einen Kandelaber der Straßenbahn. Das Automobil wurde fast vollständig zertrümmert und die Insassin an der linken Gesichtsseite, der Hand und am Unterschenkel erheblich verletzt. Sie erhielt die erste Hülfe auf der Unfallstation 20.

Ueber „Kindergärten und Proletariat" referierte in einer Volksversammlung am 22. November im Volkshause Simon Katzenstein. Redner schilderte, wie die moderne kapitalistische Entwickelung mit ihren Folgeerscheinungen: Frauenarbeit und schlechte Wohnungsverhältnisse, der proletarischen Mutter ganz oder zum erheblichen Teil die Möglichkeit entzogen habe, sich der Erziehung des jungen Kindes mit Sorgfalt zu widmen. Nach Besprechung und Kritik der zur Bekämpfung dieses Mißstandes von bürgerlich-privater Seite geschaffenen Einrichtungen setzte Redner in packender Weise die Anforderungen auseinander, welche an einen nach modernen Erziehungsgrundsätzen geleiteten Kindergarten zu stellen seien, mit besonderem Nachdruck hervorhebend, daß ein Kindergarten mit keinerlei politischen oder religiösen Nebenzwecken verquickt werden dürfe. Von den Städteverwaltungen müsse energisch die Errichtung einer genügenden Zahl pädagogisch einwandfreier Kindergärten gefordert werden. Es sollten aber auch aus eigener Kraft, wo es sich ermöglichen lasse, „freie" Kindergärten gegründet werden. Redner forderte zum Schluß mit eindringlichen Worten zum Beitritt in den „Verein Freier Kindergarten", Brauhofstraße 13, auf, um denselben lebenskräftig zu erhalten.

In der kurzen Diskussion, welche dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte, wurde auf die am 3. Dezember im Volkshause tagende Generalversammlung des Vereins, in welcher Herr Professor Wilhelm Förster einen Vortrag über „Gemeinschaftserziehung" halten wird, so auch auf das Winterfest am 15. Dezember hingewiesen.

Für die Einführung der Wertzuwachssteuer erklärte sich der Mieterverein in seiner letzten Sitzung. Eine diesbezügliche Resolution wurde einstimmig angenommen.

Rixdorf.

Eine städtische Badeanstalt mit Schwimmhalle wird nun, wie wir im letzten Stadtverordnetenbericht bereits mitteilten, auch Rixdorf erhalten. Die Wahl des dazu bestimmten Grundstückes, Richardstraße 113/114, kann, weil es im Zentrum der Stadt liegt, als sehr glücklich bezeichnet werden. Die Anstalt selbst wird die Mitte des nach der Donaustraße durchgehenden Geländes einnehmen, während das Vorderland an dieser letzteren Straße für eine 32klassige Gemeindeschule reserviert bleibt. Auf dem an der Richardstraße belegenen Teil des Grundstücks wird beabsichtigt, u. a. eventuell auch die städtische Volksbibliothek und Lesehalle unterzubringen, um so für die Badegäste gleichzeitig einen angenehmen Erholungsort nach dem Bade zu schaffen. Es ist das ein Plan, von dem man nur wünschen kann, daß er bald zur Tat wird. Die Badeanstalt selbst soll enthalten: Brausebäder und Wannenbäder für Männer und Frauen, medizinische Heilbäder (Kohlensäure-, Sand-, Moor-, elektrische Bäder), Dampfbäder mit Ruheräumen, ein römisch-irisches Bad, schließlich auch die nötigen Warteräume, welch letztere gegebenenfalls in direkte Verbindung mit der Bibliothek gebracht werden sollen. Für jeden Freund einer gesundheitsfördernden Körperkultur aber wird die projektierte Schwimmhalle wohl das Erfreulichste sein. Dieselbe wird eine Beckengröße von 265 Quadratmeter aufweisen. Die in Aussicht gestellte kleinere Schwimmhalle (128 Quadratmeter) für Frauen soll erst im Bedürfnisfalle gebaut werden. Dies Zögern ist keineswegs gutzuheißen; denn auch bei dem weiblichen Teil unserer Bürgerschaft wird, wenn erst mal die Gelegenheit dazu geschaffen ist, mehr und mehr das Verständnis für die wohltätige Wirkung eines ungebundenen fröhlichen Tummelns im nassen Element platzgreifen. Bei denen aber, die diese Ueberzeugung schon haben, heißt es, Sorge zu tragen, daß der „Bedürfnisfall" schleunigst eintritt. Die Einrichtung eines Luft- und Sonnenbades ist ebenfalls in Aussicht genommen, so daß auch die Anhänger der „Müllerei" auf ihre Rechnung kommen werden. Für die Wasserversorgung wird eine eigene Brunnenanlage geschaffen, nur für den Notfall soll ein Anschluß an die Wasserleitung hergestellt werden. Die Baukosten sind auf rund 400 000 M. veranschlagt, für die Projektbearbeitung 8000 M. zur Verfügung gestellt. Hoffentlich wird die letztere energisch betrieben; hatte doch gerade der weitaus größte Teil der Einwohner, die Arbeiter mit ihren Familien, wegen des Fehlens häuslicher Badeeinrichtungen ganz besonders unter dem Mangel einer Badeanstalt zu leiden. Nun noch eins! Wenn es wirklich der Fall sein sollte, daß durch den Bau der Badeanstalt man im Magistrat sich seiner Pflichten in dieser Hinsicht ledig fühlt, und wohl gar die Einrichtung von Schulbrausebädern ganz umgehen möchte, so kann dies vom Standpunkt einer vernünftigen zielklaren Schulhygiene nicht scharf genug verurteilt werden. Oder will etwa die Rixdorfer Stadtverwaltung sich den Ausspruch jenes würdigen Stadtvaters zur Richtschnur machen, der erklärte, daß die Stadt nicht dazu da sei, „den Arbeiterkindern den Dreck abzuwaschen"? Wenn nicht, dann wird der Magistrat auch an die Schulbrausebäder heranmüssen. Jedenfalls wird es Aufgabe der Arbeitervertreter im Rathause sein, hier kräftig nachzuhelfen.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonnabendabend gegen ½8 Uhr in der Hermannstraße. Die 48 Jahre alte Arbeiterfrau Müller, Münchenerstraße 31 wohnhaft, wollte vor dem Hause Hermannstraße 46 in der Nähe der Selchowerstraße den Fahrdamm überschreiten, als ein Straßenbahnzug der Linie 28E (Britz—Moritzplatz) herannahte. Die Frau betrat so unmittelbar vor dem Motorwagen das Gleis, daß trotz Anwendung der Gefahrbremse der Straßenbahnzug nicht mehr rechtzeitig zum Stehen gebracht werden konnte. Sie wurde niedergerissen und fiel so unglücklich, daß sie mit beiden Füßen unter den vor den Achsen des Waggons befindlichen hölzernen Schutzrahmen geriet. Frau Müller wurde durch Anheben des Wagens aus ihrer gefahrvollen Lage befreit und nach der Unfallstation gebracht, wo sie wenige Minuten nach ihrer Einlieferung an den Folgen eines schweren Schädelbruches starb.

Friedenau.

Die letzte Wahlvereinsversammlung beschloß nach einem Vortrag des Genossen Dr. Borchardt über „Demokratie und Wahlrecht" am 4. Dezember eine außerordentliche Mitgliederversammlung abzuhalten, um zu dem Organisationsvertrag für Preußen, sowie zu der Aenderung des Kreisstatuts Stellung zu nehmen.

Treptow-Baumschulenweg.

Aus der Gemeindevertretung. Der Gemeindevorsteher teilte unter anderem mit, daß der verstorbene Rentier Pöhlig der Gemeinde 25 000 M. vermacht habe mit der Maßgabe, daß das Geld mündelsicher angelegt, die Zinsen unter den Armen der Gemeinde verteilt und die Stiftung den Namen Pöhlig-Stiftung erhalten soll. Die Vertretung erklärte sich hiermit einverstanden. Ein Prozeß gegen die Eisenbahndirektion über die Unterhaltungspflicht der Kiefholz- und Jordanstraße ist endgültig zugunsten der Gemeinde entschieden und der Kasse derselben 35 800 Mark überwiesen. — Betreffs Uebernahme der Unterhaltungspflicht der Treptower Chaussee und der Dorfstraße durch die Stadt Berlin wurde eine Kommission eingesetzt, welcher auch Genosse Gerisch angehört. — Auf die schlechte Beschaffenheit der Elsenstraße an der Rennbahn, namentlich bei Regenwetter, wies Genosse Gramenz abermals hin. Ihm schloß sich Gemeindevertreter Grätz an und empfahl, Berlin zu veranlassen, auch an seinen Grundstücken Mosaikpflaster herzustellen. Der Gemeindevorsteher erklärte sich bereit, diesbezügliche Unterhandlungen in die Wege zu leiten — ein Versprechen, welches bereits in einer der letzten Sitzungen abgegeben war. Hoffentlich reift es diesmal zur Tat. Eine Anfrage des Genossen Karow, wie weit der Wertzuwachssteuerentwurf gediehen sei, wurde vom Gemeindevorsteher dahin beantwortet, daß er noch die von der Regierung bisher genehmigten Entwürfe sammele und das ganze der Kommission in nicht ferner Zeit vorzulegen gedenke. Genosse Karow ging noch näher auf diese wichtige Steuereinnahmequelle ein und sprach den Wunsch aus, daß die Vertretung sich bald damit beschäftigen möge. Die bisher geübte Praxis, die wichtigsten Sachen in nicht öffentlicher Sitzung zu verhandeln, hat wiederholt eine scharfe Kritik unserer Genossen erfahren; den bürgerlichen Herren scheint aber sogar die bloße Veröffentlichung des Abstimmungsresultats unangenehm zu sein. So haben sie unsere Mitteilung aus der letzten geheimen Sitzung, in welcher der Antrag unserer Genossen über den Wohnungsgeldzuschuß für die Lehrer zur Verhandlung statt und gegen die Stimmen unserer drei Genossen abgelehnt wurde, lebhaft bedauert. Die Herren beriefen sich auf die Geschäftsordnung, wonach ohne Beschluß der Vertreter nichts veröffentlicht werden dürfe. In der Debatte hierüber meinten sie, es dürfe sogar nicht der Sinn der Verhandlung über den Beratungsgegenstand veröffentlicht werden. Demnach wären allerdings die bürgerlichen Vertreter vor jeder Kennzeichnung ihrer reaktionären Handlungen der Oeffentlichkeit gegenüber geschützt. Es würde bei einem heiklen Beratungsgegenstand nur immer einer tapferen Flucht in die geheime Sitzung genügen, um allen Unannehmlichkeiten enthoben zu sein. Zum Glück sind einseitige Interpretationen kein Hindernis für die öffentliche Publikation.

Lichtenberg.

Die Gemeindevertretung hatte am Freitag zunächst drei ausnahmsweise Bauerlaubnisse zu erteilen und stimmte einem Antrage des Gemeindevorstandes zu, ein in der Gürtelstraße belegenes Grundstück zum Preise von 875 M. pro Quadratrute anzukaufen. Durch dieses Grundstück sollen im Anschluß des vorhandenen Durchlasses unter dem Bahndamme die Rohr- und Kabelleitungen der Gemeindewerke nach dem westlichen Ortsteil geleitet werden. Die Uebernahme der Krauseschen höheren Töchterschule in die Verwaltung der Gemeinde hatte die Vertretung bereits beschlossen. Die Inhaberin aber verlangt nun noch neben den beschlossenen Bedingungen die Uebernahme der Lehrergehälter für das letzte Quartal. Die Gemeindevertretung lehnte das Verlangen ab. Da noch weiter bekannt wurde, daß der Mietsvertrag der Gemeinde ungünstige Bestimmungen enthält, wurde beschlossen, noch Einsichtnahme in diesen Vertrag die Uebernahme überhaupt abzulehnen. Die katholische Kirchengemeinde stellt erneut den Antrag, 5000 M. aus Gemeindemitteln zum Erweiterungsbau der Kirche zu bewilligen. Da die „Freisinnigen" erklärten „Grundsätze" zu haben und diese in Anwendung zu bringen, wurde mit knapper Majorität das Verlangen abgelehnt. Zur Beschaffung von Projekten für das zu erbauende Krankenhaus verlangte der Gemeindevorstand 8000 M. Nach langer Debatte wurde auch dieser Antrag angenommen. Bei dieser Debatte trat die Rückständigkeit eines Teiles unserer „Dorfväter" in bezug auf Anerkennung sozialer Pflichten so kraß zutage, daß unsere Genossen mit Recht davon sprechen konnten, daß dieser Bau von der Mehrheit als ein „notwendiges Uebel betrachtet und behandelt würde". Bei der Wahl eines Kuratoriums für das Realprogymnasium machte der Gemeindevorstand Vorschläge, die die Annahme rechtfertigen, daß die Gewählten der 3. Wählerklasse auch im Gemeindevorstande als nebensächlich betrachtet werden. Die Vorgeschlagenen und auch Gewählten gehören durchweg der ersten und zweiten Wählerklasse an. Der „Auseinandersetzungsvertrag" mit dem Kreise Nieder-Barnim hat die Zustimmung des Kreisausschusses erhalten und wurde von der Vertretung endgültig genehmigt.

Pankow.

Wie berechtigt der im Juni von unseren Genossen gemachte Vorwurf war, „durch die unsachgemäße Ausführung der Rieselfeldanlage sei der Gemeinde ein Schaden von 40 000—50 000 Mark erwachsen", beweist der Bericht des Gemeindeschöffen Baumeister Lampe in der letzten Sitzung über diese Angelegenheit. Bekanntlich drohte damals Herr Konrad mit Verleumdungsklage gegen den Genossen Freiwaldt und den „Vorwärts". Eine für diese Angelegenheit eingesetzte Untersuchungskommission ist zu folgendem Resultat gekommen: Die gesamten Mehrkosten, die bei einer sachgemäßen Herstellung der Anlage hätten vermieden werden können, einschließlich der Ertragsverluste für zu früh der landwirtschaftlichen Nutzung entzogenes Terrain betragen zirka 30 000 Mark; hiervon müssen 10 200 Mark sofort bewilligt werden. Nach sehr lebhafter Diskussion wurde die Summe gegen die Stimmen unserer Genossen bewilligt. Unsere früheren Angaben dürften durch die „festgestellten" 30 000 M. nicht erschüttert sein, wenn wir die ohne festgelegten Etatstitel gemachten Mehrausgaben in der Schloßstraße in Höhe von 12 400 M. dazuschlagen. Warten wir noch auf die Feststellung der Mehrkosten und ihrer Ursachen für die Kanalisation der Berlinerstraße, so wirds wohl langen! Eine Vorlage über Dienstreisen und Reisekosten für Beamte und Gemeindevertreter wird nach folgenden Sätzen festgelegt: Für den Gemeindevorsteher ein Pauschale von 500 M. pro Jahr. Für Reisen der Baumeister und Gemeindevertreter bis zu fünf Stunden 4 M. und Fahrgeld. Den Beamten in besonderen Stellen 8 M. bis herunter zu 1,50 M. Für Reisen nach dem Rieselgute Mühlenbeck 5 M. Für weitere Dienstreisen sollen die für die Staatsbeamten geltenden Bestimmungen maßgebend sein. Diese Bestimmungen werden durch Ortsstatut festgelegt. Die vor einigen Wochen an die Kommission zurückgewiesene Vorlage betreffend die Anstellung eines zweiten besoldeten Schöffen ist nunmehr durch die Vertretung angenommen worden, der betreffende soll juristisch vorgebildet sein und ein Anfangsgehalt von 6000 M. erhalten. Zur Anschaffung von Tierschutzkalendern für die Schüler der Gemeindeschulen werden 50 M. bewilligt.

Erkner.

In einer Volksversammlung, in der auch eine weibliche Vertrauensperson gewählt werden soll, wird heute abend 8½ Uhr im Degebrodtschen Lokal die Genossin Mesch einen Vortrag halten. Es werden deshalb die Frauen besonders ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Kind wegen Giftmordes verurteilt.

Auf der Anklagebank mußte gestern ein kaum der Schule entwachsenes junges Mädchen, das 16jährige Dienstmädchen Frieda Schütz, wegen Giftmordes, begangen an dem acht Monate alten Kinde ihrer Dienstherrschaft, sich vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III verantworten. Bald nach ihrer Entlassung aus der Schule mußte das damals vierzehnjährige Mädchen einen Dienst annehmen, um mit ihrem Lohn die mehr als dürftigen Verhältnisse im Hause der Eltern etwas zu bessern, in dem noch drei schulpflichtige Kinder ernährt werden mußten. Die erste Stellung bei einem Butterhändler mußte das junge Mädchen bald verlassen, da es sich als lügnerisch und nicht ehrlich erwies. Aus mehreren anderen Stellen wurde die Angeklagte aus den gleichen Gründen wieder davongejagt. Am 1. Dezember v. J. fand die S. durch eine Stellenvermittlerin bei dem Werkmeister Heino in Charlottenburg einen Dienst, in dem sie sich anfänglich ganz gut führte. Schon nach kurzer Zeit stellten sich bei der S. wieder die alten Untugenden ein. Sie kam spät nachts nach Hause, belog die Herrschaft, wo es nur ging und vergaß auch mehr als einmal den Unterschied zwischen Mein und Dein. Wenn Frau Heino der Angeklagten mit der sofortigen Entlassung drohte, bat diese unter Tränen, man möge sie doch ihren Eltern zuliebe nicht wieder fortjagen und sie wenigstens solange behalten, bis sie wieder einen anderen Dienst gefunden habe. Wiederholt war Frau H. schon nahe daran, die Angeklagte zu entlassen, aber immer wieder ließ sie sich von dem inständigen Bitten des Mädchens rühren. Als sich die Angeklagte am 28. Mai d. J., wo es in dem H.schen Hause „große Wäsche" gab, wiederum als faul und lügnerisch erwies, wurde ihr von Frau H. bedeutet, sie könne am nächsten Tage ihre Sachen packen. Am Abend desselben Tages faßte die Angeklagte nun den wahrhaft teuflischen Plan, um sich an der Frau H. zu rächen. Das geeignetste Mittel hierzu sollte der acht Monate alte kleine Kurt H. sein, der ahnungslos in seiner Wiege schlief. Die Angeschuldigte schüttete ein Quantum Zuckersäure, die im Haushalt zum Putzen des kupfernen Waschkessels benutzt worden war, in die Milch des kleinen Kurt, die dieser in der Nacht trinken sollte. Hierauf begab sich die jugendliche Giftmischerin ruhig in ihre Kammer und legte sich schlafen, als ob nichts geschehen sei, während im Nebenzimmer eine Mutter ahnungslos ihr eigenes Kind vergiftete. In der Nacht wärmte Frau H. die vergiftete Milch und reichte sie ahnungslos ihrem Kinde. Am nächsten Morgen fand man das unglückliche kleine Wesen mit verglasten Augen in seiner Wiege liegend. Trotzdem sofort ärztliche Hülfe hinzugezogen wurde, gelang es nicht mehr, die zerstörenden Wirkungen des Giftes aufzuhalten, zumal niemand an eine Vergiftung dachte. Unter den schrecklichsten Qualen verstarb das bedauernswerte Kind an dem Nachmittage. Als die Angeklagte am 30. Mai verhaftet wurde, setzte sie ihrem schändlichen Treiben noch dadurch die Krone auf, daß sie die eigene Mutter des Kindes verdächtigte, einen Mord begangen zu haben. Am nächsten Tage legte sie aber ein offenes Geständnis ab. Ohne eine Spur von Reue an den Tag zu legen, wiederholte die Verworfene vor Gericht dieses Geständnis, und schilderte die einzelnen Handlungen mit einer geradezu beängstigenden Gleichgültigkeit. — Staatsanwalt Elsner bezeichnete die Angeklagte als eine durch und durch verworfene und jedes besseren Gefühls unfähige Person, die, um niedere Rache auszuüben, in der schändlichsten Weise ein unschuldiges Kind gemordet und dadurch tiefes Unglück über eine ganze Familie gebracht habe. Eine derartig niederträchtige und gefühlsrohe Handlung müsse in der allerschärfsten Weise verurteilt werden. Der Antrag des Staatsanwalts lautete deshalb auf 6 Jahre und 3 Monate Gefängnis. Das Gericht kam auf Grund des § 229 St.-G.-B. zu einer Verurteilung der Angeklagten. Das Urteil lautete auf 4 Jahre 8 Monate Gefängnis.

Die Schuld an der entsetzlichen Tat dem Kind allein aufzubürden, es als „verworfen und jedes besseren Gefühls unfähig" zu schildern ist leicht, aber unbillig. Ist an der furchtbaren Tat im letzten Grunde nicht eine Gesellschaftsordnung schuld, die ein Kind zum Erwerb zwingt und die Möglichkeit einer Ausbildung seiner geistigen und sittlichen Fähigkeiten untergräbt? Verurteilt, hoch verurteilt ist das Kind. Glaubt man in der Tat, daß die Strafe bessern könne? Bessert die sozialen Verhältnisse und auch derartige Scheußlichkeiten werden unmöglich werden. Weit schuldiger als das Kind sind die reaktionären Gesetzgeber und eine Verwaltung und Rechtsprechung, die dem Arbeiter bei den Versuchen, seine und seiner Klassengenossen Lage zu heben, in den Arm fällt.

Der Konkurrenzkampf in der Rosenstraße.

Das „Anreißen" ist eine der beliebtesten Geschäftsbräuche bei den Althändlern in der Rosenstraße. Wer es versteht recht viele der Vorübergehenden zum Kauf zu bewegen, der macht gute Geschäfte und zieht sich dadurch den Neid seiner Konkurrenten zu, die sich weniger gut auf die Kunst des Anreißens verstehen. Wenn die Angaben, die ein Schutzmann als Zeuge vor Gericht machte, in allen Punkten zutreffen, dann führen die Althändler in der Rosenstraße untereinander einen wütenden Konkurrenzkampf, der gelegentlich mit Fäusten, Knüppeln und anderen gefährlichen Werkzeugen ausgefochten wird. Um solchen Exzessen vorzubeugen, geht die Polizei den Anreißern mit der Straßenordnung und dem Groben-Unfug-Paragraphen zu Leibe. Denn, so meint die Polizei, wenn den Anreißern das Handwerk gelegt wird, hören auch die weiteren Folgen des Konkurrenzkampfes in der Rosenstraße auf. Daß es unter solchen Umständen manchmal zu Konflikten zwischen Anreißern und Polizeibeamten kommt, kann man sich denken.

Ein Fall dieser Art spielte sich am 26. Mai vor einem Trödlerladen in der Rosenstraße ab. Ein Schutzmann, der dort auf die Anreißer zu achten hatte, untersagte dem Kaufmann Cohn, der in einem Altwarengeschäft angestellt war, den Aufenthalt auf dem Bürgersteige vor dem Geschäftslokal. Cohn ging auch in den Laden, kam aber bald in Begleitung eines anderen Angestellten wieder heraus und beide machten — wie der Schutzmann bekundete — auf dem Bürgersteige langsamen Schritt. Der Schutzmann, aufgebracht durch die Mißachtung seiner Ordnung, verwies die langsamen Schritt übenden Althändler in ihren Laden. Sie folgten der Anweisung. Dann aber erschien Cohn — immer nach der Behauptung des Schutzmanns — in der Ladentür mit einem photographischen Apparat, den er auf den Schutzmann richtete und dabei sagte: Wenn der nicht mehr in der Rosenstraße ist, dann habe ich doch ein Bild von ihm. Der Schutzmann fühlte sich hierdurch verhöhnt und verbat sich die photographischen Versuche Cohns. Nun nahm Cohn — wie der Schutzmann behauptet — eine Puppe, legte ihr eine Schnur um den Hals und hing sie an der Ladentür auf. Der Schutzmann hielt das für eine symbolische Darstellung, die er so deutete: „Ich wäre wert, aufgehängt zu werden." Da ging dem Hüter der Ordnung die Geduld aus. Er forderte Cohn auf, ihm zur Wache zu folgen und drohte mit der Anlegung von Handfesseln, falls Cohn sich widersetzen sollte. Cohn ging aber ruhig mit zur Wache. Die weitere Folge dieses Vorgangs war die, daß Cohn vom Schöffengericht wegen groben Unfugs und Uebertretung der Straßenordnung zu 50 Mk. verurteilt wurde. In der Berufungsinstanz sagte Cohn gestern zu seiner Rechtfertigung: Ich werde mir doch nicht erlauben, einen Beamten zu verhöhnen. Alles, was der Schutzmann in dieser Hinsicht ausgesagt hat, ist der Phantasie seines Kopfes entsprungen. Höchstens habe ich mich durch den Aufenthalt auf der Straße strafbar gemacht, aber dafür 50 Mk., das ist doch zu viel.

Das Gericht schenkte den Angaben des Schutzmanns vollen Glauben, hielt den Angeklagten der Uebertretung der Straßenordnung und des groben Unfugs für schuldig, setzte aber die Strafe auf 30 Mk. herab.

Ein Glück für Herrn Cohn, daß er Anreißer in der Rosenstraße und nicht streikender Arbeiter ist. Wäre er als solcher in der von dem Schutzmann angegebenen Weise mit einem Polizeibeamten in Berührung gekommen, so wäre ihm wohl eine empfindliche Gefängnisstrafe sicher gewesen.

Der Tod des Schankwirts Brosy vor dem Schwurgericht.

Die wüste Rauferei, der der Schankwirt Max Brosy in Plötzensee in der Nacht zum 28. März zum Opfer gefallen ist, kam in der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts am Landgericht Berlin II zur Verhandlung. Ein Termin zur Hauptverhandlung in dieser Sache hat schon einmal im September angestanden, er mußte damals vertagt werden, weil ein inzwischen der Anstalt in Wuhlgarten überwiesener Hauptbelastungszeuge nicht zur Stelle war. Unter der Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Erfolge bezw. der Teilnahme an einer Rauferei, bei der ein Mensch sein Leben einbüßte, sind angeklagt die Kutscher Emil Grabowski, Walter Hampel, Hans Hampel, Richard Krüger und Wilhelm Silber. Als Sachverständige sind geladen: Gefängnisarzt Dr. Marx, Gerichtsarzt Dr. Strauch, praktischer Arzt Dr. Koebrich und Oberarzt Dr. Bratz. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Schmidt, die Verteidigung führen Rechtsanwalt Ackermann, die Referendare Sternberg, Manthey, v. Mosch und Rechtsanwalt Dr. Schwindt. Der Hauptangeklagte Grabowski, ein 22jähriger junger Mensch, der schon mehrfach vorbestraft ist, sitzt seit acht Monaten in Untersuchungshaft, die übrigen Angeklagten haben auch einige Wochen in Untersuchungshaft gesessen, sind dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Ueber die Verhandlung, die gestern abend abgebrochen und auf heute vertagt wurde, werden wir im Zusammenhang mit dem Urteil berichten.

Vor der Strafkammer 3 des Landgerichts II hatte sich dieser Tage der Genosse Scheler wegen angeblicher Beleidigung der Zehlendorfer Polizei zu verantworten. Die Sache beschäftigte schon einmal das Schöffengericht in Lichterfelde. Der Angeklagte sollte in einem Referat, welches derselbe in einer Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle der Bau- und gewerblichen Hülfsarbeiter hielt, die Wendung gebraucht haben, „der Pächter des Fürstenhofs, Schwebhelm, brauche nur zu telephonieren, sofort wären Polizisten und Gendarmen da, wie Kulis". In dem Worte „Kuli" in Bezug auf die Polizei wurde die Beleidigung erblickt. Schon in der Schöffengerichtssitzung gab der Angeklagte zu, den Ausdruck Kuli aber in einem ganz anderen Zusammenhang gebraucht haben. Danach ist der inkriminierte Ausdruck auf die Arbeiter angewendet worden, welche trotz des verhängten Boykotts die Stehbierhalle des Fürstenhofs besuchen. Das Schöffengericht Groß-Lichterfelde kam zu einer Verurteilung zu drei Tagen Gefängnis. Begründet wurde das Urteil damit, daß eine Geldstrafe den Angeklagten doch nicht treffen würde, da dieselbe doch von den betr. Kassen gezahlt würde. Eine Geldstrafe wäre auch nicht geeignet, „bessernd" auf den Angeklagten einzuwirken. Es sei auch gerichtsnotorisch, daß „gewisse Elemente" in mutwilliger Weise die Zehlendorfer Polizeibeamten provozierten. Gegen dieses Urteil und seine merkwürdige Begründung hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. In der Strafkammerverhandlung blieb der Gendarm bei seiner Aussage, die er vor dem Schöffengericht gemacht hatte. Der Angeklagte legte in längeren Ausführungen dar, daß sich der Gendarm irren könne und daß es ihm nicht in den Sinn gekommen sei, die Polizei mit einem derartigen Ausdruck zu belegen. Trotzdem die drei Entlastungszeugen die Ausführungen des Angeklagten auch so aufgefaßt haben, daß der Ausdruck Kuli auf die Arbeiter gemünzt war, welche trotz der Sperre die Stehbierhalle aufsuchten, kam das Gericht doch nach dem Antrage des Staatsanwalts zur Verwerfung der Berufung. Begründend wurde ausgeführt: Die Gefängnisstrafe ist deshalb nicht in eine Geldstrafe umgewandelt worden, weil sich die Verhältnisse in Zehlendorf derart zugespitzt hätten, daß die Sicherheitsbeamten einen besonders schweren Stand hätten, und deshalb nachdrücklichst gegen derartige Beleidigungen geschützt werden müßten. Erschwerend falle noch ins Gewicht, daß die Beleidigung in öffentlicher Versammlung erfolgt sei.

Ein Riesenprozeß wegen Waffendiebstahls.

Ein Prozeß wegen Waffendiebstahls, dessen Dauer viele Wochen in Anspruch nehmen dürfte, beginnt am Mittwoch vor der Strafkammer des Posener Landgerichts. Angeklagte sind: 1. Handelsmann Heimann Behrend (Posen), 2. Kaufmann Georg Loll (Grünberg i. Schl.), 3. Lampenwärter Wilhelm Gaede (Posen), 4. Arbeiter Johann Kubisiak (Posen), 5. Händler Louis Nadersohn (Kl. Tarpen), 6. Händler Max Besbroda (Thorn), 7. Erdarbeiter Ernst Jaeger (Metz), 8. Tischlermeister Karl Redecke (Hildesheim), 9. Kolonnenführer Ernst Donath (Berlin), 10. Sattler Karl Grossor (Spandau, 11. Kaufmann Karl Neupert (Spandau), 12. Kaufmann Hermann Güntzel (Spandau). Die Angeklagten sollen seit einer Reihe von Jahren mit zahllosen Militärpersonen, wie Feldwebeln, Zahlmeistern, Sergeanten, Unteroffizieren, Kasernenwärtern, Militärbüchsenmachern, einigen Zeugoffizieren und auch mit Mannschaften der verschiedensten Truppenteile in einer großen Anzahl Garnisonstädte Verbindung unterhalten und von diesen gekauft haben Infanteriegewehre, fast immer Modell 71, Karabiner, Kürassierpallasche, Kavalleriesäbel, Faschinenmesser, Gewehrläufe, scharfe Patronen, Patronenhülsen, Patronenrahmen, Patronentaschen, Packtaschen, Revolver, Gewehrschlösser, Schloßteile, Flinten, Ladestöcke, Blei, Kupferdraht, Stiefel, Messingbügel, Steinkohlen, Kaffee, Farin, Reis, Erbsen usw. Die Gewehre sollen fast sämtlich tadellos gewesen sein. Es soll vorgekommen sein, daß gute Gewehre gegen schlechte, minderwertige eingetauscht wurden. Alle diese Gegenstände soll Loll in Grünberg erstanden haben. Eine große Anzahl Militärpersonen ist deshalb bereits von den Militärbehörden wegen Diebstahls bestraft worden. Loll soll sich auf den Ankauf der gestohlenen Waffen nicht beschränkt, sondern auch mehrfach direkt mit Militärpersonen in Verbindung getreten sein. Hauptsächlich sollen die Diebstähle begangen sein in Posen, Thorn, Hohensalza, Berlin, Spandau, München, Metz, Straßburg, Saargemünd, Mörchingen und noch verschiedenen anderen Garnisonorten Lothringens. Das Treiben gelangte schließlich zur Kenntnis der Behörde, zumal die Abnehmer das Geschäft in ziemlich ungenierter Weise betrieben haben sollen. So soll z. B. Loll mehrfach mit Militärpersonen im Restaurant „Zum Prälaten" in Berlin und verschiedener anderen ähnlichen Lokalen gesehen worden sein. Auch Behrend, Nadersohn usw. sollen die Militärpersonen oftmals in öffentlichen Lokalen traktiert haben. Die Angeklagten sind sämtlich verhaftet. Sie haben sich wegen Diebstahls und Hehlerei auf Grund der § 242, 259, 73 und 74 des St.-G.-B. zu verantworten. Es sind bisher etwa 350 Zeugen und mehrere Sachverständige geladen. Sofern die Verhandlung nicht besondere Momente ergeben sollte, werden wir uns auf die Wiedergabe des Urteils beschränken.

Auch drohende Lehrlinge werden durch den § 153 geschützt.

In Augsburg rief ein Maurerlehrling zwei Streikenden zu: „Gehts nur her; wenn ihr was wollt, dann schlag ich euch den Hebel auf den Kopf!" Da ging einer der Streikenden hin und versetzte dem Buben mit dem Spazierstock zwei leichte Schläge auf den Kittel. Vor Gericht sagte der Lehrling, die Streikenden hätten ihm zuerst absolut nichts getan, er habe aber gemeint, sie seien ihm feindlich gesinnt und deshalb habe er die Aeußerung gebraucht. — Auf Grund des § 153 verurteilte das Schöffengericht den Streikenden zu 5 Tagen Gefängnis!

Vermischtes.

Feuer an Bord.

Aus Toulon wird berichtet: An Bord des Torpedoschulschiffes **„Algesiras" brach gestern abend eine große Feuersbrunst aus. In wenigen Augenblicken stand das ganze Schiff in Flammen. Die im Innern schlafenden Kadetten und Matrosen wurden sofort alarmiert, konnten aber nur mit knapper Not ihr Leben retten, indem sie über Bord sprangen. Trotz schnellen Eingreifens der Feuerwehr gelang es nicht, den Brand zu löschen. Das Schiff wurde vollständig zerstört. Ein geladener Torpedo, der zu einer Uebung für heute vorbereitet war, explodierte und richtete an Bord große Verheerungen an. Vier Torpedoboote, welche sich in der Nähe des brennenden Schiffes befanden, mußten unter großer Gefahr weggeschleppt werden. Das wertvolle Material, welches sich an Bord befand, ist vollständig vernichtet; man ist jedoch überzeugt, daß Menschenleben nicht zu beklagen sind.**

Eine weitere Meldung besagt, daß bisher drei Matrosen vermißt werden.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich nach einer Meldung aus London gestern abend zwischen York und Leeds, indem ein Schnellzug in einen Güterzug fuhr; mehrere Personen sollen dabei ums Leben gekommen sein.

Eisenbahnzusammenstoß. Auf dem Bahnhofe von Bourges erfolgte gestern ein Zusammenstoß zwischen einem Personen- und einem Güterzuge. Die letzten drei Wagen des Personenzuges entgleisten, 15 Passagiere wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Niedergebrannt. Die Lampenfabrik von Levy in Basel ist in der Nacht zum 24. November d. M. niedergebrannt.

Wechselfälscher. Aufsehen erregte die Verhaftung des Agenten Nikolaus Wieser in Karlsruhe und des Pforzheimer Häuserspekulanten Emil Rau wegen Wechselfälschung und Beihülfe dazu.

Das Automobil. Bei einem in Philadelphia veranstalteten Automobilrennen fuhr infolge Versagens der Bremsvorrichtungen ein 60pferdiger Wagen in eine Schar von 200 Zuschauern. Acht Personen, darunter der Fahrer des Wagens und der Mechaniker, erlitten schwere Verletzungen. Eine Anzahl Zuschauer wurde leicht verletzt.

Ein Vielgeliebter. Wegen Vielweiberei wurde in diesen Tagen Joseph E. Smith, der Präsident der Mormonenkirche in Utah, vor Gericht geladen. Er erhielt die Vorladung etwa zur gleichen Zeit, als ihm die frohe Kunde ward, daß ihm sein 43. Sprößling geboren worden war. Der Gouverneur von Utah wurde selbst als Zeuge gegen Smith geladen. Der Angeklagte gestand seine Schuld der Vielweiberei ein, was große Sensation erregte, denn es geschah zum ersten Mal, daß ein hoher Beamter der Mormonenkirche ein solches Eingeständnis machte. Bisher hatten sich die Angeklagten immer mit allerlei Ausflüchten geholfen, denn ein Bundesstaat verbietet den Mormonen die Vielweiberei, obgleich die Religion sie von ihnen in bestimmten Fällen verlangt. Gegen den Bundessenator Smoot von Utah ist schon seit langer Zeit eine Agitation im Gange, um ihn als „unwürdig" aus dem Senat zu stoßen, weil er mehr als eine Frau besitzen soll. Von amerikanischen Frauen sind dem Senat schon viele Petitionen zugegangen, um Smoot auszustoßen, aber noch ist nichts gegen ihn unternommen. — Der Präsident Joseph E. Smith wurde vom Gericht zu 300 Dollar Geldstrafe verurteilt, eine sehr milde Strafe, wenn man die Entrüstung der amerikanischen Sittenrichter in Betracht zieht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstätte Belleallance, Durchgang auch Lindenstr. 101), wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

S. K. 12. Wir haben Ihren Brief dem Verfasser der betreffenden Notiz übergeben. — **O. B. 78.** 1. Da kein Testament vorliegt, so erben die Schwiegereltern zur Hälfte mit. Jedoch erhält die Witwe als voraus die Hochzeitsgeschenke und das zum Haushalt gehörige Mobiliar. 2. Ja. — **Memel.** Ja. — **M. H. 37.** Ja: Erklärung vor dem Standesamt oder Notar genügt. Beispiel Seite 221 Nr. 12 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **L. D. 50.** Uns nicht bekannt. — **O. B. 1.** Nein. — **B. B. 147.** Sie müssen, um in Gütergemeinschaft zu leben, einen notariellen oder gerichtlichen Vertrag schließen und dann die Eintragung beim Amtsgericht bewirken. — **3. M. 1000.** 1. Nein. 2. Ja.

Witterungsübersicht vom 26. November 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer auf 0° red. mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer auf 0° red. mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	767	NW	3	wolkig	7	Haparanda	743	N	2	Nebel	−7
Hamburg	770	NW	2	bedeckt	8	Petersburg	748	WNW	3	wolkenl.	1
Berlin	769	W	3	Regen	4	Scilly	777	W	2	bedeckt	11
Frankf. a. M.	774	SW	2	bedeckt	5	Aberdeen	768	S	3	heiter	9
München	776	W	4	Nebel	−1	Paris	777	SSW	1	bedeckt	8
Wien	770	WNW	4	wolkenl.	7						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 27. November 1906.

Mild, jedoch vorwiegend trübe und nebelig, mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 26. November. Elbe bei Aussig —,— Meter, bei Dresden — 1,42 Meter, bei Magdeburg + 1,12 Meter. — Unstrut bei Straußfurt —,— Meter. — Oder bei Ratibor + 0,98 Meter. — Netzemündung + 1,06 Meter. — Oder bei Brieg + 1,68 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 1,50 Meter.

Nur eigene Konfektion

M. Schulmeister

Schneidermeister

Dresdenerst. 4

Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Moderne

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Winter-Paletots	v. 18,50	b. 58	Mk.
Jackett-Anzüge	„ 17,50	„ 50	Mk.
Rock-Anzüge	„ 26,–	„ 54	Mk.
Gehrock-Anzüge	„ 32,50	„ 62	Mk.
Loden-Joppen	„ 6,–	„ 25	Mk.
Anzüge nach Maß von		44	Mk. an
Paletots „ „ „		40	Mk. „

Feste Preise.

2489L*

Möbel-Restbestände

vom Umzuge M. Markiewicz.

Die im Hause Friedrichstr. 111 noch vorhandenen alten Regale, Schreibtische, einige Schlafzimmer-Möbel, zirka 1500 Stühle, Tische etc. für Pensionate, Restaurants, Wohnungen geeignet, sollen zu jedem annehmbaren Preise bis Ende dieses Monats daselbst verkauft werden. Der Hausverwalter Boeck.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere

elegante fertige Herrenmoden

Bestellungen nach Maß, tadellose Ausführung i. eigener Werkstatt.

Spezial-Geschäft für

Herren-Bekleidung.

Kein Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg

An der Jannowitzbrücke 1, I.

Bahnhof Jannowitzbrücke.

Nur bei geschloss. Bezug ein. Kommiss. von 19 verschied. Waren, lief. gemäss vollstdg. risikolos. Beding. uns. Fr. u. Gratisprosp. an Jedermann mit 6 pCt. Extra-Rabatt z. B.

Ia Kochzucker Pfd. 0,09

Ia ☐ Zucker Pfd. 0,13, ff. Tafelsalz Pfd. 0,05, Schweden p. Pack (10 Schacht.) 0,05 usw.

Deutsch. War.-Eink.-Ver. Berlin 47

Hoflager: Leipzigerstr. 101/102 (Equitable), Chausseestr. 1a, Oranienstr. 60, Kreuzbergstr. 30 (ab 15/11), Schöneberg, Hauptstr. 129.

32 Seit. stark. Hauptkatalog Preis 0,25 wird bei 1. Kommis.-Bezug zurückvergütet.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.

Amt 4, 3014.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 28062*

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

Wer Stoff hat,

fertige Anzug für 20 Mark nach Maß, mit guten Zutaten, tadellosen Sitz. H. Buhle, Brunnenstr. 26. *

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Oranienburger Strasse 4, I.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Großer Posten Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang, 2,35, 3,65, 5,85. Bettvorleger, Stück 0,38, 0,84, 1,25, 1,85, 2,15, 2,65, 2,95 usw., nur so lange Vorrat. 2050R*

Fabrikmuster, echte Plüschteppiche, unbedeutende Webfehler, 15 Prozent Rabatt, nur kurze Zeit. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppenstraße. 2051R*

Fabrikmuster, Plüschtischdecken mit kleinen Stickfehlern, reiche Stickerei, 10 Prozent Rabatt, 6,85, 7,50, 9,85, 12,50 usw. 2052R*

Tuchportieren, Fabrikmuster, mit Querbehang, 3,65, 4,35, 5,25, 5,75, 6,50 usw., nur so lange Vorrat. *

Plüschportieren, Fabrikmuster, mit Querbehang, reich gestickt, 7,35, 7,85, 8,90, 9,50 usw. 2054R*

Tülldecken, Reisemuster, nur kurze Zeit, 1,85, 2,25, 2,85, 3,65, 4,35 usw. 2055R*

Steppdecken, seltene Gelegenheit, 2,85, 3,50, 4,35, 5,50, 6,50, 7,85 usw. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppenstraße. 2056R*

Vollständiger Ausverkauf. Zurückgesetzte Gardinen, 1—6 Fenster, bis 50 Prozent herabgesetzt, noch extra 15 Prozent Rabatt. 2057R*

Vorziehgardinen, weiß, creme, gold und rot, Fenster 1,40, 1,85, 2,15, 2,45, 2,85 usw. 2058R*

Einmaliges Angebot: Imitierte Damelhardecken, jetzt Stück 3,85, schwere Schafwolldecken, jetzt Stück 5,35, wert das Doppelte. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppenstraße. 2059R*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett 10,50, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 2042R*

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen 18,00, Andreasstraße achtunddreißig. Pfandleihe. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Große Laken 1,00. Leihhaus Andreasstraße achtunddreißig. Elektrische nach überall. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 268/14*

Musikwerke, Sprechmaschinen. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Skalitzerstraße 40. 1936R

Federbetten, Stand 10,50, große 18,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Winterpaletots, Uhren, Goldsachen spottbillig Pfandleihhaus Küttinerplatz 7. 2067R*

Gaskronen, Petroleumkronen, Woche 1 Mark, Fabrikpreise. Große Frankfurterstraße 92 und Ravenéstraße 6 (Wedding). 1852R

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 2002R*

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher, Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerfeinste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lidekes Anhalter Bahnspeichereien. *

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst). — Spezialhäuser: Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116 Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247 (Germannplatz.) 1989R*

Möbelfabrik Dresdenerstraße 8 (Kottbuser Tor). Wohnungs-Einrichtungen, Küchenmöbel, Polstermöbel, nachgedunkelte Mahagonimöbel, Möbeleintausch (Ratenzahlung). Scheibt, Tischlermeister. 1976R*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 1842R

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Sattelsofa 45, Paneelsofa 55, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 29, Bettstelle mit Matratze 18, Ausziehtisch 16, Muschelspind, Vertiko 27. Gefällige Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1523K*

Teppiche mit kleinen Webefehlern, solange Vorrat, fast für die Hälfte. Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 2077R

Plüschdecken in diversen Größen und Farben mit kleinen Druckstellen kolossal billig. Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 2078R

Gardinenreste, von 1 bis 3 Fenstern, sowie angeschmutzt, kolossal billig. Gardinenhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 2079R

Läuferstoffe in Jute, Cocos, Plüsch. Reste spottbillig. Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 2080R

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Puppenwagen, zurückgesetzte, spottbillig. Sommer, Wienerstraße 51. *

Nähmaschinen 10 Mark bar, wer kauft oder nachweist. Neumeister, Manlerstraße 38. 2065b

Kinderwagen, Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgesetzte Puppenwagen spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2710b*

Gasheizsparöfen! Gasbratöfen! 7,00. Zweilochgaskocher 3,00. Gasplätteisen, Gasbügelapparat! Gasluren 1½, Gaszuglampen! 9,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32.

Menzenhauer-Zither 8,00. Skabei, Brunnenstraße 100. †96*

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1988R*

Leihhaus Prinzenstraße 28, 1 Treppe, Ecke Ritterstraße. Verfallene Pfänder, Gelegenheitskäufe, Goldsachen jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig. 1662R*

Enorme Partien Teppiche mit kleinen Webefehlern und vorjährige Muster (fehlerfrei) spottbillig. Teppichhaus Emil Lefèvre, nur Oranienstraße 158. 2030R*

Reichgestickte Portieren, Filztuch 5,25, Wollköper 4,50, Plüsch 8,35 ganze Dekoration. Einzelne Garnituren spottbillig. Emil Lefèvre, nur Oranienstraße 158. 2029R*

Bankantine billig zu verkaufen, Baugegend. Zu erfragen Wilmersdorf, Koblenzerstraße 3, Restaurant, vormittags 8—12. 24b

Federbetten 11,00, zweischläfrig 15,00. Michel, Dresdenerstraße 38.

Winterpaletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. Habe keine Filialen.

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 16b*

Nähmaschinen! Vergütet bis 10,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †34*

Krautstraße 50. Spottbilliger Verkauf von Möbeln, Spiegeln, Polstermaren, großes Lager im Möbelspeicher. Hof 3 Etagen. Kein Laden. Saalfeld, Krautstraße 50. 2972b*

Taschensofa, grünes, verkauft Reinsberg, Koppenstraße 24, III.

Plüschsofas, neue, gebrauchte, spottbillig. Graudenzerstraße 2, Tapezierer. †34

Bekannt billigste Bezugsquelle für Möbel, Spiegel, Sofas, Trumeaus, Bettstellen, reelle Matratzen. „Nur Hermann Dwinatzki", Grünerweg 81.

Knabenanzüge, Knabenjoppen, Stoffreste, spottbillig! Zuschneiden gratis! Zionskirchstraße 33. 277/9

Villenverkauf in Fichtenau für 16000, 18000 Mark, kleine Anzahlung. L. Kurtze. 195*

Plätterei verkäuflich, sichere Existenz. Tegelerstraße 33/34. 31b

Winterpaletots, Gardinenverkauf, Aussteuerwäsche, spottbilligst Weidenweg neunzehn.

Bettenverkauf, Steppdecken, Tischdecken, spottbilligst, Weidenweg neunzehn.

Federbetten, schöne breite, Stand 20 Mark, 5 Zimmer wenig gebrauchte Möbel sofort zu verkaufen Dresdenerstraße 38, vorn II links. 182/10*

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2275b*

Pfandleihe. Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2 [1908R*

Rixdorf, Bruses Festsäle, Kreisebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †114*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Umsonst! Zementfüllungen, zahnärztliches Institut, Chausseestraße 2 B, Hof II. 269/11*

Zitherunterricht, schnell fördernd. Rabe, Britzerstraße 14. 2977b*

Wer Stoff hat, fertige Herrenanzug, ohne Konkurrenz, feinste Zutaten, zwei Anproben. Für guten Sitz bekam goldene Medaille. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23 II, Alexanderplatz. Gegründet 1892. 75/10*

Masseure für sämtliche Krankenkassen. Rummelsburg, Goethestraße 10a. 2538b*

Volkssänger-Gesellschaft Schmelzer, Gnörich, Balzé, Fennstraße 1a. *

Künstler, Künstlerinnen sowie Theatergesellschaften und Klavierspieler besorgt Theater-, Variété-, Konzert-Direktion „Thespis", Friedrichstraße 52/53. 225*

Vermietungen.

Wohnungen.

Oudenarderstraße 36, 37, 38, Wohnungen, monatlich von 17,00 an. Näheres beim Wirt, Nummer 37. *

Wartheitraße 63—64 (Rixdorf, Bahnhof Hermannstraße) prächtige Wohnungen sofort. 2 Stuben, Küche, Bad, Balkon, Erker. Gartenwohnungen: Stube, Küche, Balkon oder Erker. Näheres Nummer 63 II.

Zimmer.

Teilnehmer zum möblierten Zimmer Landwehrstraße 3, I, Pletzner. *

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle. Witwe Gretzling, Strasmannstraße 29. *

Bessere möblierte Schlafstelle, 1, auch 2 Herren, Urbanstraße 65, vorn, rechter Aufgang, 2 Treppen links. 2280b

Saubere insektenfreie Schlafstelle (auch an Mädchen) vermietet Seidler, Mariannenstraße 29, Hof parterre.

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren zum 1. Dezember oder 15. Stralsunderstraße 64, vorn IV, Görlich.

Möblierte Schlafstelle (separat) Ritterstraße 134, II links, Schaab.

Freundliche Schlafstelle Schmidt, Lippehnerstraße 24, Quergebäude II.

Schlafstelle Rixdorf, Hermannstraße 16, Wolff. †115

Schlafstelle für Mädchen Kronprinzenstraße 43, Hof 4 Treppen links.

Mietsgesuche.

Kleines möbliertes Zimmer sucht junger Mann, Nähe Frankfurter Allee, zum 1. 12. Preisofferte, Postamt 34, M. 18. †34

Kleines möbliertes Zimmer, Zentrum, Südwest, Süd gesucht. Preisangabe unter G. G. Postamt 58, lagernd. 17b

Junger anständiger Mann sucht möblierte Schlafstelle. Nähe Oranienstraße. Offerten J. 5., Expedition dieses Blattes. 23b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Mann sucht Arbeit irgend welcher Art, auch Kutscherstelle. Burkert bei Sauer, Dolzigerstraße 14.

Junger christlicher Mann wünscht leichtere Beschäftigung. Gefällige Offerten an die Parteispedition, W. 26, Wiesenstraße 41—42. 25b

Beschäftigung, leichte Handarbeit, sucht sofort oder später. Unter A. S. 34, Spedition Lausitzerplatz 14/15. †12*

Flickschneider, spottbillig, gutsitzend, schnell, geübt, Aenderungen, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Kundschaft. Ebert, Fruchtstraße 31, vorn. †34

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 14685

Stellenangebote.

Automobilführer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigem Chauffeur theoretisch und praktisch ausgebildet. Glänzendste Erfolge. Lehrpläne kostenlos. Größter, vornehmster Stellennachweis. Stets Nachfrage nach Chauffeuren. Autotechnikum „Berlin", jetzt: Berlin-Wilmersdorf, Hildegardstraße 13. Größte, bedeutendste Chauffeurschule!

Tüchtige Zusammensetzer verlangt Pianomechanikfabrik Reichenbergerstraße 63a. 181/14*

Schlossergesellen und Kunstschmiede verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 2b

Marmorschleifer auf Möbelplatten, tüchtiger, dauernd verlangt Sasse, Riesenstraße. 18b

Packungsmeister gesucht. Mit der Fabrikation von Stopfbüchsen- und Pumpen-Packungen durchaus vertrauter Fachmann findet bei bedeutender Firma (Hannover) dauernde gute Stellung. Bewerbungen, welche diskret behandelt werden, unter „Meister" postlagernd Berlin S. 53.

Plätterin auf Oberhemden, Lohn 21,00, verlangt. Mommsenstraße 9, Savignyplatz. 26b

Gebte Zigarettenpackerinnen, Tabaksortiererinnen, Etikettiererinnen erhalten lohnende sofortige Beschäftigung bei der Mal-Kah-Company, Zigarettenfabrik, Berlin, Teltowerstraße 29. 29065

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Steinholz-Fußboden.

Tücht. Vorarbeiter u. Betonierer für Hamburg gesucht. Off. unt. H. H. 2409 bei Rudolf Mosse, Hamburg. *

Plüsch-Spitzer

werden verlangt, Niederschöneweide bei Berlin, Berlinerstraße 21. 15b

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin).

Achtung! **Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen.**

Die Buchdruckerei von **E. Bartels,** Weißensee, Generalstr. 8, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs

gesperrt.

Achtung! **Präger.**

Die Reklame-Kartonprägerei der Firma **M. Beck,** Kartonfabrik, Adalbertstraße 59 ist gesperrt.

Zuzug ist streng fernzuhalten!

26/5 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

Ueber die Pianofabrik **Bell & Co., Andreasstr. 32** und **Grüner Weg 79,** die unter der Firma **Neugebauer Nachf.** Arbeitswillige sucht, ist nach 14wöchigem Streik die

Sperre dauernd

verhängt. 141/16*

Zuzug streng fernhalten.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Achtung, Töpfer!

Wegen Lohndifferenzen ist hiermit über die Firma

August Berndt,

Wilmersdorf, Hildegardstr. 15. die Sperre verhängt. In Betracht kommen die Bauten **Jungstr. 14/15.** in **Friedrichsberg, Schloßstr. 32** in **Steglitz** und **Kaiserstr. 6 u. 7** in Berlin. 211/11

Die Verbandsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und Lohndifferenzen sind gesperrt:

Für Tischler:

Gärtner, Dresdenerstraße.

Völkel, Markgrafenstr. 8.

Schulz (Wenkels Nachf.), Mariendorf, am Teltowkanal, und Berlin, Potsdamerstr. 9.

Für Perlmutt- u. Knopfarbeiter:

Grinot, Dresdenerstraße.

Lebach & Comp., Reinickendorf, Tegeler Weg.

Für Kammacher, Perlmutt- und Knopfarbeiter:

Alle Betriebe Berlins und Vororte! Arbeitskräfte werden nur vom **Arbeitsnachweise, Engelufer 15** vermittelt.

Für Bodenleger:

Bau **Kaiser-Allee,** Ecke Wilhelmsaue; Bau **Pariserstr. 18,** Ecke Sächsischestraße. Firma **Pamplun** (Zwischenmeister **H. Kuppig**).

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.